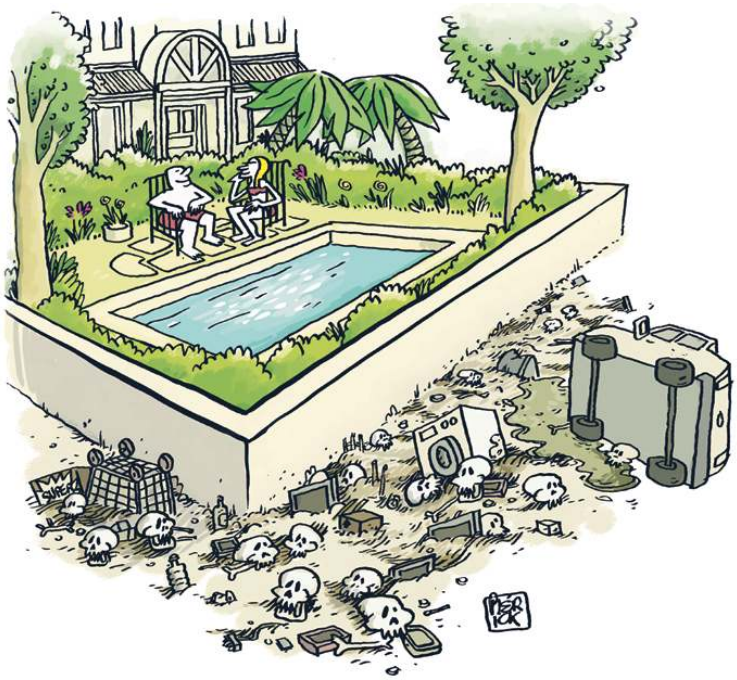
attac Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der Attac-Bewegung (27.12.2020)

Sand im Getriebe 139

PDF-Version: http://www.attac.de/bildungsangebot/sig *Mail:* sig@attac.de

Gerechtigkeit!



Bildquelle: https://www.fakirpresse.info/ecologie-tous-sur-le-meme-bateau („Alle im gleichen Boot?“)

- Klaus Dörre: **Warteschlange für soziale Gerechtigkeit**	3
- Focus on the Global South: What the Global South Can Expect from Joe Biden	4
Raphael Müller: **Europäische Schande im Umgang mit Geflüchteten**	5
Weltsozialforum im Januar 2021 G. Massiah: Die internen Prozesse im WSF	7
Georg Auernheimer: Neues Herrschaftssystem	10
Attac Frankreich: "Handbuch der Geschichte der Zukunft" Vorwort und Einleitung	11
- Hochwertige und nachhaltige Verkehrsmittel	16
- **Arbeitsgruppe Luftfahrt,** Attac Frankreich: Für das Klima und für Arbeitsplätze	18
Urgewald: Coal Policy Tool - Geschäfte der Finanzindustrie / **Alle Dörfer bleiben!**	20
Das Geschäftsmodell von Amazon zerstört Menschen und Natur	21

COVID-19 – Wo bleibt die Gerechtigkeit?	
- **Oxfam: 2,7 Mrd. Menschen ohne soziale Sicherung**	25
- Ricardo Petrella: **Gesundheit für alle?**	26
- **Ver.di:**	
Kritiken am Infektionsschutzgesetz	27
Raubritter in der Pflege	28
- Schutz der verletzlichen Bevölkerungsgruppen?	28
- **Autoritäres Staatsverhalte**n in der Krise	29
- **Armut und Gesundheit**	30
- A. von Westphalen: **Die Krisengewinnler zur Gemeinschaftskasse, bitte!**	31
Frankreich: Grundfreiheiten verteidigen!	34
- Attac Frankreich u. andere: Wir gleiten langsam aber sicher in einen **Polizeistaat** / Willi Hajek: Filmen von Polizeieinsätzen soll verboten werden	35
Dominique Vidal: **Gegen die extreme Rechte und ihre nützlichen Idioten**. No pasarán!	37
Gisèle Halimi (1927-2020) - Attac FR trauert	40

Vorwort

„Die Weltlage ist dramatisch. Das bedeutet nicht, dass es unmöglich ist, die Trends umzukehren.“ **Ricardo Petrellas** Einschätzung bezieht sich nicht auf die Corona-Pandemie. Er stellt fest: *„Wir sind weit entfernt von den zugesagten Mitteln für den Kampf gegen den Hunger, für das universelle Recht auf Wasser, für Flüchtlinge und Vertriebene, für die Bildung von Kindern, für Wohnraum für alle, also in den Bereichen, von denen die Gesundheit eines Landes abhängt. (...) Die Länder, die das Pariser Abkommen unterzeichnet haben, haben sich verpflichtet, ab 2020 jährlich 100 Milliarden Dollar für den Kampf gegen die Klimakatastrophe bereitzustellen. Keiner der Mächtigen wagt zu sagen, wo die 100 Milliarden sind. Wir wissen jedoch, von wem und wo 800 Milliarden Dollar im Jahr 2019 für Rüstung ausgegeben wurden (...)“. (*aus *„Gesundheit für alle“)*

Solche Trends umkehren, dafür setzen sich viele Menschen ein, z.B.

- in globalen Netzwerken, die an der Vorbereitung des nächsten **Weltsozialforums** Ende Januar 2021, im Wesentlichen virtuell, und mittels Aktionen parallel zum Weltwirtschaftsforum im Mai 2021 beteiligt sind. Entgegen dem Trend, *„auf eine Krise, die per Definition global ist, hauptsächlich nationale und staatliche Antworten“* **(Gustave Massiah)** zu suchen und dem *„universellen Recht auf Leben“* (R.P.) keine Priorität einzuräumen, wird der *„Aufbau eines internationalen Raums der Solidarität“* vorangetrieben;
- in Gewerkschaften und Initiativen (Kampf gegen **Amazons Geschäftsmodell, das Menschen und Natur zerstört**; Einsatz für mehr **Pflegepersonal** und gegen die Schließung von Krankenhäusern, für den konsequenten Schutz der verletzlichen Bevölkerungsgruppen; im Kampf, damit „**alle Dörfer bleiben!**“, um **Alternativen zum Luftverkehr);**
- in Zusammenschlüssen, die die *„**Schande im Umgang mit Geflüchteten**“* unablässig bekämpfen;
- mit kritischen Veröffentlichungen z.B. zum **Infektionsschutzgesetz**, zu den „**Krisengewinnlern**“, zum „**neuen Herrschaftssystem**“, aber auch zur Frage *„Warum wählen Arbeiter rechtspopulistische Parteien?“* ***(Klaus Dörre)***

Attac Frankreich erreichte im Sommer eine traurige Nachricht aus den eigenen Reihen – der Tod von **Gisèle Halimi**, *„eine Kämpferin für die Befreiung der Frauen, eine Kämpferin für die Befreiung der Völker“*.

Sehr warnende Töne sind aber auch aus Frankreich zu vernehmen: *„Wir gleiten langsam aber sicher in ein autoritäres Regime, einen illiberalen Staat, einen Polizeistaat“* erklärt ein Bündnis, zu dem Attac Frankreich gehört, das bei Demonstrationen zur Rücknahme des ‚Gesetzes zur Globalen Sicherheit‘ öfter mit Polizeigewalt konfrontiert wird. **Dominique Vidal** beschreibt anhand vieler Zitate die Hetze *„der extremen Rechte und ihrer nützlichen Idioten“* gegen Muslime und politische Gegner und stellt fest:

„Der „Islamo-Linksextremismus“ hat den „Judeo-Bolschewismus“ ersetzt.“ ***„No pasarán!“***

„Angesichts der erdrückenden Gefahren, die auf der Demokratie und unserem Leben lasten, bedürfen wir für unsere Kämpfe der Fähigkeit zum Träumen. Auch müssen wir in der Lage sein, am Horizont die Konturen einer anderen Gesellschaft zu erkennen.“ **Attac Frankreich** hat mit dem „Handbuch der Geschichte der Zukunft“ Politikansätze vorgestellt, die Bestandteil einer *„realistischen Utopie“* sein sollen. *“Wir haben uns nicht den großen, plötzlichen Umbruch vorstellen wollen, der schlagartig und radikal alle gesellschaftlichen Spielregeln über den Haufen werfen würde. Stattdessen wollten wir von der bestehenden Welt ausgehen und einen Weg aufzeigen, mit dem eine Änderung der Kräfteverhältnisse und der vorherrschenden Gesellschaftsvorstellungen zu erreichen ist.“* Attac Frankreich lädt ein, *„über die hier aufgezeigten Wege zu diskutieren und gemeinsam weitere Wege zu erdenken.“*

Das **SiG-Dossier Leben in Zeiten des Corona-Virus** wird weiter geführt. - Thematische Übersicht

Die SiG-Sondernummern fassen thematisch die Dokumente und Links zusammen, die im Dossier chronologisch veröffentlicht wurden (1. bis 25. April 2020: **Nr.1**; 26. April bis 24. Mai: **Nr.2**; 25. Mai bis 30. Juni 2020: **Nr. 3**); Weitere Artikel in **SiG 136**, **SiG 137** und **SiG 138**; Sondernummer Nr. 4 erscheint Anfang Januar 2021

Der Rundbrief „Sand im Getriebe” ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der Attac-Bewegung.

Wir bedanken uns für die Artikelvorschläge und für die Übersetzungen durch die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen von coorditrad! Coorditrad braucht noch Unterstützung! www.coorditrad.attac.org

Der SiG-Newsletter kann abonniert werden: Eintragung online (rechte Spalte!):
http://www.attac.de/bildungsangebot/sig/startseite/

***Gedruckte Exemplare** von „Sand im Getriebe” zum Selbstkostenpreis (2 €+ Porto).*
Bestellung** in Deutschland per Mail an sig-abo@gmx.de. **Abonnement: 18 € für 6 Ausgaben.

An dieser Nummer haben mitgewirkt: Sabine Gondro, Valentina Montoya, Marie-D. Vernhes, Werner Horch (Attac Deutschland), und viele, die uns gewollt oder ungewollt Hinweise und Anregungen gegeben haben. V. i. S. d. P.: Marie-D. Vernhes

Klaus Dörre
Warteschlange für soziale Gerechtigkeit

Warum wählen Arbeiter rechtspopulistische Parteien?
Der Jenaer Soziologe Klaus Dörre untersucht in seinem Buch "In der Warteschlange"
die Ursachen und präsentiert Befunde der empirischen Forschung aus vier Jahrzehnten.
Dörre erzählt eine "rechte Tiefengeschichte", die sich im Zeitverlauf radikalisiert.
Aus Gegenblende des DGB – Interview: Thomas Gesterkamp

Klaus Dörre: In der Warteschlange – Arbeiter*innen und die radikale Rechte
2020 - Verlag Westphälisches Dampfboot ISBN: 978-3-89691-048-6 ,355 Seiten ,Preis: 30,00 €

Gegenblende: Nur mühsam hat der neue US-Präsident Joe Bilden die umkämpften Bundesstaaten im nordamerikanischen "Rostgürtel" wie Michigan, Wisconsin oder Pennsylvania zurückgewonnen. Etwa 74 Millionen Wähler, darunter viele weiße Industriearbeiter, haben sich für Donald Trump entschieden. Woran liegt das?

Klaus Dörre: Der Filmemacher Michael Moore sagt zu Recht, die Demokraten verstehen diese Arbeiter nicht. Sie fühlen sich als gesellschaftliche Verlierer. Das hat Trump geschickt angesprochen, rhetorisch die Unsichtbaren sichtbar gemacht. Seine Wirtschaftspolitik hat die Industriejobs nicht zurückgebracht, doch die wahrgenommene Aufwertung schlägt die ökonomische Vernunft. Trump gab Arbeitern das Gefühl, in der Öffentlichkeit eine Stimme zu haben, der Maßstab für Normalität zu sein. Das ist der soziale Kitt für eine imaginäre Revolte, die sich gegen das Establishment richtet. Wir geben den Arbeitern ihre Größe zurück, lautet die Botschaft, die bei vielen nach wie vor verfängt.

Ihr neues Buch trägt den Titel "In der Warteschlange". Wer wartet dort und kommt nicht voran?

Bei deutschen Arbeitern lässt sich eine ähnliche Tiefengeschichte entdecken. In Thüringen hat die AfD bei den letzten Landtagswahlen 22 Prozent der Stimmen bekommen, bei den betrieblich Aktiven waren es 39, in Brandenburg gar 44 Prozent. Im Westen der Republik finden wir ähnliche Phänomene, auch in Baden-Württemberg war die AfD bei den letzten Landtagswahlen stärkste Arbeiterpartei.
Die Betroffenen sehen sich in einer Warteschlange, die am Fuße des Bergs der Gerechtigkeit steht – aber es geht nicht vorwärts. Ständig gibt es neue Gründe für Stockungen: die Globalisierung, die deutsche Einheit, die Eurokrise.
Während dessen ziehen andere vermeintlich vorbei, etwa Geflüchtete, die „nur" wegen ihres Traums von einem besseren Leben kommen.
Am Wohnort zerbröselt die soziale Infrastruktur: Erst schließen Geschäfte, dann fehlt die Arztpraxis, Buslinien fallen weg, dann macht die letzte Kneipe zu und Schule und Kita fehlen. Überall muss gespart werden, und gleichzeitig bekommen Zugewanderte, wie es in unseren Interviews häufig heißt, angeblich „alles". Das wird als Kränkung erlebt. So entsteht ein psychologischer Mechanismus der Selbstaufwertung mittels Abwertung anderer.

Sie berichten von irritierenden Erfahrungen, die Sie schon Ende der 1980er-Jahre als Wissenschaftler im IG Metall-Bildungszentrum Sprockhövel bei Bochum machten. Was haben Sie beobachtet?

Junge gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, die ich damals befragte, machten im Lehrgang mit wie in der Schule.
Ob es um den Wert der Arbeit, um Ausbeutung oder Arbeitslosigkeit ging, die Teilnehmenden stellten die Deutungsmuster der Dozierenden nicht in Frage. Niemals wäre ich darauf gekommen, dass auch nur einer von ihnen mit Parteien der radikalen Rechten sympathisieren könnte.
Dann sagte mir der erste Interviewpartner, er habe bei den Europawahlen für die Republikaner gestimmt, und er blieb nicht der einzige. Ich fand schon damals nahezu alle Elemente der Erzählung von der Warteschlange. Es war aber eher eine Protesthaltung als ein geschlossenes Weltbild.

Sie diagnostizieren die "Sehnsucht nach einem goldenen Zeitalter", als die Arbeiterschaft noch respektiert wurde und es mehr Möglichkeiten zum gesellschaftlichen Aufstieg gab. Was hat sich verändert?

Im Laufe der Jahrzehnte hat sich das offenkundig verfestigt und radikalisiert. Für aktive Gewerkschafter, die wir in neueren Untersuchungen befragt haben, ist es kein Widerspruch, sich einerseits aktiv an Arbeitskonflikten und Streiks zu beteiligen, aber auch die Busse zu organisieren, mit denen man zur Pegida-Demonstration fährt. Beides gilt als Akt legitimen demokratischen Aufbegehrens.

Den Begriff "Tiefengeschichte" haben Sie von der kalifornischen Soziologin Arlie Hochschild übernommen, die eine Studie über "Fremde im eigenen Land" gemacht hat. Was kommt heraus, wenn Sozialforschung in die Tiefe geht?

Gängige Klischees aus der Rechtspopulismus-Debatte lassen sich nicht mehr aufrechterhalten. Hochschild lebte eine Zeit lang unter Menschen, die an den amerikanischen Traum vom sozialen Aufstieg glauben. Es waren gar nicht unbedingt die Ärmsten der Gesellschaft. Teilweise litten sie unter der Naturzerstörung, die Großkonzerne auf Kosten der einfachen Leute praktizierten. Keinesfalls wollten sie anderen auf der Tasche liegen. Diese „gewöhnlichen Leute" fühlten sich nicht mehr repräsentiert durch eine Politik, die an ihrem Alltag völlig desinteressiert schien.
Wir sind mit unseren soziologischen Tiefenbohrungen in Deutschland auf ähnliche Probleme gestoßen. Wir haben gezielt nach Arbeitern und Betriebsräten gesucht, die aus ihrer Sympathie für Pegida und die radikale Rechte keinen Hehl machen. Wir haben diese Aussagen mit Deutungen

von Gewerkschaftsmitgliedern kontrastiert, die offensiv Gegenpositionen beziehen, das ist nach wie vor die Mehrheit der Aktiven. Vergleicht man die jeweiligen Weltsichten, stößt man auf einen rationalen Kern, der sich gleichermaßen in linken wie rechten Gesellschaftsbildern findet. „Arbeiter wird man nur, wenn man muss; wer kann, studiert oder geht ins Büro“, lautet ein Schlüsselsatz in vielen Interviews. Der Arbeiterstatus ist nicht mehr mit einer kollektiven Aufstiegshoffnung verbunden. Im Gegenteil, mit mittlerem Schulabschluss und Ausbildung steckt man, trotz zehn Jahren Prosperität, in der Gesellschaft fest.

Sind akademisch geprägte Linke und Linksliberale moralisch überheblich, kümmern Sie sich zu viel um Rassismus oder Gendersternchen?

Ich halte den starren Gegensatz von Klassen- und Identitätspolitik für falsch. Empirisch zeigt sich aber, dass gerade männliche Arbeiter reale oder vermeintliche Überlegenheitsgesten sehr genau registrieren. Sie sehen dadurch den eigenen Entwurf vom guten Leben in Frage gestellt. Zu diesem Traum gehören das repräsentative Auto, das Eigenheim, der sichere Job und eine klare Rollenverteilung in der Familie. Wer das ohne genaue Kenntnis der Situation aus einer privilegierten Position hinterfragt, wertet nach ihrer Wahrnehmung legitime Lebensentwürfe ab.

In 2021 stehen Landtagswahlen in Thüringen, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz an, im Herbst folgt die Bundestagswahl. Was raten Sie Politikern und Gewerkschaftern, die weitere Erfolge der Rechten verhindern wollen?

Sie sollten keinen Anti-AfD-Wahlkampf führen. Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble hat recht: Künftig muss jede Politik daran gemessen werden, was sie zu sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit beizutragen hat. Legt man diese Messlatte an, hat die AfD wenig zu bieten, sie ist innerlich zerrissen. Immer wenn die Partei versucht, sich der sozialen Frage zu bemächtigen, sollte man sich kompetent mit ihren Positionen auseinander setzen. Es reicht nicht, die Konzepte als “rechtsextrem“ oder „neoliberal“ zu klassifizieren, die Pferdefüße müssen argumentativ herausgearbeitet werden. Es geht um jene Arbeiter, die noch nicht völlig festgelegt sind. Ihnen muss man zeigen: Aufforderungen, den Klimawandel zu leugnen, am Verbrennungsmotor festzuhalten oder den Braunkohle-Tagebau fortzusetzen, bewirken im besten Falle nichts. Im schlechtesten Falle verhelfen sie einem Katastrophenkapitalismus zum Durchbruch, der auch den Kindern von AfD-Sympathisanten eine lebenswerte Zukunft nimmt.

Vortrag von Klaus Dörre: Neosozialismus
https://vimeo.com/475153144
Veranstalter: VHS Schwäbisch Hall, Attac Schwäbisch Hall, Initiative, Umfairteilen Schwäbisch Hall

Über sozial-ökologischen Wandel #1 - Klaus Dörre und Ulrich Brand im Gespräch über Perspektiven der gesellschaftlichen Transformation von "imperialer" hin zu "sozial-ökologischer" Lebensweise. Über die Rolle von Gewerkschaften und des globalen Südens. - RLS Hamburg

Focus on the Global South
AFTER TRUMP: What the Global South Can Expect from Joe Biden

Fortschrittliche Kräfte in Asien würden einen Fehler machen, wenn sie davon ausgingen, dass die Präsidentschaft Bidens die USA in eine Richtung lenken würde, die ihren Kämpfen für Gerechtigkeit, Menschenrechte, öffentliche Belange und Frieden im eigenen Land, in der Region und auf globaler Ebene förderlich wäre, oder mit ihnen sogar auf einer Linie stehen würde.

Das Regieren von Biden und Trump mag so verschieden wie Tag und Nacht sein, aber Biden wird immer noch ein US-Präsident sein und die wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen der USA um jeden Preis aufrechterhalten, um der Demokratischen Partei ein langlebiges Erbe zu sichern und den Mythos des US-Exzeptionalismus aufrechtzuerhalten.

Auch wenn Biden es vielleicht nicht eilig hat, die USA wieder in globale Handelsabkommen einzubinden, gibt es keine Anzeichen dafür, dass US-Konzerne mit einer tieferen, ernsthafteren Regulierung konfrontiert werden, oder dass es angesichts des Einflusses der Finanz- und Technologiekonzerne in der Demokratischen Partei eine deutliche Abkehr vom Neoliberalismus geben wird.

Inhalt:
After Trump: What should the Global South expect from a biden presidency? *by Shalmali Guttal*
Why things will get much worse before they get better for the United States *by Walden Bello*
The biden presidency: a fragile Centrist interregnum in an era of radicalization *by Walden Bello*
Foreign policy after Trump *by Nick Serpe*
Ten foreign policy fiascos Biden can start fixing on day one *by Medea Benjamin and Nicolas j.S. Davies*
What will a Biden presidency bring to the Asia Pacific? *by Walden Bello*
Uncertainties and contradictions: implications of a Biden presidency for Philippine-US relations *by Galileo de Guzman Castillo*
What will a Biden administration mean for the climate? *by Dorothy Grace Guerrero*

DOWNLOAD

Analysen über die Wahlergebnisse in den USA im November 2020:
- Nonwhite Voters Are Not Immune to the Appeal of Right-Wing Populism – theintercept.com
- Serge Halimi: Joe Bidens bitterer Sieg taz-LMD 12/20

Raphael Müller

Europäische Schande im Umgang mit Geflüchteten – ein Paradigmenwechsel ist überfällig!

Am 18.12. ist der internationale Tag der Migrant*innen. Gerade aus europäischer Perspektive zeichnet sich ein erschütterndes und beschämendes Bild ab, das hier schlagartig versucht wird zu skizzieren.
Am 16.12. zeitgleich zum Beginn des 'Lockdowns' in Deutschland wurden Sammelabschiebungen zusammen nach Guinea, Irak und Afghanistan durchgeführt.
Afghanistan ist laut Global Peace Index das unsichersten Land weltweit. [1a] Dabei wurde ein junger Mann nach Afghanistan abgeschoben, dessen linkes Bein ganzseitig gelähmt ist. [1b] Es scheint, als würden sich in den Abschiebebehörden von Coronaleugnern geleitet sein.
In **Guinea** herrschen seit den Wahlen, wo der verhasste Präsident Alpha Condé weiterregiert, Unruhen. Es kam zu Protesten und gewaltsamen Niederschlagung mit Toten. In Guinea wird zum Bauxit-Abbau in deutschen Konzerninteressen Bauxit-Abbua betrieben und Menschen vertrieben. [1c, 1d]

Europäische Schande – FRONTEX und tödliches Grenzregime

Die 'westliche' Wirtschaftsweise wird für weitere Millionen Klimaflüchtlinge verantwortlich sein. Statt an den Fluchtursachen etwas zu ändern wird die Bundesregierung den Flüchtlingsströmen mit Militärmissionen der Bundeswehr begegnen.[2] Zusätzlich dazu wird das Grenzregime Frontex stark ausgebaut. Frontex hat dafür Finanzzusagen für ein Jahresbudget von 1,3 Milliarden Euro erhalten und baut eigene Streitkräfte auf.[3a, 3b]. Brutale Polizeigewalt, Menschenrechtsverletzungen sowie Beteiligung an illegalen Pushbacks sind bei Frontex an der Tagesordnung. U.a. ist Frontex an Pushbacks von Griechenland in die Türkei und Aussetzen und Zurücklassen von Geflüchteten auf Rettungsinseln oder auf Felsinseln im Meer beteiligt.[4a,4b] Gleichzeitig ist Frontex intransparent, sieht sich lediglich der EU-Kommission rechenschaftspflichtig und versucht, mit der Einschaltung privater Anwält*innen die Gerichtskosten von Transparenzklagen in die Höhe zu treiben und damit Transparenzklagen abzusägen. [5]

Das Mittelmeer ist ein Massengrab

Seit dem Auslaufen der italienischen Marineoperation Mare Nostrum [6a] zur Seenotrettung im Mittelmeer gibt es EU-Militärmissionen im Mittelmeer, die offiziell zur Verhinderung von Waffenlieferungen nach Libyen patrouillieren und sich anfänglich auch Seenotrettung auf die Fahnen schrieben, was immer mehr zu einer Farce geriet.
Im April 2020 startete eine neue EU-Marinemission IRINI im Mittelmeer. Deren offizielle Auftrag ist die Verhinderung illegaler Waffenlieferungen nach Libyen und die Unterstützung der sogenannten libyschen Küstenwache, Seenotrettung ist explizit ausgenommen. [6b, 6c]
In der Praxis bedeutet es, dass Frontex NGOs nicht informiert und nur die libysche Küstenwache benachrichtigt. Es wurde zur gängigen Praxis der EU-Militärmission, Schiffe anzuweisen, aus Seenot Gerettete nach Libyen abzuschieben, wie etwa aus dem E-Hiblu-3-Prozess 2019 hervorgeht. [6d]. Diese Praxis ist illegal, aber vor allem unmenschlich grausam. In Libyen warten Folterlager und dies führt zu tödlichen Spiralen der Gewalt. [6e, 6f zu Libyen] Gleichzeitig werden Seenotrettungsschiffe blockiert, beschlagnahmt oder mit absurden Auflagen von der Rettung von Menschenleben abgehalten. [6g, 6h]
Im November lässt ein deutsches Marine-Schiff im Rahmen der IRINI-Mission ein türkisches Schiff mit Waffen an Bord auf Druck Erdogans passieren. [6i]
Das Sterben auf dem Mittelmeer ist europäisch gewollt. Geflüchtete lässt man ertrinken oder liefert sie einer nicht enden wollenden Spirale der Gewalt in Libyen aus. Dafür ist die EU „militärisch aktiv“. Für Waffenlieferungen nach Libyen offenbar weniger, obwohl es ihr offizieller Auftrag ist.

Die Sahara ist ein Massengrab

Daran sind auch EU-Staaten mit verantwortlich. Eine EU-Militärmission blockiert im Niger Fluchtrouten. Im nordafrikanischen Wirtschaftsraum spielt Migration u.a. in Nordafrika eine wichtige Rolle, durch die Schließung der Grenzen werden Wirtschaftszweige gestört, Handelsrouten gekappt und bleiben als Fluchtmöglichkeiten nur die Saharawüste oder sich in die Fänge von Menschenhändlern zu begeben, was meist in die libyschen Folter- und Sklav*innenlager führt. [7a] Die dortigen Zustände sind unvorstellbar. Deutschland und die EU kooperieren mit der „libyschen Einheitsregierung“.
Länder wie Algerien setzen mittlerweile Geflüchtete menschenrechtswidrig in die Sahara aus. Algerien ist in den letzten Jahren ein Hauptabnehmer deutscher Waffen.
*"Das BMZ will Entwicklungshilfen künftig stärker als bislang v*on der Einhaltung der Menschenrechte abhängig machen." [7b] Für Algeriens "menschenrechtliche Verdienste" hat die algerische Regierung jüngst 2020 von der Bundesregierung neuerliche Entwicklungshilfen zugesichert bekommen und Algerien soll als bilateraler Partner fungieren.

Moria – das „EU-Vorzeigeprojekt“ für den New Pact on Migration

Moria auf Lesbos ist abgebrannt, und wurde in einer Kaserne auf Munitionsresten und katastrophalen Bedingungen neu aufgebaut. Francisco, ein Geflüchteter, der dort leben muss, beschreibt es so „Moria war die Hölle für uns, aber das hier, das ist schlimmer als die Hölle.“ [8a]
Die solidarische Zuflucht PIKPA für traumatisierte Geflüchtete wurde staatlich zerstört. Der deutsche Entwicklungsminister Müller sagte, er habe Flüchtlingscamps im Irak und im Südsudan besucht - aber nirgendwo hätten so schlimme Zustände geherrscht wie auf Lesbos. [8b]
Ein Drittel der Menschen in den Lagern auf Moria sind Kinder. Das deutsche Innenministerium hat Hilfszusagen von

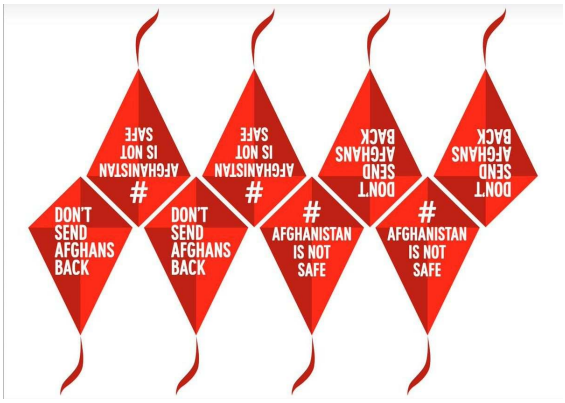
Bundesländern blockiert und hat selbst die gemachten Zusagen, Geflüchtete aus Lesbos zu evakuieren, nur halb erfüllt. [8a] Es ist an uns und den Kommunen, den Druck zu erhöhen. Moria ist ein EU-Vorzeigeprojekt. Es soll als Blaupause für die "europäische Lösung" nach dem „New Pact on Asylum“ dienen, nach welchem u.a. Geflüchtete in Haftlagern gesperrt werden sollen, solange ihr Asylverfahren läuft. Von ProAsyl läuft eine wichtige Kampagne dagegen, die unterzeichnet werden kann: https://aktion.proasyl.de/

Lage(r) in Deutschland

Massenunterkünfte in Deutschland sind weiter Corona-Durchseuchung schutzlos ausgeliefert. Nach wie vor gibt es nahezu keine vernünftigen Schutzkonzepte, aber lokal abhängig reihenweise Schikanierungen. Die Unterkunft wird als ein Haushalt deklariert, es kommt bundesweit zu Massenquarantänen mit vom Wachpersonal kontrollierten Ausgangssperren, wobei zeitgleich wenig bis gar keine Kontaktbeschränkung in den Massenunterkünften möglich ist. Darüber hinaus gibt es unverhältnismäßige Schikanen: Z.B. werden in einer Massenunterkunft in Bremen mittlerweile täglich Wohnräume durchsucht – rechtswidrig und absolut entwürdigend. [9]

Gleichzeitig werden in Deutschland ungeachtet von Lockdown und Kontaktbeschränkungen mit aller Gewalt Sammelabschiebungen wieder aufgenommen; Einzelabschiebungen werden auch durchgeführt.
Drei von vielen erschütternden Einzelfällen: eine Familie, die nach langen Jahren nach Armenien abgeschoben und dabei getrennt wird, eine 22-jährige Kurdin, die direkt in türkische Haft abgeschoben wird und eine 33-jährige Äthiopierin, die seit 8 Jahren in Deutschland lebt. [10-12]

Treffend ist der Appell vom Münchener Flüchtlingsrat vom 16.12.2020: *„Dass am heutigen Tag diese beiden Ereignisse – harter Lockdown in Deutschland und Wiederaufnahme der Abschiebungen nach Afghanistan – zusammenfallen, macht deutlich, dass Deutschland mit zweierlei Maß misst, was den Schutz von Menschen sowie die Achtung und Wahrung von Menschenrechten angeht. Wir erinnern und bestehen darauf, dass der Schutz aller Menschen gleichermaßen viel wert sein muss.“* [13]



Alternativen

Es gibt fundamentale Dinge, die endlich durch gesetzt werden müssen. Die selbstverständliche Maxime muss sein, Menschen zu schützen statt tödliche Grenzen tödlicher zu machen:

- Gleiche Rechte für alle - verpflichtende Einhaltung der Menschenrechte! Systematischen Rechtsbrüche und Menschenverletzungen sanktionieren und beenden!
- Gesundheitsversorgung weltweit für Geflüchtete sicherstellen.
- Sichere Fluchtrouten schaffen! Fluchtursachen auflösen!

Es gibt Alternativen: Der Sommer der Migration hat es eindrucksvoll gezeigt und in der Kampagne #offengeht nachgezeichnet:

- Gleiche Rechte für alle! Wir sind sehr weit davon entfernt
- Dezentrale und menschenwürdige Unterbringung, Integrationsmöglichkeiten ausbauen
- Bleiberecht und Perspektiven ausbauen: Unbürokratischer Zugang zu Arbeit, Ausbildung und Schule, mit gesichertem Bleiberecht. Bleiberecht bei langjährigem Aufenthalt in Deutschland
- Ausbau von humanitärem Bleiberecht: Schutz für Kriegsdienstverweigerer, Schutz für LGBTQ, vor Zwangsheirat, zum Schutz ungeborener Kinder u. v. m.
- Schluss mit der Dublin-Verordnung! Menschenwürdige Unterbringung EU-weit sicherstellen! [14]

[1a] Pro Asyl; Thomas Ruttig ; Emran Feroz
[1b] https://www.aktionbleiberecht.de/?p=18256
[1c] taz [1d] https://power-shift.de/campaign/ufk/
[2] NDR Klimakiller Militär
[3a] Finanzierung von Frontex, SWR
[3b] Aufrüstung von Frontex , heise
[4a] Report Mainz
[4b] Black Book of Pushbacks: Gewalt und illegale Pushbacks an über 12.000 Menschen an den europäischen Grenzen - Bericht in Auftrag von der GUE/NGL-Fraktion im EU-Parlament. S. auch „Europas Schande auf 1500 Seiten“, taz
[5] frag den Staat 12.2.2020
[6a] Mare Nostrum Wikipedia.org
[6b] Start der Marinemission IRINI Tagesschau
[6c] Pressemitteilung EU-Kommission
[6d] 3 Geflüchtete sind wegen „Terrorismus“ angeklagt, weil sie gegen die Anweisung, aus Seenot Gerettete nach Libyen zurückzuführen, protestierten. El Hiblu 3
[6e] Amnesty International Report
[6f] Carnage in the Mediterranean is the direct result of European state policies Medicines sans Frontiers
[6g] Taz-Artikel
[6h] Scheuer behindert Seenotrettung durch Änderung der Schiffssicherheitsverordnung RND
[6i] Deutsches Marineschiff bricht Durchsuchung eines türkischen Frachters nach Waffenlieferungen ab – Merkur
[7a] Der Artikel in Le Monde Diplomatique zum Abkommen der EU mit Niger (Zitat: *„Die Migration nach Europa stoppen, wenn nötig mit Gewalt“)*, behandelt auch die katastrophalen wirtschaftlichen Auswirkungen auf die Region [7b] taz
[8a] Zitat SWR3
[8b] BR-Nachrichten , Bericht auf der Attac Hamburg-Seite
[9] https://taz.de/Bremen-drangsaliert-Gefluechtete/!5737425/
[10] Über eine Abschiebung nach Armenien und die drastischen Folgen für eine Familie, MDR
[11] Drohende Abschiebung einer 22-jährigen Kurdin, der politische Haft in der Türkei droht ANFNews
[12] Petition „Stoppt die Abschiebung“
[13] Münchner Flüchtlingsrat 16.12.2020
[14] *(SiG-Red.)* **Lasst uns einen Globalen Pakt der Solidarität aufbauen! Aufruf des PPT** Berlin, 25. Oktober 2020

Gustave Massiah

Die internen Prozesse im Weltsozialforum – Lage am 2. November 2020

Diese Aufzeichnungen wurden zur Vorbereitung der Diskussion über das Weltsozialforum (WSF) im CRID-Rat (1) für die Sitzung am 6. November 2020 verfasst.

Internationale Netzwerke globalisierungskritischer Bewegungen

Die Pandemie- und die Klimakrise haben Situationen und Gleichgewichte gestört; sie stellen internationale Solidarität in Frage. Auf eine Krise, die per Definition global ist, wurden hauptsächlich nationale und staatliche Antworten gefunden. Internationale Institutionen wurden manchmal angehört, aber wenig konsultiert und eher an den Rand gedrängt.
Soziale und Bürger*innen-Bewegungen sind ernsthaft herausgefordert worden. Soziale Bewegungen haben auf lokaler Ebene Solidaritätsaktionen eingeleitet; in allen Ländern wurden innovative lokale Solidaritäts-Netzwerke eingerichtet. Illustriert wurde eine der Tendenzen durch den Titel von Miguel Torga's Buch: *„Das Universelle ist das Lokale ohne Mauern“ (2)* . Auf nationaler Ebene haben in jedem Land Bewegungen versucht, die Folgen der durch den Lockdown entstandenen sozialen und wirtschaftlichen Krise zu bewältigen, die zu einer explosionsartigen Zunahme von Armut und Ungleichheit geführt haben. Sie haben auch versucht, dem autoritären Abdriften der Staaten im Umgang mit der gesundheitlichen und sozialen Situation entgegenzutreten.

Nach einem Moment der Infragestellung wurden viele Initiativen gestartet, um die internationalen Netzwerke von Bewegungen neu aufzubauen. Sie zeigen die Lebendigkeit der globalisierungskritischen und internationalistischen Bewegung. Bestrebt, sich international zu öffnen, haben die Initiativen ihre Fundamente in den großen Weltregionen gestärkt. Es gab starke Mobilisierungen in einigen Ländern, aber meistens tagten die Initiativen in Form virtueller oder hybrider (sowohl virtueller als auch persönlicher) Treffen. Mehrere Verbände des CRID nahmen an diesen Sitzungen teil. Intercoll (IPAM) hat diese Versuche systematischer dokumentiert, nachzulesen auf deren Website.
Auf der Ebene **Lateinamerikas und Nordamerikas** und mit engen Verbindungen zu einigen europäischen Ländern hat der Globale Dialog für systemische Alternativen mehrere Sitzungen organisiert und das Amazonas Forum unterstützt. In Quebec nahmen la Grande Transition und die Plateforme Altermondialiste am Globalen Dialog teil. WSM Discuss aus Kanada diente als Bindeglied zwischen vielen Bewegungen. In den Vereinigten Staaten organisierte Democracy Now eine Reihe von Treffen, darunter das erste mit Naomi Klein und Angela Davis und mehrere Treffen zum Green New Deal mit Alexandria Ocasio Cortez.
In **Asien** war die Aktivität sehr anhaltend. In Indien waren mehrere Netzwerke sehr aktiv. Jai Jagat, deren Marsch in Armenien unterbrochen wurde, vervielfachten die Treffen. Global Tapestry for Alternatives, ins Leben gerufen von Asish Kothari, hat eine aktive Rolle in mehreren Netzwerken gespielt. In Hongkong hat die Global University for Sustainability mehrere internationale Treffen mit chinesischen Wissenschaftlern organisiert, einschließlich einer gut besuchten Debatte über den neuen Kalten Krieg. Es organisierte die 7. Session der SOUTH South Global University (30 Sitzungen, 130 Diskussionsteilnehmende aus 47 Ländern).
In **Afrika** sorgt das Maghreb-Sozialforum für eine kontinuierliche Präsenz. In Dakar wurde die Kampagne für die Streichung von Schulden der afrikanischen Staaten eingeleitet. (Massiah) Mehrere Bewegungen im südlichen Afrika arbeiteten von Südafrika aus. Die „Karawanen Land und Wasser“ sind in Westafrika sehr aktiv.
In **Europa** waren Mobilisierungen zum Thema Migration sehr wichtig. Das Transnationale Institut in Amsterdam organisierte nach mehreren Seminaren die Tagung des Permanent Peoples Tribunal (PPT) in Berlin und startete eine globale Solidaritätskampagne. Eine Covid-19 Plattform bestehend aus Solidaritätsplattformen wurde ins Leben gerufen. Eine wichtige Rolle spielen dabei unter anderem ESSF (Europe Solidaires Sans Frontières) und der RITIMO-Newsletter.

In diesem Zeitraum waren drei Bewegungen sehr aktiv: die **Frauenrechtsbewegung**, die **Klimabewegung** und die **Antidiskriminierungsbewegung** geführt durch die internationale Gegenreaktion von Black Live Matters.
Wir sollten auch die Treffen der **bäuerlichen sozialen Bewegungen** (La Via Campesina) und die **internationalen Treffen der Arbeiter-Gewerkschaften** hervorheben.
Die am häufigsten erörterten **Themen** waren: die Pandemie und die gesundheitliche Situation, Klima und Ökologie, das Wirtschafts- und Sozialsystem, Diskriminierung, Demokratie, Krieg und Frieden, Geopolitik.

Die Weltsozialforen

Es wurde die Frage nach dem Platz der Weltsozialforen (WSF) in dieser Situation gestellt. Es bestand Einigkeit darüber, dass eine tiefgreifende Erneuerung der WSF und sogar eine neue Phase der Bewegung für eine andere Welt eingeleitet werden müsste. Es wurde darauf hingewiesen, dass es bei der globalisierungskritischen Bewegung nicht nur um die Weltsozialforen geht. Die globalisierungskritische Bewegung kann als anti-systemische Bewegung der neoliberalen Globalisierung definiert werden.
Die erste Phase, die bereits 1970 begann, wurde in den Ländern des Südens von den Bewegungen getragen, die sich gegen die Verschuldungs- und Strukturanpassungen wandten.
Die zweite Phase nach dem Fall der Berliner Mauer forderte die globale Neuorganisation (G7, IWF, Weltbank, WTO) mit dem Slogan heraus *«Völkerrecht darf nicht dem Wirtschaftsrecht untergeordnet sein.»*
Das Weltsozialforum selbst ist nun Teil der dritten Phase. Die Krise von 2008, das Belem Forum ab 2009 und die

Bewegungen ab 2011 erheben die Frage nach seiner Erneuerung und nach der Definition der nächsten Phase.
Die Bewegungen, die noch im Internationalen Rat des WSF aktiv sind, haben Beschlüsse zur Situation des WSF und seiner Erneuerung gefasst: Von den 75 Bewegungen, die im Internationalen Rat zur Zeit des WSF in Salvador de Bahia im Jahr 2018 anwesend waren, beschlossen ca. 60 Bewegungen eine erweiterte Konsultation auf der Grundlage des Vorschlags mehrerer mexikanische Bewegungen, um ein WSF in Mexiko-Stadt im Jahr 2021 zu organisieren.
Die brasilianischen, mexikanischen und mehrere andere lateinamerikanische Bewegungen, das Maghreb-Sozialforum, das trotz der Schwierigkeiten ein Sekretariat unterhält, sowie mehrere europäische Bewegungen verpflichten sich zu dieser Vorgehensweise.
Es wurde ein Prozess der Öffnung eingeleitet.
Nach mehreren Treffen zwischen den Mitgliedern des Internationalen Rats (IC) wurde die Öffnung in zwei Richtungen organisiert: rund um nationale, regionale und thematische Foren, die sich auf die Dynamik des WSF beziehen sowie in Richtung internationale Bewegungen und Netzwerke, die Teil eines altermondialistischen und internationalistischen Ansatzes sind.
Erweiterte Sitzungen fanden statt am 30. Mai 2020 (*nationale und thematische Foren*) und am 6. Juni 2020 (*internationale Netzwerke*) statt. Im Anschluss daran fand am 27. Juni 2020 eine erweiterte Sitzung zu allgemeinen Themen statt. Der Internationalen Rat traf sich am 10. und 11. Oktober 2020. Diese Treffen waren - auf Initiative von Jai Sen - im Netzwerk World Social Movements Discuss besprochen worden und von Jai Sen und Gustave Massiah am 23. Mai 2020 vorbereitet worden. Es folgten zwei erweiterte Sitzungen am 24. Oktober (thematische und nationale Foren) und 25. Oktober (internationale Netzwerke). Der Internationale Rat hat am 7. /8. November die nächsten Schritte bestätigt und organisiert.
Die erweiterte Versammlung am 27. Juni schlug eine **Annäherung an die Bewegungen** vor, indem sie diese bat **zwei Fragen zu beantworten**: **a)** Wie analysieren Sie die neue Situation und wie definieren Sie Ihre **Strategie**, um dieser Situation Rechnung zu tragen; **b)** wie definieren Sie die internationale Dimension Ihrer Strategie? (*siehe einleitenden Beitrag von Gustave Massiah in der Session am 27. Juni*)
An den erweiterten Sitzungen nahmen mehr als 150 Bewegungen teil (110 davon sind nicht Mitglieder des Internationalen Rats). An den Sitzungen zu den **Netzwerken** nahmen praktisch alle internationalen Netzwerke teil, die im ersten Teil der Notiz erwähnt wurden. An den Sitzungen zu **nationalen und regionalen Foren** nahmen teil: das nepalesische und das irakische Forum, das Maghreb-Sozialforum, das Palästina-Forum, das Afrikanische Sozialforum, die Karawanen Land und Wasser in Westafrika, das Permanent Peoples Tribunal von Tunis, La Grande Transition in Montreal, finnische, norwegische und schwedische Foren ...
Folgende **thematischen Foren** waren anwesend: Transformative-Ökonomien-Forum, Bildungsforum, Europäisches Migrationsforum, Amerikanisches Migrationsforum, Forum für Gesundheit und soziale Sicherheit, Universelles Forum für soziale Sicherheit, Anti-Atom-Forum, Forum Patriarchat und Kolonialismus, Forum Freie Medienwelt …
Die Treffen zeigten das Interesse und die Vitalität des WSF als internationales, globalisierungskritisches Netzwerk. Sie zeigten die Entschlossenheit der Bewegungen, gemeinsam auf die neoliberale kapitalistische Globalisierung zu reagieren, die nun durch die Pandemie und die Klima-Krise verschärft wurde. Sie konnten bestätigen, dass das Weltsozialforum nach wie vor eine der wichtigsten Bezugsgrößen der globalisierungskritischen Bewegung ist.
Die Diskussionen konzentrierten sich auf das Wesen des WSF und seine Charakterisierung als «offenen Raum» (Vielfalt und Konsens) oder einen «Aktionsraum» (Initiativen und Handlungen) und die Möglichkeit, beides zu verzahnen. Sie konzentrierten sich auch auf das Interesse an einer Änderung der Charta der Prinzipien des WSF.
Die Funktionsweise des Internationalen Rats ist auch in Frage gestellt. Er funktioniert eher als eine Versammlung denn als ein Vorstand. Es wurde beschlossen, thematische Foren sowie nationale und regionale Foren in den Internationalen Rat zu integrieren und ihn für internationale Netzwerke zu öffnen. Drei aktive Arbeitsgruppen (Vernetzung, Finanzen und Kommunikation) stehen den Bewegungen offen.

Das Aktionsprogramm: Aufbau eines internationalen Raums der Solidarität

Für die Tagesordnung des Weltsozialforums wurden drei Beschlüsse gefasst:
a) Ein Weltsozialforum (Hybrid) vom 25. bis 30. Januar 2021 zum 20-jährigen Bestehen des WSF
(…) Die für dieses Forum ausgewählten Themen sind: Klimawandel und Ökologie, Frieden und Krieg, Demokratie, soziale Gerechtigkeit, wirtschaftliche Gerechtigkeit, Gesellschaft und Vielfalt, Kommunikation, Bildung und Kultur.
Das Treffen am 7. -8. November 2020 befasste sich mit der Vorbereitung des virtuellen oder hybriden Weltforums und dem Programm der Mobilisierungen.
b) Ein Mobilisierungsprogramm, insbesondere im Mai 2021 gegen Davos: Ein Mobilisierungsprogramm wird auf der Grundlage der geplanten Sitzungen der thematischen, regionalen und nationalen Foren definiert. Dazu gehören globalisierungskritische Initiativen und Treffen, insbesondere die Sommeruniversität 2021 (in Nantes, Frankreich) initiiert von CRID und ATTAC. Ein besonderes Datum für die Mobilisierung, vom **18. bis 21. Mai 2020**, ist die Tagung des **Davos Wirtschaftsforums in Luzern** – Burgenstock, Schweiz. Es könnte die Gelegenheit für eine groß angelegte globale Demonstration zur Ablehnung des Neoliberalismus bieten und zum Aufzeigen der neuen Alternativen, die durch die Krise des Neoliberalismus entstanden sind.
c) Ein Weltsozialforum im Jahr 2022, wahrscheinlich in Mexiko-Stadt: Im Jahr 2022, sobald die gesundheitlichen Bedingungen es zulassen, wird ein der Lage angepasstes globalisierungskritisches Ereignis stattfinden. Dieses Weltsozialforum könnte in Mexiko-Stadt stattfinden, abhängig von den Vorschlägen der mexikanischen Sozial- und Bürgerbewegungen.

Übersetzung aus dem Englischen: SiG-Redaktion

(1)CRID (= Centre de Recherche et D'information pour le Développement) https://crid.asso.fr/ – Forschungs- und Informationszentrum für die Entwicklung – internationale Solidarität und Mobilisierung von BürgerInnen
(2) Miguel Torga war ein portugiesischer Schriftsteller.

Weltsozialforum 2021

Aufruf: Lasst uns das nächste Weltsozialforum gemeinsam aufbauen

https://wsf2021.net/

Organisationen und soziale Bewegungen aus der ganzen Welt sind eingeladen, das nächste Weltsozialforum gemeinsam aufzubauen und sich an seinen Aktivitäten zu beteiligen, die **in der letzten Januarwoche 2021** stattfinden werden, im Wesentlichen virtuell, aber auch an Orten, an denen es möglich ist, sie gesundheitlich sicher durchzuführen.

Am Wochenende 24. und 25. Oktober fanden zwei erste Vorbereitungstreffen statt, zum einen das Treffen zwischen den Organisationen, die an den Prozessen des thematischen, regionalen und nationalen Weltsozialforums teilnehmen, und zum anderen ein Treffen des erweiterten Internationalen Rates mit Bewegungen, Organisationen und globalen Netzwerken aus verschiedenen Teilen der Welt.
Alle Teilnehmer*innen brachten ihre Begeisterung für die Veranstaltung zum Ausdruck, wobei sie die Schwere und Dringlichkeit der Herausforderungen der gegenwärtigen Situation und die Notwendigkeit, globale und lokale Kampagnen und Aktionen zu deren Bewältigung zu artikulieren, berücksichtigten […]

Nachstehend finden Sie die Links zu zwei Dokumenten, die sich mit dem **Format des nächsten WSF und seinen Haupträumen und thematischen Achsen** befassen.
Seine thematische Struktur sind erste Vorschläge, die vom Internationalen Rat und der sich in Bildung befindlichen Moderatorengruppe entwickelt und ergänzt werden.

Bei der WSF-Veranstaltung **in der Woche vom 25. Januar 2021** werden wir breite und tiefe Debatten über die sich überschneidenden Krisen des Kapitalismus ermöglichen und die Artikulation politischer Antworten und die Programmierung globaler Aktionen anregen; wir werden auch Gelegenheit haben, uns erneut mit dem Weltwirtschaftsforum in Davos auseinanderzusetzen. Diese Woche wird der Ausgangspunkt für die Feierlichkeiten zum 20. Jahrestag der Gründung des Weltsozialforums sein, die im Januar 2001 in Porto Alegre, Brasilien, stattfanden.

Mehr als das: Diese WSF-Veranstaltung wird in einem breiten und intensiven Prozess von Debatten, Artikulationen, Kampagnen und Kämpfen weitergeführt, der auf allen Kontinenten und das ganze Jahr hindurch stattfinden wird
– bis zum nächsten Weltsozialforum nach der Pandemie, das Ende 2021 oder Anfang 2022 stattfinden soll und für **Mexiko** geplant ist.
Wir werden das nächste WSF im Januar 2021 gemeinsam aufbauen. Wir zählen auf Ihre Teilnahme.

Programm: https://wsf2021.net/macroprogramacion/
Thematische Struktur: https://wsf2021.net/tematicas/
1 / Klimakrise / Ökologie
2 / Frieden und Krieg
3 / Demokratie
4 / Soziale Gerechtigkeit
5 / Wirtschaftliche Gerechtigkeit
6 / Gesellschaft und Vielfalt
7 / Kommunikation, Bildung und Kultur
Bitte antworten Sie auf diese Einladung per Mail unter: forumvirtual@wsf2021.net *, und geben Sie an, ob Sie ein Übersetzungsangebote für eine bestimmte Sprache brauchen. Link zur Registrierung und zur Mitarbeit: https://join.wsf2021.net/?q=node/11*

http://openfsm.net/ *OpenFSM is a platform for social activism provided by the World Social Forum. OpenFSM is the simple way to bring groups together, promote your cause, make plans, get things done and make another world possible.*

Debattenbeiträge um das WSF
Die Seite www.foranewwsf.org wurde von Norma Fernandez (Argentinien), Leo Gabriel (Österreich), Oscar Gonzalez (Mexiko), Francine Mestrum (Belgien), Roberto Savio (Italien), Boaventura de Sousa Santos (Portugal), initiiert; *Deren Ziele – deutsche Übersetzung; Beiträge*

Berichte/ Dokumente über Weltsozialforen
in ‚Sand im Getriebe'
- Aufruf von Bamako - Vorschläge für das WSF, 2006
- **Reader „Die Zukunft des Weltsozialforums" (2008)** mit der Charta der Prinzipien (2001) und vielen Debattenbeiträgen.
- **Artikelübersicht (bis 2013) in SiG 100,** S. 49; weitere Artikel in SiG 101 und 102 über das WSF 2013 in Tunis; SiG 113 und 115 über das WSF 2015; SiG 118 und 122 über das WSF 2016; SiG 126 über das WSF 2018

Georg Auernheimer

Neues Herrschaftssystem

Eine Frage der Hegemoniefähigkeit: Klaus Schwab und Thierry Malleret über Covid-19 und den »großen Reset«

Einen Reset macht man, wenn ein elektronisches Gerät oder System nicht mehr richtig funktioniert. **Klaus Schwab**, der Initiator und Organisator des Weltwirtschaftsforums, hat zusammen mit **Thierry Malleret**, einem ebenfalls am Forum beteiligten Analysten, eine Schrift publiziert, mit der nicht weniger versprochen wird als die Rettung der Weltwirtschaft, nein der Weltgesellschaft, die durch die Pandemie in eine schwere Krise geraten sei. **Titel: »The Great Reset«**. Die Autoren erkennen an, dass sich Klimakrise, Umweltzerstörung und soziale Spaltung durch die Pandemie bedrohlich zuspitzen. Und diese Risiken seien miteinander verknüpft, also auch die Pandemie mit der Umweltzerstörung. Die Coronakrise mache die Fehlentwicklungen sichtbar. Ihr Ziel, schreiben sie, sei *»eine bessere Welt, inklusiver, gleicher und respektvoller gegenüber Mutter Natur«*.

Ein linkes Projekt? Natürlich nicht. Die Verfasser befürchten den Legitimationsverlust des herrschenden Systems und sehen dessen Hegemoniefähigkeit in Gefahr. Deshalb sprechen sie Klartext. Covid-19 habe die vorher schon vorhandene Ungleichheit unübersehbar gemacht. Die Kosten für Wohnen, Gesundheit und Bildung, bedeutsam für die große Mehrheit, zehrten zu viel vom Einkommen auf und trieben Menschen in die Schuldenfalle. Für viele sei es zu einem »Bruch des Sozialvertrags« gekommen. Covid-19 habe die Lücke in den meisten Wohlfahrtssystemen aufgedeckt und den unzureichenden Zustand der Gesundheitssysteme offengelegt. Arbeitsstress sei epidemisch geworden, Depression und Angst zunehmend schlimmer. Bei verschärfter Ungleichheit werde das Eigentumsrecht in Gefahr geraten. Soziale Unruhen gebe es ja schon länger. Auch die Umweltzerstörung wird angeprangert.

Der Blick nach China trägt, so darf man annehmen, ebenso zur Angst vor dem Legitimationsverlust bei. Denn China kommt bei Schwab/Malleret im Vergleich mit den USA nicht schlecht weg. Die US-Gesellschaft zeige für manche schockierende Züge: Ungleichheiten, Mangel an medizinischer Versorgung, systemischer Rassismus.

Was also tun? Die neoliberalen Konzepte werden in den Papierkorb geschmissen. Rein marktbasierte Lösungen seien einem Schock von der Wucht der Covid-19-Pandemie kaum gewachsen. Es brauche wieder mehr Staat (»big government«), einen guten Gesundheitsdienst, eine kompetente Verwaltung und gesunde Finanzen. Die sozialen Netze müssten gestärkt werden. Unter Berufung auf Joseph Stiglitz, dem Konvertiten von der Weltbank, wird mehr Geld für den öffentlichen Sektor angemahnt, um den sozialen Folgen der Krise zu begegnen.

Bis hierher könnten auch manche Linke an dieses Konzept anknüpfen. **Der Haken ist, dass Schwab/Malleret, wie zu erwarten, auf privates Kapital und eine »aufgeklärte Führung« (»enlightened leadership«) setzen, um einen »grünen Kapitalismus« durchzusetzen.** Die Zauberformel heißt »ESG«: »Environmental, social and governance considerations« müssten zum Maßstab unternehmerischen Handelns werden. Blackrock, der weltgrößte Vermögensverwalter wird als Kronzeuge aufgerufen. Eine Studie von dort habe gezeigt, dass an ökologischen und sozialen Maßstäben orientierte Unternehmen am Markt auch erfolgreicher seien.

Von politischer Partizipation ist nirgends die Rede. Nur eine koordinierte Reaktion könne die globalen Risiken beherrschbar machen. Die UN-Organisationen seien allerdings zu schwach und wegen ihrer Unterfinanzierung dysfunktional. Aber ohne multilaterale Institutionen werde die Welt ein gefährlicher Platz. Die Globalisierung müsse in Schach gehalten, die Abhängigkeit von globalen Lieferketten reduziert werden. Regionalisierung und Entkoppelung speziell von China werden empfohlen.

Die neuen Technologien böten die Chance, zunächst einmal die Pandemie in den Griff zu bekommen und ihre Folgen zu bewältigen. Covid-19 werde die Anwendung von IT beschleunigen und die sonst übliche Trägheit bei der Umsetzung überwinden helfen. Die ohnehin irreversible digitale Transformation werde uns durch die alltägliche Vertrautheit zur zweiten Natur werden. Und hier wird die Katze aus dem Sack gelassen: *»Die Eindämmung der Coronapandemie wird ein globales Überwachungsnetzwerk erforderlich machen, das fähig ist, neue Ausbrüche so bald wie möglich zu identifizieren.«* Da muss man sich auch an *»eine der größten gesellschaftlichen und individuellen Herausforderungen«* heranwagen: die Privatheit. *»Wir werden sehen, welch unvergleichliche Kapazität das Contact Tracing hat und wie es einen wesentlichen Platz einnimmt in dem Arsenal, das zur Bekämpfung von Covid-19 benötigt wird, wenngleich es **zugleich geeignet ist, zur Massenüberwachung zu befähigen**«*. Nachverfolgung und Ortung von Infektionen sind für Schwab/Malleret wesentliche Komponenten der gesundheitspolitischen Antwort auf Covid-19. Dabei könne man sich nicht mit freiwilliger Beteiligung zufriedengeben. Individualismus in allen Ehren, aber es gelte, Rechte und Verpflichtungen auszutarieren.

Ein neues Herrschaftssystem zeichnet sich da ab, das sich noch nicht recht einordnen lässt. Wohin würde das führen, wenn Schwab von Gates, Fink, Bezos und Co. die Macht gegeben würde, die er offenbar gerne hätte? »Wohlfahrtsstaat« und Umweltpolitik werden kombiniert mit einer Eliten- oder Oligarchenherrschaft, die Zwang nicht scheuen dürfe. Schwab und Malleret wollen mit Rücksicht auf die Systemstabilität soziale Sicherheit bieten, stellen aber zugleich den Schutz des menschlichen Lebens als absolute Norm in Frage. Sie schrecken vor dem Tabubruch nicht zurück. Beim Kampf gegen das Virus halten sie manchmal ein ***»grausames utilitaristisches Kalkül«*** für unvermeidlich, wenn ein *»delikater Kompromiss«* zu schließen ist zwischen der Rettung möglichst vieler Leben und dem Funktionieren der Wirtschaft.

Einst hätte sich mit so einer Perspektive eine faschistische Lösung angeboten. Dafür allerdings fehlt bisher die Massenbasis. Das parlamentarische System bleibt unangetastet. Es wird nicht auf die Exklusivität einer privilegierten Bevölkerungsgruppe gesetzt, der Europäer etwa oder der »Weißen«. Rassismus lehnen die Verfasser explizit ab. Das würde heutzutage die Hegemoniefähigkeit beeinträchtigen.

Klaus Schwab, Thierry Malleret: Covid-19. The Great Reset. Forum Publishing, Genf 2020, 282 Seiten, 10,49 Euro

Attac Frankreich
Handbuch der Geschichte der Zukunft

Vorwort

August 2020

Gegenstand dieses Handbuchs ist eine **kritische Betrachtung der Welt oder, besser gesagt, der Gesellschaft, in der wir leben, verbunden mit Vorschlägen zu deren Veränderung**. Durch das Aufzeigen von bereits heute vorhandenen Keimzellen möchte das Handbuch deutlich machen, dass die Dinge, die uns in der gegenwärtigen Gesellschaft absurd oder ungerecht erscheinen, keineswegs unausweichlich sind.

Wir sind dabei ähnlich wie in den „Lettres persanes“(1) vorgegangen, wobei wir den geographischen Exotismus durch eine Zukunftsprojektion ersetzt und uns vorgestellt haben, was in zehn Jahren sein könnte. Angesichts der erdrückenden Gefahren, die auf der Demokratie und unserem Leben lasten, bedürfen wir für unsere Kämpfe der Fähigkeit zum Träumen. Auch müssen wir in der Lage sein, am Horizont die Konturen einer anderen Gesellschaft zu erkennen.

Diese Ausgangspunkte haben die **Struktur des Handbuchs** bestimmt.

Für jedes Thema wurde auf einer Doppelseite eine Charakterisierung der 2020 bestehenden Situation vorgenommen. Es ging herbei nicht um eine erschöpfende Erfassung aller Merkmale, sondern darum, durch Fakten die wesentlichen Aspekte darzustellen. Bei den in den ersten Abschnitten präsentierten Materialien handelt es sich um Originaldokumente, deren Quellen jeweils angegeben werden. Einige Texte wurden jedoch von uns überarbeitet.

Um es nicht bei diesen Zustandsbeschreibungen bewenden zu lassen, wagen wir es, einige konkrete Maßnahmen zu benennen, um die Gesellschaft bis 2030 zu verbessern, d. h. sie gerechter, gleicher, ökologischer, demokratischer … zu machen. Diese Vorschläge kommen von verschiedenen Organisationen, Bündnissen, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, gesellschaftspolitisch engagierten Gruppen, die sich in den sozialen Kämpfen den entsprechenden Sachverstand erworben haben. Wir denken, dass es lohnenswert ist, ihre Ideen und Vorschläge aufzugreifen. Diese Vorschläge stoßen nicht immer auf uneingeschränkte Zustimmung. Einige von ihnen sind auch Gegenstand von Auseinandersetzungen und Diskussionen anlässlich der Erarbeitung dieses Handbuchs gewesen. Aber sie haben den Verdienst, zum Nachdenken anzuregen, Diskussionen auszulösen und uns zur Vorstellung anderer Wege zu befähigen.

Die „Verantwortlichen“, die uns regieren, haben uns glauben machen wollen, dass es keine Alternativen zu den von ihnen getroffenen gesellschaftlichen Festlegungen gibt. Es sei hier nur an den fürchterlichen Ausspruch von Margaret Thatcher erinnert, der die neoliberale Offensive Ende der 1970er Jahre eingeläutet hat: *„There is no alternative!“ („TINA“)*. Es wird suggeriert, dass es keinen anderen Ausblick gäbe als die Versprechungen einer entfesselten Technologie, des technisch verbesserten Menschen und der unbegrenzten Akkumulation innerhalb einer von den Märkten und der Finanzwelt dominierten Globalisierung. **Das vorliegende Handbuch widerlegt in zweierlei Hinsicht diese Sichtweise von TINA.** Zum einen illustriert der erste Abschnitt eines jeden Kapitels, wie die neoliberalen Politiken die Lebensbedingungen der großen Mehrheit der Bevölkerung immer weiter verschlechtern. Zum anderen erbringen die zweiten Abschnitte der Kapitel den Nachweis, dass eine gerechtere und lebenswertere Welt bis 2030 zu erreichen wäre, wenn in den nächsten Jahren alternative politische Entscheidungen zur Anwendung kämen.

Die in dieser Schrift vorgestellten Politikansätze sind **Bestandteil einer „realistischen Utopie“**. Die durch die Covid-19-Pandemie im Frühjahr 2020 ausgelöste Gesundheitskrise hat gezeigt, dass die Staaten wenn erforderlich in der Lage sind, den neoliberalen Dogmatismus zu verlassen und sehr schnell Milliarden an Euro bereitzustellen, um der Krise zu begegnen. Die finanziellen Ressourcen zur erfolgreichen Durchführung alternativer Politik sind vorhanden. Hierzu ist es erforderlich, dass die Hunderte von Milliarden Euro, die durch die Steuerflucht, die Steuergutschriften des CICE (2) für Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung, die zu großzügige steuerliche Behandlung der Reichsten, das Fehlen einer Finanztransaktionssteuer … der Allgemeinheit vorenthalten worden sind, dieser wieder zur Verfügung gestellt werden. Diese Mittel sind dann für dringende soziale und ökologische Maßnahmen, die Verbesserung der öffentlichen Versorgungseinrichtungen und Dienste, die Schaffung von Zehntausenden von Arbeitsplätzen im Rahmen der ökologischen Wende, die Erfüllung des Rechtsanspruchs auf Wohnraum, die internationale Solidarität u. a. m. einzusetzen (3).

Selbstverständlich gehen wir nicht davon aus, dass 2030 alle Probleme gelöst sein werden. Die hier eingebrachten Vorschläge sind **eher erste Schritte zu einer Übergangsphase bzw. zu einem Richtungswechsel**. Wir haben uns nicht den großen, plötzlichen Umbruch vorstellen wollen, der schlagartig und radikal alle gesellschaftlichen Spielregeln über den Haufen werfen würde. Stattdessen wollten wir von der bestehenden Welt ausgehen und einen Weg aufzeigen, mit dem eine Änderung der Kräfteverhältnisse und der vorherrschenden Gesellschaftsvorstellungen zu erreichen ist. Es ist ein Weg, auf dem das Eintreten für das Lebendige und das Gemeinwohl die Oberhand über das Macht- und Geldstreben gewinnt.

Dieses Handbuch erhebt selbstverständlich **keinen Anspruch auf Vollständigkeit**. Aus Zeit- und Ressourcenmangel konnten viele Themen nicht angesprochen werden, und selbst wenn in einigen Kapiteln Maßnahmen vorgeschlagen werden, die in manchen Ländern ergriffen werden könnten, haben wir uns jedoch weitgehend auf Frankreich konzentriert, obwohl wir uns der Tatsache bewusst sind, dass die sozialen und ökologischen Herausforderungen ohne neue Spielregeln auf europäischer und weltweiter Ebene sowie ohne eine verstärkte internationale Zusammenarbeit nicht zu meistern sein werden.

Liebe Leserin und lieber Leser, mit dieser Publikation will Attac einen **Beitrag zu einer schon sehr brodelnden Dynamik an Vorschlägen für eine andere, mögliche Welt leisten**. Wir laden Sie dazu ein, hieraus ein Werkzeug kollektiver Reflexion und Phantasie über den Entwurf einer erstrebenswerten Zukunft für unsere Gesellschaft und unseren Planeten zu machen. Die Vorschläge, die wir hier zusammengetragen haben, sind sicherlich kein Programm, das von A bis Z umgesetzt werden sollte. Es handelt sich dabei eher um einen Aufruf, Räume zu öffnen, und zwar Räume dafür, über die hier aufgezeigten Wege zu diskutieren und gemeinsam weitere Wege zu erdenken. Es sollen Wege sein, die dem gesellschaftlichen Experimentieren und den sozialen Kämpfen der nächsten Jahre dienen. Dieses Buch soll wie eine Antizipationserzählung gelesen und als Appell verstanden werden, ohne Verzögerung gemeinsam unsere Zukunft zu ersinnen und zu gestalten.

Es ist erst der Anfang, setzen wir unser Handeln und unsere Debatten fort!

---

(1) Der Übersetzer: Von Montesquieu Anfang des 18. Jahrhunderts als Briefroman verfasste Betrachtungen zu den politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen seiner Zeit. Montesquieu lässt als Erzähler zwei persischen Reisende auftreten und bedient sich ihrer, um eine kritische Distanz zu den beschriebenen Zuständen herzustellen.

(2) Crédit d'Impôt pour la compétitivité et l'emploi: Unter der Präsidentschaft von F. Hollande 2013 eingeführte und bis 2019 in dieser Form beibehaltene Steuervergünstigung für die Unternehmen, die ohne jede Gegenleistung gewährt worden ist. Über ihre gesamte Laufzeit hat sie zu Steuerausfällen von über 100 Milliarden Euro geführt (der Übersetzer, s. auch SiG 128, S. 4).

(3) Siehe Attac Frankreich, „Gebt das Geld zurück!“, März 2017

Einführung: Wie wir gesiegt haben

Bis vor zehn Jahren schien es um die soziale und ökologische Gerechtigkeit schlecht bestellt zu sein. Und doch kündigen sich heute, **im Januar 2030**, in vielen Ländern Fortschritte auf dem Weg zu einer maßvolleren, solidarischeren Gesellschaft an. Das Durchsetzungsvermögen der sozialen Bewegungen gegenüber GAFAM (Google – Apple – Facebook - Amazon - Microsoft) und den multinationalen Unternehmen ist gewachsen. Die Ungleichheit nimmt ab, ebenso die Umweltverschmutzung. Dabei sind keine Wunder geschehen, allerdings eine Reihe von größtenteils unvorhergesehenen, aber nicht rein zufälligen Umwälzungen.

Der große Wendepunkt der 2020er Jahre hat eine lange Vorgeschichte. Eigentlich hatte **das Jahr 2020** kaum Anlass zu Hoffnungen geboten. Die Volksaufstände in Chile, im Libanon, in Algerien und im Irak hatten die Wucht der demokratischen Bestrebungen der Völker dieser Länder aufgezeigt und den Weg für konstituierende Versammlungen gebahnt. Der gewaltige Streik in Frankreich hingegen, der am 5. Dezember 2019 im Anschluss an die Gelbwestenbewegung seinen Anfang nahm, richtete sich gegen die Angriffe auf das Rentensystem. Trotz des Aufstiegs einer echten Linken in den Vereinigten Staaten wurde Trump im November 2020 (1) wiedergewählt, während Putin, Bolsonaro, Erdoğan, Salvini (Sieger der vorgezogenen Wahlen in Italien im Januar 2021) sowie Duterte weiterhin einen chauvinistischen, sexistischen, raubgierigen und autoritären Stil pflegten. Die von der wirtschaftlichen Unsicherheit geplagten Bevölkerungen hatten in der fremdenfeindlichen Rhetorik ihrer populistischen politischen Führer eine nostalgische und illusorische Zuflucht gesucht und gefunden.

Vor allem aber ist 2020 das Jahr der weltweiten Coronavirus-Epidemie und des daraus folgenden Börsenkrachs. Alle Anzeichen für ein Platzen der Finanzblase waren bereits seit Monaten erkennbar, aber niemand ahnte, dass der Funke von einem Virus aus China kommen würde. Die Epidemie ist auf den Zerfall der Gesundheitssysteme nach zwanzig Jahren unverantwortlicher Kürzungsmaßnahmen zurückzuführen. Darüber hinaus legt sie die Inkompetenz und Verantwortungslosigkeit westlicher Entscheidungsträger offen, die sich als unfähig erwiesen, Maßnahmen zu ihrer Eindämmung zu treffen. Nicht zuletzt macht sie die Unhaltbarkeit einer ultraglobalisierten Raubwirtschaft deutlich, wo die Entwaldung maßgeblich zur Virenübertragung von Wildtieren auf den Menschen beiträgt und der weltweite Tourismus genauso wie die Reisen von Angestellten multinationaler Unternehmen das Entstehen von Pandemien begünstigen.

Der mit Eindämmungs- und Quarantänemaßnahmen verbundene wirtschaftliche Schock löst Panik auf den Finanzmärkten aus und bringt das Kartenhaus der privaten Verschuldung zum Einsturz, das die Zentralbanken durch ihre Politik einer unverantwortlichen Geldschöpfung aufgebaut hatten. Nach einem Jahrzehnt des Booms in den Vereinigten Staaten brechen die Frackingunternehmen eins nach dem anderen unter der Last riesiger Schulden und dem Misstrauen der Investoren zusammen. Desgleichen müssen in China mehrere Industriegiganten Konkurs anmelden, auch hier wegen bedenkenloser und völlig undurchsichtiger Verschuldung. Wie im Jahr 2008 hätte die Bankenkrise zum totalen Zusammenbruch des Weltwirtschaftssystems führen können. Aber diesmal warten die Zentralbanken nicht den Kon-

kurs einer Großbank wie Lehman Brothers ab, um die Banknotendruckmaschine in Gang zu setzen und so das System mittels massiver Refinanzierung der großen privaten oder öffentlichen Bankinstitute zu retten. In anderen Sektoren wie Luftfahrt oder Automobilindustrie müssen die Staaten große Konzerne verstaatlichen, um sie vor dem Konkurs zu bewahren, wobei sie gleichzeitig ihre Absicht ankündigen, diese unmittelbar nach Beendigung der Krise an den Privatsektor zurückzugeben.

Die Eliten versuchen, Verständnis für solche Manöver zu erwirken, indem sie die Krise ausschließlich Covid-19 zuschreiben. Die Enthüllung der Unfähigkeit der Eliten im Umgang mit der Epidemie löst eine weltweite Welle der Empörung aus und diskreditiert deren Erklärungsversuche. Nach den Ereignissen von 2008 nimmt es kaum jemand ein zweites Mal hin, dass die Staaten, obgleich kein Geld für soziale und Klimaschutzmaßnahmen vorhanden ist, Tausende von Milliarden Euro und Dollar auftreiben, um die Banken und Aktionäre zu retten.

Im **Frühjahr 2021**, als die Epidemie vorüber ist, starten Attac, Gewerkschaften und grüne Bewegungen des zivilen Ungehorsams im Rahmen des Bündnisses „Nie wieder“ mit großem Erfolg Aktionen zur friedlichen Besetzung von Bankfilialen. Unter dem Hashtag #GreedIsBad werden weltweit öffentliche Anprangerungskampagnen (escraches) gegen die Ultrareichen organisiert. Aufständische attackieren die wohlhabenden Viertel verschiedener Metropolen, und im Juni 2021 werden mehrere Milliardärsjachten in der King Harbor Marina (Los Angeles) in Brand gesteckt.
Die Repression durch Spezialeinsatzkräfte der Polizei hat zur Folge, dass in Los Angeles und São Paulo mehrere Menschen durch Schüsse getötet werden, in der Mehrzahl Schwarze und Unbewaffnete. Die Bewegungen Black Lives Matter und Movimento Negro Unificado, die 2020 nach der Ermordung von George Floyd durch die US-Polizei an Stärke gewonnen hatten, organisieren in Brasilien und den USA massive Proteste gegen Polizeigewalt und faschistische Milizen. Da Trump und Bolsonaro als Anwälte der Ultrareichen betrachtet werden, verlieren sie selbst bei den Wählern der weißen unteren Mittelschicht deutlich an Popularität.

Im Sommer 2021 verwüsten gigantische Brände die Wälder in Kalifornien, im Amazonasgebiet und in Südeuropa. In Frankreich geht ein Drittel des Waldes von Fontainebleau in Rauch auf. Neun Feuerwehrleute sterben bei der Brandbekämpfung im San-Fernando-Tal, ein Feuerwehrmann in Brasilien, drei weitere in Spanien. Die Bewegung Firemen for Life (FFL), die sich aus Basisgruppen sozialer Netzwerke zusammensetzt, mobilisiert in kürzester Zeit Zehntausende von Feuerwehrleuten in mehr als dreißig Ländern, um gegen die Tatenlosigkeit beim Klimaschutz zu protestieren. Hunderte von Gruppen führen Aktionen des zivilen Ungehorsams durch (Blockaden von Kohlebergwerken und Ölraffinerien, Schneckentempoaktionen ...), insbesondere in Ländern wie Spanien und Frankreich, wo sich die Feuerwehrleute bereits durch ihre Beteiligung am großen Streik im Winter 2019/2020 hervorgetan hatten, der auch zu einer direkten Auseinandersetzung mit den Polizeikräften führte. Dem Aufruf von Greta Thunberg, sich den Aktionen der Feuerwehr anzuschließen, folgen die „Jugend für das Klima“, Schüler*innen, Student*innen und Bewegungen zivilen Ungehorsams. Anfang September nehmen weltweit fünfzehn Millionen Menschen an einem Klimastreik teil. Bei den deutschen Wahlen im September gewinnen die Grünen und die Linke die Mehrheit der Sitze, und Annalena Baerbock wird Bundeskanzlerin.

Ab Oktober 2021 breitet sich eine „weiße Welle“ von Spanien nach Europa aus: Zehntausende von Ärzt*innen und Pflegekräften gehen jeden Freitag auf die Straße, oft gemeinsam mit ihren Patient*innen, um die Budgetkürzungen, katastrophalen Arbeitsbedingungen und die Verschlechterung der Versorgung anzuprangern. Die Bewegung Nurses for Life (NFL) entwickelt sich schnell zum Dachverband der Gewerkschaften und Vereinigungen im Gesundheitswesen in dreiundfünfzig Ländern. Auf dem ersten Weltgipfel für Klimagerechtigkeit in Berlin verkünden im August 2022 die FFL und NFL die Magna Carta for Life. Dieser Text, der sich in Windeseile verbreitet, findet volle Unterstützung bei den internationalen Gewerkschaftsorganisationen wie auch zahlreichen altermondialistischen, Frauen- und Umweltbewegungen. Er enthält kurzfristige Forderungen zum Schutz des Lebens sowie für soziale und Klimagerechtigkeit: Besteuerung von Finanzunternehmen, Vermögen und internationalen Kapital- und Warenströmen, öffentliche Kontrolle der Banken und des Gesundheits- und Bildungswesens, Zerschlagung von GAFAM, Stopp der Investitionen in fossile Brennstoffe usw. Der Text schließt mit einem Aufruf zu massenhaften Aktionen des Ungehorsams und zur Bildung von „lebenswichtigen Koalitionen“, die von sozialen Bewegungen getragen und kontrolliert werden und somit eine echte politische Alternative bieten.

Alle Umfragen zeigen einen Rückgang der nationalistischen Ideen und ein Wiederaufleben des Optimismus in der öffentlichen Meinung. Marine Le Pen versteht es jedoch, aus dem Überdruss weiter Bevölkerungsschichten gegenüber Macron Kapital zu schlagen und die Uneinigkeit der Linken für sich zu nutzen; sie verpasst keine Gelegenheit für Auftritte inmitten der für ihre Rechte kämpfenden Feuerwehrleute und Pflegekräfte. Sie wird im **Mai 2022** zur Präsidentin gewählt, mit einer Enthaltungsrate von 66 % im zweiten Wahlgang. Gleich nach ihrem Amtsantritt führt sie wieder die Vierzigstundenwoche ein und beginnt damit, die Grenzen mit Stacheldraht zu sichern und riesige Auffanglager für Migrant*innen zu bauen.

I**m Januar 2023,** im Zuge neuer Skandale, die mit der Preisgabe persönlicher Daten und der Manipulation von Algorithmen zu tun hatten, ruft eine Koalition von Hacker*innen zum endgültigen Verzicht auf die Nutzung von Facebook auf: der Hashtag #FBRun löst eine massive Migration von Internetnutzern zu den Open-Source-Alternativen Diaspora und Tor-Browser aus. Der Wert von Facebook an der

Wall Street sinkt in wenigen Wochen um 70 %. Nach Jahren kolossaler Verluste, die durch allzu optimistische Aktionäre ausgeglichen wurden, gehen im April Tesla und dann im Juni Uber in Konkurs. Im November lässt eine neue weltweite Welle von Blockaden der Amazon-Lagerhäuser den Börsenwert dieses Unternehmens in den Keller stürzen, das in der öffentlichen Meinung nunmehr als sozial und ökologisch unhaltbar gilt. Selbst Apple sowie die gesamte Computer- und Telekommunikationsindustrie geraten durch den beispiellosen Preisanstieg bei seltenen Metallen, der insbesondere auf den Bürgerkrieg im Kongo zurückzuführen ist, in eine Krise. Das GAFAM-Debakel führt zu einem Absturz der Aktienmärkte der Welt und setzt der technowissenschaftlichen Euphorie der Befürworter einer so genannten neuen Welt ein Ende.

In diesem Kontext startet Alexandria Ocasio-Cortez (abgekürzt AOC) Ende 2023 die Kampagne für die Vorwahlen der Demokraten und bewirkt in kürzester Zeit eine beispiellose Mobilisierung der Bürger*innen, wobei Meinungsumfragen einen vernichtenden Sieg in den Vorwahlen gegen Pete Buttigieg und dann bei den Präsidentschaftswahlen gegen Donald Trump voraussagen.

Zu Beginn des Jahres **2024** bilden sich in dreizehn Ländern der Europäischen Union „lebenswichtige Koalitionen“ (2) , die von sozialen Bewegungen getragen und von linken und ökologischen politischen Gruppen unterstützt werden. Bei den Europawahlen im Juni 2024 erhalten sie mehr als ein Viertel der Sitze im Parlament.
In China fordern Millionen von Demonstranten das Ende der Einheitspartei und der missbräuchlichen Bereicherung der parteinahen Oligarchen sowie drastische Maßnahmen gegen CO2-Emissionen und andere Schadstoffe, die unzählige ökologische und industrielle Katastrophen verursacht haben, wie etwa die sechswöchige Feinstaubspitze, die im Sommer 2024 in Peking Tausende von Toten verursachte. Die Unterdrückung durch die Armee ist jedoch brutal und die Niederschlagung der Revolte fordert eine beträchtliche, jedoch unbekannte Zahl von Toten. Die Partei, die um ihr Überleben bangt, inhaftiert etwa hundert korrupte CEOs, Bankiers und hochrangige Beamte und führt eine drastische Kontrolle der Umweltverschmutzung ein, eine regelrechte Ökodiktatur, die darauf abzielt, die Emissionen bis 2030 zu stabilisieren und dann um 3 % pro Jahr zu reduzieren.
Indien hingegen befreit sich aus Modis Fesseln und begibt sich auf den Weg einer gigantischen, die gesamte Bevölkerung umfassenden Mobilisierung, die die Unberührbaren (Dalits), die weiblichen Opfer von Gewalt, die landlosen Bauern und Bäuerinnen einschließt ... Chandrashekhar Azad, Gründer der Bhim-Armee, wird nach dem Wahlsieg der Grand Alliance (Indiens „lebenswichtige Koalition“) 2024 zum Premierminister ernannt. Die neue Regierung räumt gemeinwirtschaftlichen, von der Zivilgesellschaft getragenen Initiativen wie Zero Budget Natural Farming, einem breiten agroökologischen Übergangsprogramm oberste Priorität ein.
In Frankreich gibt ein Unterschlagungsskandal, in den mehrere Minister und Personen aus ihrem engstem Umkreis verwickelt waren, Anlass zu gewaltigen Demonstrationen. Er zwingt Marine Le Pen achtzehn Monate nach ihrer Wahl zum Rücktritt. Dank eines neuen sozialen Modells, das auf der internationalen Allianz der Feuerwehrleute und Pflegekräfte zur Verteidigung der Gesundheit und des Planeten gründet und weitreichenden Anklang gefunden hat, und trotz der zunehmenden, auf die finanzielle Instabilität zurückführbaren Arbeitslosigkeit wenden sich die besitzlosen Bevölkerungsschichten zunehmend von der extremen Rechten ab. Clémentine Jamel, eine junge Aktivistin aus der Bewegung für Klimagerechtigkeit, wird Ende Oktober 2024 zur Präsidentin gewählt und verspricht u. a. die Einleitung eines verfassungsgebenden Prozesses.
Im November gewinnt AOC die US-Präsidentschaftswahlen. In Zusammenarbeit mit der jungen Feministin und neuen EU-Kommissarin Aurore Hatou entsteht der Entwurf eines Abkommens, das eine gemeinsame Politik zur Besteuerung der internationalen Finanz- und Handelsströme mit einer Steuer auf Finanztransaktionen und einer Ökokilometersteuer auf den Warentransport festlegt.
Doch die Finanzmärkte geraten in Panik: Die Zinsen für Staatsanleihen schießen in die Höhe und verursachen den Absturz der Anleihen. Christine Lagarde, Präsidentin der Europäischen Zentralbank (EZB), weigert sich zu intervenieren und fordert die Annullierung des Vertragsentwurfs. Die deutsche Regierungskoalition zerbricht, da die Grünen vor den Finanzmärkten kapitulieren. Aurore Hatou muss im März **2025** zurücktreten; ihre Nachfolge übernimmt Michel Barnier mit der Unterstützung einer Koalition der Mitte, der Rechten und der extremen Rechten. Um das Vertrauen der Investoren wiederherzustellen, versucht die Troika aus EU-Kommission, EZB und IWF den südeuropäischen Ländern Austeritätspläne nach griechischem Vorbild aufzuzwingen, die mit der Entlassung von 10 % der Beamten und einer sofortigen Kürzung der Gehälter und Sozialleistungen um 15 % einhergehen. Die französische, spanische und portugiesische Regierung haben die Blockade der Europäischen Union registriert: Daraufhin setzen sie im Dezember 2025 ihre Mitarbeit aus, um eine tiefgreifende Umstrukturierung ihrer Staatsschulden einzuleiten und den geplanten Vertrag mit den Vereinigten Staaten zu unterzeichnen. Während sie an die anderen Völker Europas appellieren, sich ebenfalls zur Wehr zu setzen, führen sie eine Transaktionssteuer, eine Finanz- und Kapitalkontrolle und eine gemeinsame Währung, den Eurosud, ein. Matteo Salvini verweigert seine Zustimmung, muss aber nach dem Zusammenbruch seiner parlamentarischen Mehrheit zurücktreten. Neuwahlen verschaffen Luigi de Magistris, dem ehemaligen Bürgermeister von Neapel, die Mehrheit; er tritt dem Eurosud bei, Tsipras, der im April **2026** in Griechenland wiedergewählt wird, ebenso.

Die Klimakonferenz (COP) hatte seit 2022 nach dem Scheitern der COP 26 in Glasgow und der COP 27 in Kathmandu nicht mehr getagt. Der Zyklus der Konferenzen beschleu-

nigt sich wieder ab dem Treffen in Johannesburg im September 2026, in Rio im März und in Delhi im Oktober 2027. Endlich wurden verbindliche Emissionsreduktionsziele und eine substanzielle globale Finanzierung zur Unterstützung der Länder des Südens beschlossen.

Die finanzielle, soziale und politische Instabilität dieser Jahre führt weltweit zu einem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit. In vielen Ländern wurden jedoch durch die Umstrukturierung oder sogar durch die Streichung eines Teils der Staatsschulden und eine mutige Geldpolitik beträchtliche Mittel zur Finanzierung umweltfreundlicher öffentlicher Investitionen, der Arbeitslosenversicherung und von Programmen zur Schaffung ortsgebundener Arbeitsplätze freigesetzt. Sektorale und regionale öffentliche Investitionsfonds haben damit begonnen, Tausende von Projekten zu finanzieren, die klar identifizierten lokalen sozialen und ökologischen Bedürfnissen entsprechen und glaubwürdige Garantien für das Erreichen eines wirtschaftlichen Gleichgewichts innerhalb von drei Jahren bieten. Deshalb gelangen ab **2028** diejenigen Länder, die mit dem Neoliberalismus gebrochen haben, wieder zu einem gewissen Wohlstand, während andere, die sich wie Deutschland an ihre Dogmen klammern, sich nicht vom Zusammenbruch des Welthandels erholen und Massenarbeitslosigkeit erleben. Aber bei den nächsten deutschen Wahlen im Jahr 2031 könnte es durchaus zu einer „lebenswichtigen Koalition“ kommen, die ein Projekt zur Neugründung der Europäischen Union auf den Weg bringen könnte, das sich an den Vorläuferinitiativen des Eurosud orientiert.

Was die UNO anbelangt, so hat auch sie mit der Erweiterung des Sicherheitsrates und der Abschaffung des Vetorechts, das durch eine qualifizierte Mehrheit ersetzt wurde, ihre Neustrukturierung eingeleitet. WHO, IAO, FAO und die neue Weltumweltorganisation, die von nun an durch eine internationale Kilometersteuer auf den Güterverkehr finanziert wird, verfügen endlich über ausreichende Mittel und verstärkte Vorrechte, um Ungleichheiten, Pandemien und Umweltzerstörung zu bekämpfen.

Während der Beginn des einundzwanzigsten Jahrhunderts von tiefen Krisen geprägt war, kündigt der Anfang der 2030er Jahre eine wahre Erneuerung an …

---

(1) das „Handbuch“ wurde im Sommer 2020 geschrieben.
(2) Soziale Bewegungen (Gewerkschaften, Umweltschutzverbände, feministische und antirassistische Organisationen, ...) müssen eine Koalition bilden, um gemeinsam zu handeln, ihre Forderungen abzustimmen und das Kräfteverhältnis zur Durchsetzung eines Richtungswechsels aufzubauen, der die Verwirklichung der Grundrechte für alle und eine umfangreiche Umsetzung der Alternativen, die für die Zukunft der Menschen und des Planeten lebenswichtig sind, möglich macht.
(Erläuterungen von Attac Frankreich für die SiG-Redaktion, 22. 12. 2020)

Attac Frankreich: Manuel d‘histoire du futur, August 2020
Übersetzung: Gabrielle Fois-Kaschel, Frank Czesnik, SiG-Redaktion

Die Themen des Handbuchs:

TEIL 1. ÖKOLOGIE
Auf dem Weg zur Klimagerechtigkeit
Die Vielfalt des Lebens kennen und bewahren
Raumentwicklung für alle
Erfüllung der Grundbedürfnisse
Agrarökologie, gut essen
Übergang in der Energieversorgung, von den Finanzmärkten befreit
Hochwertige und nachhaltige Verkehrsmittel

TEIL 2. WIRTSCHAFTSDEMOKRATIE
Die Commons, eine neue soziale Organisation
Ökologische Planung
Eine neue Bedeutung der Arbeit
Eine kooperative und solidarische Globalisierung
Finanzen im Dienste der Gesellschaft

TEIL 3. GLEICHEIT
Soziale und steuerliche Gerechtigkeit
Würdige Unterkunft für alle
Beendigung von Rassismus und Diskriminierung
Patriarchat abschaffen
Gleichberechtigte Sexualitätsorientierungen

TEIL 4. FREIHEITEN UND DEMOKRATIE
Eine wirklich partizipative Demokratie
Digitale Emanzipation
Medien im Dienste der BürgerInnen
Wiederherstellung der Bewegungsfreiheit
Garantierte grundlegende Freiheiten
Für ein Justizwesen, das die Wiedereingliederung zum Ziel hat
Ein erneuerter Laizismus

TEIL 5. SOLIDARITÄT
Eine Dynamik des Friedens
Internationale solidarische Beziehungen
Eine Schule des Erfolgs für alle Kinder
Kultur für die Entfaltung aller
Gesundheit als öffentliches Gut
Ein gerechtes Rentensystem

Alle Kapitel sind gleich aufgebaut:
Einleitung mit Zeichnung (1 Seite), Lage 2020 (2 Seiten) ; Situation 2030 (2 Seiten); Quellen (1 Seite)

S. 133 (Kapitel „Wiederherstellung der Bewegungsfreiheit“):

„Beruhigen Sie sich und sagen Sie mir, woher Sie kommen!“

Attac Frankreich
Hochwertige und nachhaltige Verkehrsmittel
(aus Teil 1: Ökologie)

Bau neuer Autobahnen, Umgehungsstraßen, Ausbau von Flughäfen und von Handels- und Freizeithäfen …. seit 2000 sind eine Reihe von großen unnützen Projekten durchgeführt worden, während die Massenverkehrsmittel und kleinere Bahnstrecken staatlich vernachlässigt wurden. Das alles mit dem Ziel, dass eine Minderheit immer mehr und immer schneller verreisen kann, während die ärmeren Teile der Bevölkerung durch die Schaffung von Gewerbegebieten und durch die Grund- und Immobilienspekulation immer weiter an den Rand der Städte verdrängt wurden. Damals war der Verkehrssektor einer der Hauptemittenten an Treibhausgasen und lokaler Umweltverschmutzung.

Im Rahmen einer scharfen Liberalisierung haben die nationalen Regierungen und die EU die Deregulierung der Infrastrukturen vorangetrieben, was zu einer erheblichen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen geführt hat. Die Rentabilitätslogik war ebenfalls keine passende Antwort zu den Bedürfnissen der NutzerInnen.

Dank erheblicher Mobilisierungen von UmweltschützerInnen, BäuerInnen, Gewerkschaftsmitgliedern, Stadt- und LandbewohnerInnen, mit Aktionen des zivilen Ungehorsams und Besetzungen haben die staatlichen Stellen nach und nach die geeigneten Hebel zur grundlegenden Verkehrswende eingesetzt, die seit der Mobilisierung der Gelbwesten als Antwort zu der klimatischen und sozialen Krise eingefordert war.

Heute hat die Entwicklung von öffentlichen umweltschonenden Verkehrsmitteln zu einem Abbau des privaten Verkehrs und der Fahrtdauer in den öffentlichen Verkehrsmitteln. Die Relokalisierung der Produktion und aller Aktivitäten wird begleitet von einer neuen Raumplanung, die weniger Flächenverbrauch und weniger Waren- und Personenverkehr vorsieht.

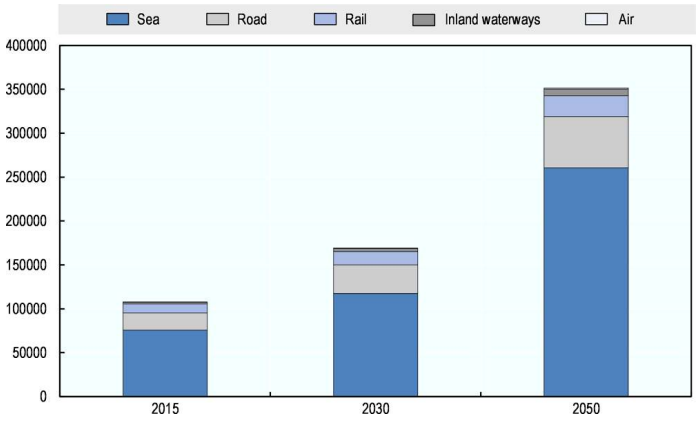
Lage 2020

- In Frankreich ist der Verkehrssektor der Hauptverursacher von Treibhausgasen (29,7% 2017), über die Hälfte davon durch PKWs. Die Luftverschmutzung verursacht jährlich 48 000 vorzeitige Todesfälle.

- Eine starke Mobilisierung hat zur Aufgabe von Großprojekten geführt (Fughafen Notre-Dame-des-Landes, A45, Europacity, usw.)

- Es gibt immer weniger Eisenbahnstrecken (1930: 62 000 km; 2014: nur 29 000 km), nur noch 2 Nachtzuglinien gegenüber 15 im Jahre 2008; der Güterverkehr wird von der Schiene auf die Straßen verlagert; private Buslinien ersetzen lokale Zugverbindungen. Hingegen sind jährlich 5% mehr Flugpassagiere, zu verzeichnen die Treibhausgase durch den Luftverkehr sollen um 300% bis 2050 steigen.

- Eine erhebliche Zunahme der transportierten Güter wird erwartet:



Projected freight transport demand by mode ;
Current demand pathway, Mrd. Tonnenkilometer, OECD

2030: Hochwertige und nachhaltige Verkehrsmittel

Angesichts der dramatischen sozialen und ökologischen Situation haben sich Fahrgastorganisationen, Umweltverbände, Gewerkschaften, Verbraucherorganisationen und lokale politische VertreterInnen für hochwertige, leistungsfähige und nachhaltige Verkehrsmittel eingesetzt. Ungehorsam gegenüber den EU-Richtlinien zur Liberalisierung des Verkehrssektors hat es ermöglicht, eine grundlegende Änderung der Raumplanung einzuleiten und mit dem Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel einen bedeutenden Beitrag zur Bekämpfung der Klimazerstörung und zur sozialen Gerechtigkeit zu leisten. Die Nutzung von sanfter Mobilität hat sich sehr stark ausgebreitet und dank der Relokalisierung eines Teils des Wirtschaftsaustauschs wurden die Warenströme verringert.

Maßnahme 1: Einrichtung einer Kilometersteuer für die Waren und Abschaffung der Steuerbefreiung für Diesel und Kerosin. Ein internationaler Vertrag wurde als Zusatz zum Pariser Abkommen unterschrieben, um einen schnellen Abbau des weltweiten Transports zu erreichen. (Nach den Vorschlägen von Attac Frankreich, 15.1.2019, Übersetzung in SiG 131 S. 17)

Maßnahme 2: Ab Mitte der 20er Jahre wurden viele Eisenbahnstrecken für den Güterverkehr instande gesetzt. Auch wurde mit der Logik des Massentransport gebrochen, auch kleinere Wareneinheiten können per Bahn transportiert werden(nach den Forderungen der Gewerkschaften CGT und SUD Rail)

Maßnahme 3: Die Privatinteressen wurden aus der Verkehrsinfrastruktur ausgeschlossen. Die SNCF wurde demokratisiert (mehr Gewicht für die Beschäftigten und die Bahnkunden), Rentabilität ist nicht mehr das Ziel, sondern eine gute Dienstleistung. Das Parlament hat eine Reihe von unnützen Projekten wie Autobahnen, Flughäfen,… gestrichen, damit wurden Mittel für den öffentlichen Verkehr und für sanfte Mobilität freigesetzt, der Straßennetz wird teilweise für Straßenbahn und Busverkehr umgewidmet. Die

Wiedereröffnung von Bahnhöfen und von Bahnstrecken und die zunehmend kostenlose Nahverkehrsverbindungen haben es ermöglicht, den PKW-Verkehr zu reduzieren. (s. Attac Frankreich 15.1.2019 (in SiG 131 übersetzt) und https://reseau-gratuite-transports.org)

Maßnahme 4: Kein Diesel mehr: Das Verbot von Benzin- und Dieselfahrzeugen in einer reihe von Städten und die Abschaffung der Steuervorteile für Diesel haben zur Aufgabe der Produktion von Dieselfahrzeugen geführt reseauactionclimat.org *(Welche Verkehrsmittel brauchen wir?)*

Maßnahme 5:
Abschaffung der Privilegien bei der Mobilität
- Private Jets dürfen nicht über Frankreich fliegen.
- Kurzstreckenflüge wurden verboten, ebenfalls Luxus-kreuzfahrten

Selbst wenn diese Maßnahmen nur mäßig zur Reduzierung der Treibhausgase beitragen, tragen sie dazu bei, die Luxus-industrie und kulturell ein System zu bekämpfen, das auf unnütze und schädliche Konsumgewohnheiten basiert.
(nach Francois Ruffin, Ökologie: alle im gleichen Boot? In Fakir, Nov. 2019)

https://reseau-gratuite-transports.org/?page_id=22

Nahverkehr zum Nulltarif – wann endlich?
Das haben sie schon umgesetzt

(Unter den jeweiligen Städtenamen steht die Anzahl der Einwohner und seit wann der öffentliche Nahverkehr für alle kostenlos zugänglich ist.)

Attac Frankreich - Arbeitsgruppe Luftfahrt
Für das Klima und für Arbeitsplätze: ein Programm für die ökologische und soziale Umstrukturierung des Luftfahrtsektors

Derzeitig häufen sich **im Luftfahrtsektor die Stellenabbaupläne** (5.000 Stellen allein in Frankreich und 15.000 weltweit bei Airbus, 7.580 bei Air France, 700 bei den Pariser Flughäfen usw.). Daher ist es dringend geboten, eine globale ökologische und soziale Umstrukturierung des gesamten Bereichs in Angriff zu nehmen.
Die Luftverkehrsbranche ist zweifelsohne ein wichtiger Arbeitgeber, was sowohl für die Fluggesellschaften und Flughäfen als auch für die Luftfahrtindustrie gilt, aber sie verursacht auch ein gewaltiges Umweltproblem. Aufgrund ihrer Treibhausgasemissionen ist sie in zunehmendem Maße an einem bedrohlichen Klimawandel beteiligt.
Das **Flugzeug** ist das Verkehrsmittel, das pro Person und zurückgelegtem Kilometer die meisten Treibhausgase ausstößt: **mindestens doppelt so viel CO_2 wie das Auto und 14- bis 40-mal so viel wie der Zug**. Darüber hinaus sind Flugzeuge ein Faktor für die **Verschlechterung der Luftqualität** und daher für gravierende Gesundheitsschäden.
Nichtsdestotrotz planen alle Unternehmen dieser Branche eine Erhöhung der Zahl der Flüge und der beförderten Passagiere. Es kann jedoch keinen Rückgang der durch Flugzeuge verursachten Umweltverschmutzung geben, wenn das Verkehrsaufkommen nicht abnimmt.
Mit dem militärisch-industriellen Komplex eng verbunden, steht die weitere Entwicklung des Luftverkehrs also im Widerspruch zu der Aussicht auf einen Ausstieg aus fossilen Brennstoffen.
Sie verstärkt den Einfluss der Großunternehmen auf die öffentliche Politik in den Bereichen Handel, wirtschaftliche Entwicklung und Klima.
Das Luftfahrtwesen profitiert außerdem von öffentlichen Fördermitteln, insbesondere steuerlicher Art; das gilt sowohl für Frankreich als auch für Europa, wobei die Europäische Union (EU) sich als wahre Steueroase für den Luftverkehr erweist. (1)
Versprechungen in Bezug auf schadstofffreie Flugzeuge gehören zu den technologischen Illusionen, die es überflüssig erscheinen lassen, die Frage nach den notwendigen Veränderungen im Bereich der Transportorganisation zu stellen.
In Wirklichkeit wird die Abhängigkeit des Luftverkehrs von fossilen Brennstoffen noch für lange Zeit bestehen bleiben.
Zudem und in striktem Widerspruch zu dem Versprechen einer Demokratisierung des Flugverkehrs ist die Nutzung von Flugzeugen durch sehr krasse Ungleichheiten gekennzeichnet, denn sie ist einer verschwindenden Minderheit der Weltbevölkerung vorbehalten.
Die in der Luftfahrtindustrie Beschäftigten arbeiten in den verschiedensten Unternehmen, darunter zahlreichen Zulieferbetrieben, und sehen sich mit wachsender Arbeitsplatzunsicherheit und sich verschlechternden Arbeitsbedingungen konfrontiert. Die unter skandalösen Bedingungen erfolgte Zunahme von Billigflügen hat diese Entwicklung noch verstärkt. Aber auch in herkömmlichen Unternehmen wie Air France nehmen die Probleme für die Beschäftigten ständig zu.
Die Gesundheitskrise bewirkte einen rapiden und drastischen Rückgang der Flüge und zog – wenn auch in äußerst begrenztem Umfang – die Schließung bestimmter Linien nach sich. Das könnte man nur begrüßen,
– wenn solche Entscheidungen und die Krise im Luftverkehr überhaupt keinerlei direkten Einfluss auf Tausende von Entlassung bedrohte Beschäftigte hätten,
– wenn Voraussetzungen für eine klimafreundliche Kehrtwende geschaffen würden; in Wirklichkeit ging es eher um eine auf Einsparungen und Konzentration der Wirtschaftsaktivitäten ausgerichtete Reorganisation, die beinhaltete, dass einzelne Flughäfen oder bestimmte Unternehmen zugunsten anderer Standorte aufgegeben wurden. Über anhaltende globale Maßnahmen zur Verminderung des Flugverkehrs hat sich niemand Gedanken gemacht.
Die aktuelle Gesundheitskrise hat auch gezeigt, dass **der Staat in der Lage war, alle Aktivitäten im Luftfahrtsektor zu stoppen**, indem Flugzeuge am Boden gelassen wurden und die Kurzarbeit vieler Beschäftigter in diesem Sektor mit Milliarden von öffentlichen Mitteln finanziert wurde.

Wenn wir heute sowohl für die Rechte der Arbeitnehmer*innen als auch für die Rettung des Klimas kämpfen wollen, müssen wir unverzüglich einen Plan für die ökologische und soziale Umstrukturierung des Luftfahrtsektors entwickeln. Die **Dringlichkeit der Situation verlangt**, dass wir es nicht zulassen, dass dieser Industriezweig mit dem falschen Versprechen einer mittelfristigen Dekarbonisierung und bei gleichzeitigem Stellenabbau zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung der Gewinnausschüttungen der Unternehmen an ihre Aktionär*innen umstrukturiert wird.
Es ist nicht mehr möglich, diesen Sektor in großem Umfang, sei es durch Darlehen oder Darlehensbürgschaften, durch Kapitalisierung oder langfristige Teilaktivität ohne Auflagen, zu unterstützen. **In einen solchen Umstrukturierungsplan müssen Gewerkschaften, lokale und regionale Gebietskörperschaften** (insbesondere die der Region Okzitanien, deren Wirtschaft stark von der Luftfahrtbranche abhängig ist), **Umwelt- und Klima-NGOs usw. unbedingt miteinbezogen werden.**

In einem solchen Plan müssen die **Maßnahmen festgelegt werden, die einen starken Rückgang der Aktivitäten des Sektors gewährleisten**. Die derzeitige Prognose sieht eine Rückkehr zum Vorkrisenniveau des Luftverkehrs innerhalb von 3 bis 5 Jahren vor, aber angesichts der klimapolitischen Herausforderungen ist ein Wiederanstieg des Luftverkehrsaufkommens nicht wünschenswert, da der Luftverkehr kurz- oder mittelfristig keine tragfähige „dekarbonisierte“ Alternative bietet. Die von den Befürwortern eines grünen Wachstums vorgeschlagenen technizistischen Alternativen (emissionsärmere Flugzeuge, die mit Wasserstoff oder Strom betrieben werden, usw.) sowie der Rückgriff auf Mechanismen zum Kohlenstoffausgleich – die aber nicht zu einer Emissionsreduzierung beitragen – und auch der Einsatz

von Agrotreibstoffen gefährden die Nahrungsmittelproduktion, die biologische Vielfalt und die Menschenrechte. (2) Diese Lösungen stellen im Falle einer ständigen Zunahme des Verkehrsaufkommens keinen echten Ausweg dar.

Es müssen **dringend wirksame Maßnahmen** zur Reduzierung der Aktivitäten in diesem Wirtschaftsbereich getroffen werden, **darunter solche, wie sie von der Bürger*innen-Klimakonvent ausgearbeitet wurden**, aber damit allein ist es nicht getan:
– „Einführung einer verschärften **Öko-Kilometergebühr**, schrittweise **Einstellung der Inlandsflüge** auf Strecken, für die es eine preislich und zeitlich akzeptable kohlenstoffarme Alternative gibt, bis 2025 (bei einer Reisezeit bis zu 4 Stunden)“ (3), bei Verbot der Übernahme dieser Zeitnischen durch andere Fluggesellschaften
– **Begrenzung von Geschäftsreisen** durch die verstärkte Nutzung von Videokonferenzen
– „**Abschaffung der Steuerbefreiungen**: Verpflichtung der Fluggesellschaften zur Zahlung einer Kerosinsteuer und Ersetzen von Vielfliegerprogrammen, die einen Anreiz zum häufigen Fliegen schaffen, durch die Erhebung fairer und progressiver Steuern, die Vielflieger*innen benachteiligen“ (4)
– **Einführung „individueller Kohlenstoffquoten zur Begrenzung des Flugverkehrs“** (5), unter Berücksichtigung bestimmter Ausnahmen
Einige dieser Maßnahmen erfordern eine Absprache auf europäischer Ebene.

Für die Beschäftigten müssen Entlassungspläne gestoppt, die Arbeitszeit massiv reduziert und der Vorruhestand gefördert werden. Es ist dafür zu sorgen, dass die Größe und Struktur der Belegschaft den besonderen Erfordernissen angepasst ist, insbesondere in Hinblick auf die Sicherheit. Ein anderes Ziel ist die **berufliche Umschulung** der Beschäftigten, soweit sie dies wünschen, insbesondere dann, wenn sie sich in Tätigkeitsfeldern qualifizieren wollen, die für den ökologischen Übergang notwendig sind.
All dies setzt die Beibehaltung der Gehälter, ein Recht auf Fortbildung, die Aufrechterhaltung des Qualifikationsniveaus in der künftigen Arbeitssituation, kurz, **eine berufliche Sozialversicherung** voraus, die in erster Linie von den Luftfahrtunternehmen und gegebenenfalls vom Staat finanziert wird.

Um weitere absehbare Desaster zu verhindern, wie sie zahlreiche Regionen in den vergangenen Jahrzehnten bereits durchgemacht haben (Automobilkrise in Detroit, Niedergang der Stahlindustrie in Lothringen ...(6)), muss der Staat endlich seinen Verpflichtungen nachkommen.

Nein, die Dringlichkeit besteht in der Tat nicht darin, die großen Unternehmen des Sektors und deren Profite ohne jegliche Gegenleistung zu sichern, sondern darin, den Verkehr zu reduzieren und die Arbeitnehmer*innen während dieses Prozesses zu unterstützen.
Deshalb müssen wir, Umweltschützer*innen, Altermondialist*innen, Arbeitnehmer*innen und Gewerkschaftsmitglieder, zusammenarbeiten, um der Macht der Aktionär*innen ein Ende zu setzen.

Wir laden alle an diesem Thema Interessierten ein, sich unserer Arbeitsgruppe durch einen Klick (7) anzuschließen.
Freitag, 24. Juli 2020, Originaltext

(1) https://www.transportenvironment.org/publications/leaked-european-commission-study-aviation-taxes
(2) https://stay-grounded.org/position-paper/position-paper-de/
(3) https://propositions.conventioncitoyennepourleclimat.fr/se-deplacer-2/
(4) Attac Frankreich (5) reporterre (6) Les Possibles Nr.24
(7) https://list.attac.org/wws/subscribe/aerien?previous_action=info

kostengünstige Züge – Flugzeuge am Boden

Rausgeworfenes Geld und schlecht fürs Klima - Flughafen Münster Osnabrück

Der Preis für das Überleben des Regionalflughafens ist hoch: Bis 2030 muss der marode Airport mit einer Gesamtsumme von über 80 Millionen Euro künstlich beatmet werden. Den Löwenanteil berappen die Bürgerinnen und Bürger der drei größten Anteilseigner aus Münster, dem Kreis Steinfurt und Osnabrück, da sie insgesamt mit fast 85 Prozent am FMO beteiligt sind.(...) **Mit der Strategie, den Flughafen FMO weiter zu finanzieren, setzt die Politik in Osnabrück und im Münsterland über 80 Millionen Euro aufs Spiel – um gegen den Klimawandel zu wetten.** Denn nur ein massiver Anstieg der Flugzahlen – und damit eine Zunahme an Treibhausgasemissionen – kann den Regionalflughafen aus den roten Zahlen holen.
Pressemitteilung des regionalen Aktions-Bündnisses „FMO – Ausstieg jetzt!“, 25.11.2020
5. Dezember 2020: Protestversammlung am Flughafen Münster Osnabrück (FMO).
Link zur Pressemitteilung der Fridays
Mehr: Attac Osnabrück

Video: Ökozid

Verfügbar bis 18.02.2021 – *www.daserste.de* - Es ist das Jahr 2034: *Nach der dritten Sturmflut in Folge wurde der Sitz des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag geräumt. In einem provisorischen Interimsgebäude in Berlin wird die Klimakatastrophe zum Gegenstand eines juristischen Verfahrens. Zwei Anwältinnen vertreten 31 Länder des globalen Südens, die ohne Unterstützung der Weltgemeinschaft dem Untergang geweiht sind. Sie stellen die Frage nach Verantwortung, fordern Schadenersatz und ein Recht der Natur auf Unversehrtheit, um ihr eigenes Überleben zu sichern.*

Urgewald
Coal Policy Tool
Wie klimafreundich sind die Geschäfte der Finanzindustrie?

Das Coal Policy Tool ist die erste Datenbank, die sämtliche Kohle-Ausschlussregeln der größten Banken, Investoren und Versicherer weltweit aktuell sammelt und auf Basis fünf fundierter Kriterien, darunter die drei Kriterien der Global Coal Exit List, vergleicht. Sie bewertet bisher **214 Unternehmen mit Kohlerichtlinien aus dem Finanzsektor** sowie die größten Finanzinstitutionen, die keinerlei Einschränkungen für Kohle haben, und behandelt **30 Länder** weltweit. Entwickelt wurde sie von der französischen NGO **Reclaim Finance** in Zusammenarbeit mit **urgewald**. (…)

Wichtigste Ergebnisse für deutsche Finanzinstitutionen:

- Auch wenn es in den vergangenen Jahren einige Fortschritte beim Ausschluss von Kohle in der deutschen Finanzwirtschaft gab, dominieren bei deutschen Banken, Investoren und Versicherern insgesamt die **Leerstellen in ihren Kohlerichtlinien** – gerade beim Vergleich mit den vielen guten Bewertungen in der französischen Finanzindustrie.
- Am wenigsten schlecht schneidet die **Allianz** ab, da sie im Gegensatz zu allen anderen deutschen Finanzinstitutionen nur in einem Bereich komplett durchfällt (0 Punkte). Bei drei der fünf Untersuchungskriterien erhielt sie Bewertungen zwischen 6 und 8 von 10 möglichen Punkten (Ausschluss von Unternehmen, die neue Kohleprojekte entwickeln; Ausschluss von Unternehmen auf Basis des Anteils ihrer Kohlegeschäfte; Verpflichtung zum vollständigen Kohleausstieg)
- Viele Akteure haben den ersten möglichen Schritt gemacht und Finanzdienstleistungen für Kohle auf Projektebene mehr oder weniger stark eingeschränkt. Am stärksten vorangegangen sind hierbei die **BayernLB**, **Deutsche Bank** und die **Helaba** (jeweils im Bankengeschäft) sowie die Talanx-Tochter **Hannover Re** (Versicherungsgeschäft) mit jeweils 8 von 10 möglichen Punkten. Weitergehende Schritte wie Einschränkungen für Kohle auf Unternehmensebene – besonders für solche Unternehmen, die noch neue Kohleprojekte entwickeln wollen – fehlen jedoch oder sind bestenfalls halbherzig.
- 8 von 10 Punkten für ihre relativen Kohleausschlüsse haben die **Allianz**, die **Munich Re**, **Talanx/Hannover Re** und **Talanx/HDI Global** (Verwaltung eigenen Vermögens) sowie **Talanx/Ampega** (Vermögensverwaltung für Dritte)

https://urgewald.org/coalpolicytool

Attac DE, Energie-Klima-Umwelt AG
Alle Dörfer bleiben!

So wie sich im Dannenröder Wald Besetzer*innen gegen den Bau einer überflüssigen Autobahn wehren, versuchen Aktivist*innen im rheinischen Braunkohlerevier die weitere Zerstörung von Dörfern zu verhindern.
Aktuell sind das Dorf Lützerath und die anderen am Braunkohle-Tagebau Garzweiler von der Abbaggerung bedrohten Dörfer auch ein Brennpunkt des Widerstands gegen die schon begonnene Klima-Katastrophe. *"Um das 1,5°C-Ziel des Pariser Klimaabkommens zu erreichen und die Klimakatastrophe noch abzuwenden, muss Kohleverstromung unverzüglich gestoppt und müssen die Stromkonzerne vergesellschaftet werden. Es ist höchste Zeit für eine ökologische, soziale und basisdemokratisch kontrollierte Energiewende“*. Die Energie-Klima-Umwelt-AG von Attac Deutschland (EKU-AG) solidarisiert sich mit dem deutschlandweiten Bündnis **Alle Dörfer bleiben**, in dem Betroffene aller Braunkohle-Reviere, die Klimagerechtigkeitsbewegung, sowie solidarische Bürgerinnen und Bürger gemeinsam gegen Zwangsumsiedlung und Klimazerstörung kämpfen.
Der Widerstand ist vielfältig: Menschen **besetzen Bäume über den Zufahrtsstraßen zum Dorf hängen Menschen in Seile und Hängematten**, um den Maschinen des Kohlekonzerns den Weg zu versperren. Es gibt **Sitzblockaden, Mahnwachen, Demonstrationen, solidarische Gottesdienste der Initiative "Kirche im Dorf lassen" und Protest-Spaziergänge und -Picknicks.**
In Lützerath hat der Kohle-Konzern RWE in den letzten Tagen ein regelrechtes Baum-Massaker veranstaltet. Niemand soll mehr Lust haben, dort zu leben. Entgegen der Falschaussagen der Pressesprecher von RWE wohnen dort noch mehr als zwanzig Menschen. Ein massiver und häufig **brutaler Polizei-Einsatz** mehrerer Hunderschaften macht diese schrittweise Vernichtung von einem noch immer schönen Dorf möglich.
Breite Solidarität ist notwendig, damit in allen drei Regionen alle Siedlungen und Orte bestehen bleiben können und ein sozial und ökologisch gerechter, selbstbestimmter und selbstorganisierter Übergang in ein zukunftsfähiges Wirtschaften möglich wird“.

26.11.2020: Mahnwache und Kreative Aktionen **vor dem Gebäude von RWE Power in Köln - Bilder der Aktion -- Radiobericht -- Video** von **Attac Köln**
Weitere Infos auf der Seite der EKU-AG: "Kohleausstieg im Rheinischen Revier durchsetzen! - Alle Dörfer bleiben!"

Alle Dörfer bleiben: Regierung verheimlichte Gutachten über Rettung der Dörfer: Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier hat über ein Jahr lang die Herausgabe einer Studie verweigert, die belegt, dass mit den Ergebnissen der Kohlekommission mindestens sechs der sieben vom Tagebau bedrohten Dörfer in Deutschland gerettet werden könnten.
Die Studie wurde vom Wirtschaftsministerium im Zuge der Kohlekommission selbst beauftragt, um herauszufinden, wie viel Kohle bis zum Ausstieg 2038 noch benötigt wird.
Das Vorgehen des Ministeriums ist zutiefst undemokratisch, Wirtschaftsminister Peter Altmaier sollte zurücktreten. Das Kohleausstiegsgesetz ist auf Grundlage unvollständiger Faktenlage beschlossen worden und darum rechtlich nicht haltbar. Wir fordern eine gesetzliche Absicherung für den Erhalt der bedrohten Dörfer. *Mehr : **PM** **vom 16.12.2020***

Das Geschäftsmodell von Amazon zerstört Menschen und Natur

In diesen Zeiten, wo manche kleine Läden geschlossen bleiben müssen, lockt Amazon mit seinen Angeboten.

Ein internationales Bündnis namens „Amazon muss zahlen“ stellt fest: *„Amazon ist einer der mächtigsten Konzerne der Welt. An seiner Spitze steht der reichste Mann des Planeten, CEO Jeff Bezos. Amazon ist im Laufe der COVID-19-Pandemie zu einem Billionen-Dollar-Unternehmen geworden. Sein Chef Bezos wurde der erste Mensch in der Geschichte, der ein Privatvermögen von 200 Milliarden Dollar anhäufte. Währenddessen setzten Amazons Lagerarbeiter*innen als essenzielle Arbeitskräfte ihr Leben aufs Spiel – und erhielten dennoch nur eine kurzlebige temporäre Lohnerhöhung.“* ***https://makeamazonpay.com/de/***

Amazon wurde im Juli 1994 von Jeff Bezos gegründet und ist heute mit einer Marktkapitalisierung von 865 Milliarden Dollar das größte multinationale Unternehmen der Welt. Amazon ist mittlerweile eine Mischung aus Einzelhändler, Logistiker, Internetplattform, Technologieunternehmen, Anbieter von Musik- und Videostreaming-Diensten und Zeitungsverlag. Von 2013 bis 2019 hat Amazon seinen Umsatz von 74 auf 233 Milliarden Dollar mehr als verdreifacht. 2013 beschäftigte der Konzern weltweit 117.300 Menschen, 2019 sind es fast sechsmal so viele, nämlich 647.000. 2013 unterhielt Amazon weltweit 49 Versandlager in acht Ländern, inzwischen sind es mehr als 1.000 Standorte in 22 Ländern. Mit einer marktbeherrschenden Stellung im Online-Verkaufssektor erreichte Amazon 2018 weltweit mehr als 15 Milliarden verkaufte Produkte. (Attac AT)

1. Amazons wachsendes Liefer- und Cloud-Geschäft beschleunigt den globalen Klimakollaps

„ Amazon selber bleibt sehr unklar über die CO2-Emissionen, die der **Transport von Waren** von der Fabrik bis zum Verbraucher verursacht.

Über die Berechnung der Emissionen hinaus stellt sich die Frage nach den Klimaverpflichtungen Amazons im Transportbereich. Auf den ersten Blick sind sie ehrgeizig: bis 2050 sollen die Netto-Emissionen des Verkehrs auf Null sinken und bis 2030 sollen 50% des Verkehrs netto emissionsfrei sein. Nur auf den ersten Blick. Auf der Website von Amazon wird schnell klar, dass die Zusagen nur die Lieferung vom Endlager zum Kunden umfassen, was Amazon die "letzte Meile" nennt. Der Transport per Luft, See und LKW , um Produkte aus China und Südostasien zu Häfen oder Flughäfen in den USA und Europa ("First Mile Delivery") zu bringen sowie der Transport von diesen Häfen und Flughäfen zu den Lagerhallen („Middle Mile Delivery“) werden nicht berücksichtigt.“ Amazon mietet 2019 50 Boeing, 71 Boeing sollen es 2021 werden (vorwiegend für die „Prime“-Kunden). (*aus dem gemeinsamen Bericht von attac Frankreich, der Umweltorganisation Amis de la Terre und der Gewerkschaft Solidaires, S.21-22)*

Amazon ist eine Maschine zur Überproduktion
(Bericht, S. 24 ff)

„Früh wurde Amazon **Digitalisierungstreiber** als **Anwender und Produzent digitaler Technologien**. So schuf das Unternehmen 2001 die Crowdworking-Plattform »Amazon Mechanical Turk« und 2006 den Cloud-Dienst »Amazon Web Services« (**AWS**). Heute ist dieser Cloud-Dienst mit namhaften Kunden wie Netflix, Disney, NASA oder der CIA Marktführer und für einen Großteil des Amazon-Gewinns verantwortlich. Überdies ist der Technologiekonzern an der Produktion von Robotern (Amazonrobotics, Kiva Systems), der Entwicklung von Künstlicher Intelligenz, dem maschinellen Lernen sowie von autonomen Autos beteiligt.“ **Verdi**
AWS hält 47,8% des Cloud-Markts. Es wird geschätzt, dass die Speicherung von 1 BG in einem Cloud ca. 0,39kg CO2 verursacht. Also hätte AWS im Jahre 2018 55,8 Mio T CO2 – so viel wie z.B. Portugal – verursacht (Bericht, S. 28)

Frankfurt am Main ist seit dem 23.10.2014 die 11. AWS-Infrastrukturregion und neben Irland der zweite Standort innerhalb der Europäischen Union. Einerseits soll die unmittelbare Nähe zum weltweit größten Internet-Knoten DE-CIX für entsprechend niedrige Latenzzeiten sorgen. Andererseits möchte Amazon auf potenzielle deutsche Firmenkunden zugehen, die ihre Daten nur ungern außerhalb der Bundesrepublik lagern möchten.
Der deutsche AWS-Server-Standort ändert freilich nichts an der US-amerikanischen Herkunft Amazons und entsprechenden Gesetzen sowie Gerichtsentscheidungen, die US-Behörden grundsätzlich einen Zugriff auch auf Server außerhalb der USA ermöglichen. IT-Administrator 2014

2. Der Konzern zahlt kaum Steuern

Im Jahr 2019 führte Amazon in den Vereinigten Staaten, wo das Unternehmen seinen Hauptsitz hat, nur 1,2% Einkommensteuer ab. In den zwei Jahren davor waren es 0%.
„Amazon versteckt nach unseren Schätzungen 57% ihres Umsatzes in Frankreich: Dieser Konzern betreibt eine massive aber legale Steuerhinterziehung , indem er einen großen Teil seiner Gewinne ins Ausland verlagert. Diese massive Nutzung von Steueroasen stärkt auch die dominante Position von Amazon gegenüber seinen kleineren Konkurrenten, die im Verhältnis zu ihrer Tätigkeit mehr Steuern zahlen.“ (Attac FR)
Selbst in Deutschland zahlte Amazon nach eigenen Angaben im vergangenen Jahr bei Einnahmen von 19,9 Milliarden Euro insgesamt 261 Millionen Euro an den Staat – rechnete dabei aber zur Verschleierung des wirklichen Steuersatzes auch sämtliche Sozialabgaben der Beschäftigten mit ein. (change.org)

3. Menschenfeindlichen und umweltschädlichen Produktionsbedingungen

"Black Friday": Greenpeace protestiert bei Amazon in Winsen : Zum Auftakt einer großen Rabattaktion beim Onlinehändler Amazon haben Greenpeace-Mitglieder am Logistikzentrum in Winsen (Landkreis Harburg) ein Lieferkettengesetz gefordert. *"Was hier als Schnäppchenjagd gefeiert wird, ist oftmals ermöglicht durch die menschenfeindlichen, umweltschädlichen und dadurch billigen Produktionsbedingungen in anderen Teilen der Welt", heißt es auf der Internetseite der Organisation. Die Bundesregierung müsse dem "ein wirkungsvolles Lieferkettengesetz entgegensetzen.* NDR

4. Zerstörung von Arbeitsplätzen

Bei einer starken Präsenz Amazon in einer nationalen Wirtschaft, wie in den Vereinigten Staaten, führt die Schaffung von einem Arbeitsplatz bei Amazon zur Zerstörung von 4,5 Arbeitsplätzen im traditionellen Handel.

Beispiel Frankreich: Die massive Ansiedlung von Amazon in Frankreich ist im Gange: Fünf Lagerhäuser wurden in den letzten Monaten gebaut, und bis Ende 2021 sollen zehn weitere gebaut werden. Für lokale Unternehmen, die sich in großen Schwierigkeiten befinden, deutet dieser wachsende Wettbewerb auf eine Kaskade von Konkursen hin. Die Forderung des „Klimakonvents“ nach einem dem Moratorium zum Bau von Einkaufszentren lehnt Macron ab, wenn es um Amazon geht.

Friends of the Earth, die NVA-COP 21 und Attac haben in einer Mobilisierungswoche Anfang Dezember 2020 die Mittäterschaft der Regierung bei der Ausbreitung von Amazon in Frankreich angeprangert. Die Aktivisten wollen eine klare Botschaft an Emmanuel Macron und die LREM-Abgeordneten senden: "Stoppt die Ausbreitung von Amazon, bevor es zu spät ist".

Seit mehreren Monaten machen lokale Organisationen in Lyon mobil, um das Berufungsgericht dazu zu bringen, gegen die Erteilung der Baugenehmigung einer Amazonhalle von 160 000 m² in der Nähe des Flughafens zu entscheiden. Am 4. Dezember verkündete der Bürgermeister, dass er sich dem Kampf anschließt: "Amazons Entwicklungsmodell ist nicht das, für das wir gewählt wurden, es ist nicht das Modell, das wir in Lyon wollen".

EU wirft Amazon Kartellverstöße vor – Tagesschau 20.11.2020

»Stiftung Ethik und Ökonomie« verleiht den »Schmähpreis« Dead Planet Award an Amazon-Gründer Jeff Bezos – 22.11.2020, JW ; ND

Aus dem offenen Brief an Jeff Bezos: *„Der Internationale Dead Planet Award 2020 geht an Sie, weil Sie im Spannungsfeld Ethik und Ökonomie grundlegende ethische Prinzipien in herausragender Weise mit Füßen treten und derart den Blauen Planeten zu einem toten, unbewohnbaren Planeten zu ruinieren drohen. Sie haben in erschreckender Weise Unterdrückung, Ausbeutung, Menschenrechtsverletzungen, Zerstörung der Natur und soziales Elend zu verantworten.“* ethecon

5. Widerstand gegen die Arbeitsbedingungen

-Widerstand international:

Streiks bei Amazon in Polen und in Frankreich: Mehr Sicherheit und eine Prämie für alle angesichts des explodierenden Weihnachtsgeschäftes und schwarzen Freitags - Labournet

*“Am 5. November 2020 legten Amazon-Arbeiter*innen aus dem Lager in der Nähe von Wroclaw, Polen (WRO1) die Arbeit nieder und forderten „2.000 Złoty für alle“. In den folgenden Tagen schlossen sich Arbeiter*innen aus anderen polnischen Standorten dem Protest an und erklärten, dass sie während des bevorstehenden Black Friday weitermachen wollen. Das Amazon-Lager WRO1 ist das einzige Amazon Fulfillment Center in Polen für sperrige, große und schwere Güter und Waren. Mehr als tausend Gabelstaplerfahrer*innen sind dort beschäftigt und lagern Waren in den Hochregalen ein (stow) bzw. kommissionieren (pick) sie. Insgesamt beschäftigt Amazon in Polen 18.000 Festangestellte und dazu 10.000 Zeitarbeiter*innen in seinen acht Fulfillment Centern, die für die Online-Plattform amazon.-de, also für deutsche Kund*innen arbeiten. (Amazon verkauft nicht in Polen).*

„Haltet das Maul und arbeitet mehr“
– die rücksichtslose Politik von Amazon ruft immer mehr Widerstand hervor:

Weltweit - Dossier in Labournet.de - Ein Beispiel unter vielen aus den USA: Courtney Bowden, die im Bundesstaat Pennsylvania arbeitete, wurde laut ihrer Klage von der Unternehmensleitung zunächst bedroht und dann entlassen, weil sie mit ihren Kolleginnen und Kollegen über die zunehmend gefährlichen Arbeitsbedingungen bei Amazon zu Epidemie-Zeiten geredet hatte und für Aktionen argumentiert. Dass die Klage zugelassen wurde und ein Anhörungsverfahren eröffnet, so wird in dem Bericht unterstrichen, werde zwar nicht zu einer größeren Strafe für das Unternehmen führen – sei aber für die Verteidigung der Rechte der Beschäftigten von ganz zentraler Bedeutung, weswegen der Vorgang von vielen bei Amazon und auch in den Gewerkschaften sehr aufmerksam verfolgt werde.

Amnesty International: Bericht: AMAZON, Let workers unionize! Respect for Workers`rights is not a choice

Amazon Workers International:
https://amworkers.wordpress.com/

https://makeamazonpay.com/de/
Wir sind Lagerarbeiter*innen, Klimaaktivist*innen und Bürger*innen aus der ganzen Welt. Wir nehmen es mit dem reichsten Mann des Planeten und seinem internationalen Konzern auf.
(…) Die Pandemie hat deutlich gemacht, wie Amazon seine Gewinne vor das Wohl der Arbeitnehmenden, der Gesellschaft und unseres Planeten stellt. Amazon nimmt zu viel und gibt zu wenig zurück.
Es ist an der Zeit, Amazon bezahlen zu lassen. (...)

- Widerstand in Deutschland

Verdi: Amazon erkennt Gewerkschaften nicht als Interessenvertretungen der Beschäftigten an und versucht, Betriebsratsarbeit und Gewerkschaftsaktivitäten zu behindern. Die propagierte Team-Ideologie steht im Kontrast zu autoritären Führungsmethoden und permanenter Überwachung. Der hohe Anteil befristeter Beschäftigter erschwert die gewerkschaftliche Organisierung. Amazon kann als ein Paradebeispiel für ein Unternehmen mit einer »gespaltenen Belegschaft« gelten.
Den Gewerkschaften und den betrieblichen Aktiven steht ein nicht geringer Anteil von Beschäftigten gegenüber, die für anti-gewerkschaftliche Mobilisierungsversuche anfällig sind.
ver.di streikt seit mehr als sieben Jahren für die Anerkennung des Flächentarifvertrages des Einzel-und Versandhandels. Amazon lehnt dies mit der Behauptung ab, kein Einzelhändler, sondern ein Logistiker zu sein. Einer tariflichen Vereinbarung in der Logistik verweigert sich das Unternehmen allerdings auch. Interessant ist, dass Amazon in den USA das Gegenteil behauptet und damit wirbt, ein Einzelhändler und kein Logistiker zu sein. Zudem trat das Unternehmen in Deutschland Anfang des Jahres 2020 dem Handelsverband Deutschland (HDE) als sog.oT-Mitglied (oT steht für „ohne Tarifbindung“) bei und lässt von seinem Widerstand gegen Tarifverträgen nicht ab.
Auch wenn die Beschäftigten und ver.di bisher keinen Tarifvertrag durchsetzen konnten, hat Amazon auf den Druck der Streiks und einer Reihe der von den Streikenden kritisierten Missstände mit Verbesserungen reagiert: Diese reichen von Lohnerhöhungen, die seit Streikbeginn deutlich höher ausfallen als zuvor, über die Einführung eines Weihnachtsgeldes bis hin zu Verbesserungen der Arbeitsbedingungen, etwa im Gesundheitsschutz. Aktuell verdient ein*e Beschäftigte*r im Level 1, wo die Mehrzahl der Beschäftigten arbeitet, Angaben Amazons zufolge 11,10 Euro pro Stunde als Bruttoeinstiegslohn. Der Unterschied zum Tarifvertrag Einzelhandel ist beim Stundenlohn inzwischen nicht mehr groß. Allerdings kann der Abstand zu einem tariflichen Monatslohn aufgrund der untertariflichen Zuschläge immer noch mehrere Hundert Euro betragen. Neben einer Verbesserung der Löhne gehen viele Beschäftigte auch gegen das autoritäre, krankmachende Arbeitsregime auf die Straße. Deshalb streikt ver.di auch für den Tarifvertrag »Gute und gesunde Arbeit«

Streik bei Amazon: *„Den Kolleginnen und Kollegen wird seit acht Jahren die geforderte tarifvertragliche und existenzsichernde Entlohnung vorenthalten. Gleichzeitig macht der Konzern durch Coronavirus-Pandemie, Black Friday, Cyber Monday und im Weihnachtsgeschäft riesige zusätzliche Milliardengewinne“*, kritisiert Orhan Akman (ver.di) (..) Dabei würden Schutzmaßnahmen in den Versandzentren missachtet. Mehrere hundert Amazon-Beschäftigte haben sich bereits mit dem Coronavirus infiziert, da die vorgeschriebenen Abstände der Beschäftigten zueinander kaum eingehalten werden konnten. - JungeWelt, 27.11.2020

Christian Krähling

verdi-Aktivist bei Amazon in Bad Hersfeld ist am 10.12.2020 mit 43 Jahren plötzlich gestorben – Ver.di

Lieber Christian,
als Du bei Amazon in Bad Hersfeld anfingst, warst Du zwar gewerkschaftlich organisiert, aber verdi gab es praktisch dort nicht. Es ist mit Dein Werk, dass in den beiden Lagern in Hersfeld von den 4.000 Beschäftigten etwa ein Drittel der KollegInnen inzwischen bei verdi organisiert sind. Und dass ihr nicht nur den allerersten Streik begonnen habt (zusammen mit den Leipzigern) sondern führend bei jedem anderen dabei ward.
Wichtig war aber auch gewesen, dass verdi zwei Organizer eingestellt hatte bei Amazon in Bad Hersfeld und dass diese beiden außerordentliche und unorthodoxe Organisierung leisteten, buchstäblich immer bereit.
Und ihr hattet eine Gewerkschaftssekretärin an eurer Seite, die volles Verständnis hatte für den Elan der Gruppe – was ja leider nicht bei allen Hauptamtlichen der Fall ist.
Es ist eine große, schlagkräftige Betriebsgruppe entstanden, die Kontakte zu Amazon-KollegInnen nach Polen, Frankreich, Spanien, England geschaffen hat – Du immer ideengebend und motivierend dabei! (…)
Wenn in der Vergangenheit die Sprache auf Amazon und Dich kam, dann immer in dieser Weise. Dass Du freundlich, heiter, zuhörend, auch ein Schlitzohr warst. Und vor allem, dass Du nicht eitel warst, Dich immer eingereiht hast. Und wir machten uns auch Sorgen: Hoffentlich hält der das durch bei soviel action.
Wenn irgendwann Jeff Bezos/Amazon in die Knie gezwungen sein wird, es wird mit Deinem Namen verbunden sein! Du hast die Grundlagen für diesen Kampf mit gelegt.
(…) Christian, Du wirst uns fehlen. Christian, der Kampf geht weiter!.
Dieter Wegner, Jour Fixe Gewerkschaftslinke Hamburg

- 28.02.2019: Christian Kraehling berichtet vom Alltag im Amazon Logistikzentrum - westfalenblatt
- Christian Krähling über Streik, Solidarität und die Kollegen hinter dem Lenkrad. (2017) – Video
- Ein Gespräch Ende April 2020 über die Situation in Deutschland und weltweit (2 Videos von je 15 Min.)
Bewerbungsrede von Christian Krähling für Platz 14 der Landesliste zur Landtagswahl 2018
- Arbeit und Arbeitskampf bei Amazon- Frei, flexibel, prekär (3/5) Dokumentation vom 30. Mai 2015
- **Viele Beiträge über Christian Krähling auf Labournet**

6. Spitzelkönig Amazon

Onlinegigant überwacht Arbeiter mit spezieller Software. Landesdatenschutzbeauftragte Niedersachsens greift ein. Verdi warnt vor »demokratiefreier Konzernzone« **JW 2.12.2020**

Geleakte Dokumente aus *Amazons Global Security Operations Center* zeigen, dass das Unternehmen **weltweit politische Gegner:innen überwacht**. Darüber berichtete zuletzt das Medienportal *Vice*. Die Sicherheitsabteilung soll dem Schutz von Mitarbeiter:innen, Verkäufer:innen und Vermögenswerten von Amazon dienen. In Deutschland stehen dabei den Berichten zufolge **Greenpeace, Fridays for Future, Extinction Rebellion und die Gewerkschaft ver.di** unter Beobachtung.

Überwacht werden bei Amazon aber nicht nur politische Gegner:innen, sondern **auch die eigenen Mitarbeiter:innen**. So werden sie zum Beispiel während der Arbeitszeit ständig durch Sicherheitskameras überwacht.

In einem **Brief an die EU-Kommission** forderten deshalb Anfang Oktober Vertreter:innen von Gewerkschaften aus 15 europäischen Ländern die **Untersuchung der illegalen Überwachungspraktiken von Amazon** gegen die eigenen Beschäftigten. Zu den Unterzeichner:innen gehörte unter anderem *ver.di*-Chef Frank Werneke. (change)

Kampagne von Attac Frankreich - Übersicht

Aktion in Dignes-les-Bains
„Amazon: 57% des Umsatzes in Steueroasen versteckt“
Aktionen in vielen Städten Frankreichs vom 28.November zum 4. Dezember 2020

7. Attac Österreich: Sieben Forderungen, um die Übermacht von Konzernriesen wie Amazon zu brechen

•Ein **strenges Wettbewerbsrecht** muss es ermöglichen wettbewerbsverzerrende Monopolisten wie Amazon, Google oder Facebook zurückzudrängen oder zu zerschlagen.

•Alle multinationalen Konzerne müssen verpflichtet werden ihre Steuern dort zu bezahlen, wo sie wirtschaftlich tätig sind. Die Lösung dafür ist eine **Gesamtkonzernsteuer.** Zudem braucht es völlige Transparenz über die länderweisen Steuer- und Gewinndaten von multinationalen Konzernen.

•**Arbeitsrechtliche Standards** sowie kollektivvertragliche Löhne müssen weltweit ausgebaut statt ausgehöhlt werden, um menschenwürdige Arbeit und sichere, dauerhafte Arbeitsverhältnisse zu garantieren. Dafür müssen die Rechte von Gewerkschaften weltweit gestärkt werden. In Österreich hat die GPA-djp konkrete Forderungen an Amazon gerichtet.

•Amazons Macht basiert auch auf **viel zu niedrigen Transportkosten**. Immer mehr Produkte werden dort hergestellt, wo Unternehmen durch niedrigere Löhne, Umwelt- oder Sozialstandards Kosten sparen und damit Profite maximieren können. Angesichts der Klimakrise ist es dringend nötig regionale Wirtschaftskreisläufe zu stärken. Dazu bedarf es unter anderem ökologischer und sozialer Kostenwahrheit und gerechter globaler Handels- und Investitionsregeln, die sich an den Menschenrechten orientieren.

•Multinationale Konzerne – darunter auch Amazon – dringen oftmals mittels internationaler Handels- und Investitionsverträge immer stärker in den Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge und Infrastruktur vor. **Zentrale wirtschaftliche Bereiche wie Wasser, Wohnen und Gesundheit müssen daher unter öffentlicher Kontrolle bleiben oder gebracht werden**, um die Profitlogik zurückzudrängen.

•Die Macht und Einflussmöglichkeiten von Konzernen müssen unter anderem auch durch **transparente und bürger*innennahe politische Prozesse** und strenge Regeln für Lobbying und Parteienfinanzierung zurückgedrängt werden. Menschen müssen zudem auf allen Ebenen die Möglichkeit haben, sich in den politischen Prozess einzubringen, mitzugestalten und mitzuentscheiden. Demokratie und Mitbestimmung müssen auch auf betrieblicher Ebene gestärkt werden.

•**Rechte für Menschen und Regeln für Konzerne:** Auf UN-Ebene wird derzeit ein verbindliches Abkommen zu Menschenrechten und Wirtschaft verhandelt. Es würde garantieren, dass Konzerne global für ihre Menschenrechtsverletzungen haftbar gemacht werden können.

Attac AT

•

8. Alternativen zum Kauf bei Amazon?

•Frankreich: Vorschläge von Attac und anderen: https://www.stop-amazon.fr/Les-alternatives.

•In Deutschland? Wir rufen unsere LeserInnen dazu auf, die hier nur angefangene Liste zu ergänzen!

https://www.fairmondo.de/ https://www.booklooker.de

https://utopia.de/bestenlisten/gebraucht-kaufen-verkaufen-online/

Covid 19 – Wo bleibt die Gerechtigkeit?

German Foreign Policy: Der große Ungleichmacher

Berliner Regierungsberater rechnen mit einer deutlichen Verschärfung diverser globaler Konflikte durch die Covid-19-Pandemie. So sei etwa zu befürchten, dass Konflikte in Entwicklungsländern durch eine weitere Verarmung befeuert würden, heißt es in einer aktuellen Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). Schon jetzt hätten etwa in Mexiko im Kampf gegen die Pandemie Drogenkartelle hoheitliche Aufgaben übernommen.
Hinzu komme, dass auch Großmachtkonflikte sich zuspitzten, vor allem derjenige der USA gegen China - denn "die Erwartung, dass China sich erheblich schneller von den wirtschaftlichen Folgen der Pandemie erholen" werde, begünstige in Washington "einen konfrontativen Kurs" gegen Beijing.
Nicht zuletzt drohen sich auch bestehende Spannungen und Konflikte in der EU zu verschärfen; die wirtschaftlichen Einbußen fallen schon jetzt in Südeuropa deutlich höher als im ohnehin reicheren Norden aus.
In dieser Situation geht Berlin dazu über, Impfstoffe nicht mehr - wie abgesprochen - nur gemeinsam über die EU zu beschaffen, sondern zusätzlich im nationalen Alleingang.
Weiterlesen

Oxfam: 2,7 Milliarden Menschen ohne soziale Sicherung

Berlin. - **Über ein Drittel der Weltbevölkerung** hat bisher keine finanzielle Unterstützung durch öffentliche soziale Sicherungssysteme erhalten, um die Auswirkungen der durch Covid-19 bedingten Wirtschaftskrise zu bewältigen.
Der Bericht ***"Shelter from the Storm"*** untersucht, inwiefern in den 126 analysierten Ländern zusätzliche Gelder zur Unterstützung von Menschen bereitgestellt wurden, etwa in Form von Invaliditäts-, Arbeitslosen-, Kinder- und Altenhilfe. Das Ergebnis: 41 Prozent der zusätzlichen Sicherungsprogramme bestanden lediglich aus Einmalzahlungen, die inzwischen längst ausgeschöpft sind. Nur 15 Länder haben Programme aufgelegt, die länger als sechs Monate dauerten. Und in acht von zehn Ländern haben die Hilfen nicht einmal die Hälfte der Einwohner erreicht.
Reiche Länder agieren demnach höchst unsolidarisch: Insgesamt haben Regierungen weltweit in diesem Jahr 11,7 Billionen US-Dollar zusätzlich ausgegeben, um mit den Folgen der Covid-19-Pandemie fertig zu werden. Davon wurden 9,8 Billionen Dollar (83 Prozent) von 36 reichen Ländern ausgegeben, gegenüber nur 42 Milliarden Dollar (0,4 Prozent) in 59 Ländern mit niedrigem Einkommen. Während viele reiche Länder ihre eigenen sozialen Sicherungssysteme massiv aufgestockt haben, erhöhten sie ihre Hilfe für soziale Sicherung in den Entwicklungsländern um nur 5,8 Milliarden Dollar. Das entspricht weniger als fünf Cent pro rund 100 Dollar, die zur Bekämpfung von Covid-19 aufgebracht wurden.
Der Oxfam-Bericht zeigt zudem große Unterschiede zwischen Ländern auf: Frühere Investitionen in breit angelegte Sozialprogramme, wie in Südafrika, Namibia und Bolivien, zahlen sich jetzt aus. Mit einer besseren Politik und mehr Unterstützung ließen sich auch andernorts gute Ergebnisse erzielen. Bis 2030 könnten beispielsweise Kenia und Indonesien ihre Armutsrate um 25 Prozent bzw. 31 Prozent senken, wenn sie 1,7 Prozent ihres BIP in soziale Sicherung investieren würden.
"Soziale Sicherheit ist eine der mächtigsten und eine erschwingliche Investition zur Verringerung von Ungleichheit, Armut und Not. Regierungen in armen Ländern müssen selbst verstärkt in universelle soziale Sicherungssysteme investieren und hierfür die Steuern für die Reichsten erhöhen. Um ärmere Staaten darin zu unterstützen alle Menschen sozial abzusichern, müssen reiche Länder ihre finanzielle Unterstützung erhöhen, Schulden erlassen und ein neues Instrument globaler Solidarität schaffen, einen Globalen Fonds für soziale Sicherheit", forderte Ellen Ehmke.
Quelle: www.oxfam.de

„DELLI CHALO“: Indiens Hauptstadt wird von Kleinbäuerinnen und -Bauern belagert - BUKO-Newsletter

Während die indische Regierung verzweifelt versucht die sich im ganzen Land ausbreitenden Proteste einzudämmen, können die Organisationen der Bäuerinnen und Bauern einen historischen Mobilisierungsgrad vermelden: Am 8. Dezember wurde die Hauptstadt blockiert, ein für alle Bundesstaaten ausgerufener Generalstreik fand insbesondere in Telangana, Andhra Pradesh, Tamil Nadu, Odisha, Punjab und Westbengalen große Zustimmung. Auf labournet.de werden dazu aktuelle Beiträge gesammelt, s. auch Labournets Berichte über Indien.
Eine Stellungnahme der National Alliance of People's Movement (NAPM) und viele weitere Stellungnahmen und Berichte zu dem Protest der Bäuerinnen und Bauern finden sich hier.
Die Proteste der Bäuerinnen und Bauern, ihrer Verbände und Gewerkschaften brachen im September aus, nachdem die Zentralregierung der Indischen Volkspartei (BJP) **drei umstrittene Gesetzesentwürfe** durch das indische Parlament peitschte, **die den Agrarsektor für große Unternehmens- und Finanzinteressen öffnen sollen**. Die Regierung Modi versucht unterdessen mit dem weiteren Schüren von Islamophobie von ihrem Versagen bei der Eindämmung der Corona-Pandemie und der sich ausbreitenden Hungerkrise abzulenken. (…)

- Weiterer Artikel in der „junge Welt“ vom 8. Dezember 2020
- **ISW-Bericht** vom 26.12.2020 : Die Strategie der Regierung zielt auf die Durchsetzung kapitalistischer Produktionsverhältnisse (Produktionssteigerung, Marktdurchdringung und Eigentumskonsolidierung). Die freigesetzten Bauern werden die Heere der urbanen Slumbewohner und Tagelöhner im informellen Sektor verstärken, das Ungleichgewicht und damit die Verhandlungsmacht zwischen Kapital und Arbeit, Landeigentümern und Landarbeitern weiter verschlechtern.

Riccardo Petrella
Gesundheit für alle?

21. Dezember 2020
Die **31. Sondersitzung der UN-Generalversammlung**, die der Covid-19-Pandemie gewidmet war, wurde am 3. und 4. Dezember abgehalten (1). Sie wurde als einmalige Gelegenheit propagiert, als historischer Moment von entscheidender Bedeutung, um weltweit gemeinsame Aktionen aller Beteiligten, sowohl der öffentlichen als auch der privaten, zu definieren und umzusetzen. Das Ziel wurde proklamiert: *"den Zugang zu Therapien zur Bekämpfung von Covid-19 auf einer fairen und erschwinglichen Basis zu garantieren (...), damit niemand zurückgelassen wird"*. Mehr als 80 Staats- und Regierungschefs und mehr als 100 Gesundheits- und Außenminister haben gesprochen.

Die "einmalige Chance" wurde nicht ergriffen.
Der Ton war bereits am 23. Oktober auf der Ebene der **Welthandelsorganisation (WTO, TRIPs-Verträge)** vorgegeben worden. An diesem Tag **lehnten die "reichen" Länder des "Nordens"** (Vereinigte Staaten, Europäische Union, Norwegen, Schweiz, Vereinigtes Königreich, Australien, Japan...) **den Antrag Südafrikas und Indiens**, unterstützt von der WHO (Weltgesundheitsorganisation) und anderen Ländern des Südens, **ab, auf die Anwendung der Patentregeln im Kampf gegen Covid-19 zu verzichten.** (2) Die vorübergehende Aussetzung sollte es den Menschen in den verarmten Ländern ermöglichen, die notwendigen Medikamente und Impfstoffe vor Ort zu erhalten und/oder selbst herzustellen. (…)
Darüber hinaus verabschiedete die **Europäische Kommission am 25. November** ein Dokument über *"Eine neue EU-Strategie für geistiges Eigentum"*, in dem die Kommission vorschlägt, den Eigentumsschutz für europäisches wissenschaftliches und technisches Wissen zu stärken, indem die Erteilung von Patenten und "europäischen Patenten" gestärkt, ausgeweitet und auf KMU ausgedehnt wird.
Weit davon entfernt, die wachsende Kluft zwischen reichen und verarmten Ländern im Bereich Wissenschaft und Technologie zu beseitigen, arbeitet die Kommission auf eine "national-europäische" Politik zur Stärkung der europäischen Macht und Wettbewerbsfähigkeit in Wissenschaft und Technologie hin. Wie die Vereinigten Staaten hat die Kommission vor allem Angst, die Hegemonie, die sie mit den USA auf diesem Gebiet teilt, an China zu verlieren. **Drei Viertel der weltweiten Impfstoffproduktion findet in Europa statt** (EU + Nicht-EU-Länder wie Großbritannien, Schweiz und Norwegen). Die wichtigsten Unternehmen, die den Weltimpfstoffmarkt dominieren, sind amerikanische und europäische! Unter diesen Bedingungen konnte die EU am 3. und 4. Dezember gemeinsame globale Aktionen nur auf rhetorischer Ebene vorschlagen!

Bewegen sich unsere Gesellschaften auf das Ende einer gemeinsamen globalen Gesundheitspolitik zu, die von Gerechtigkeit, Verantwortung und Solidarität geprägt ist?
Ich habe diesen Text am 10. Dezember, dem 72. Jahrestag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, geschrieben. Leider ist aus der UN-Sondersitzung zur Pandemie nichts Konkretes in Bezug auf die finanzielle, wirtschaftliche und legislative Umsetzung hervorgegangen. Nach Angaben der UN und der WHO werden die für den Kampf gegen Covid-19 benötigten Mittel auf 32 bis 40 Milliarden Dollar geschätzt: Das ist noch ein weiter Weg. Schlimmer noch:
- die reichen Länder, die 14% der Weltbevölkerung repräsentieren, haben bereits einzeln (im Wettbewerb) und gemeinsam (um die Wahrscheinlichkeit des Zugangs zu Impfstoffdosen zu optimieren) **60% der für 2021 erwarteten Dosen gekauft;**
- die WHO schätzt, dass nur 20% der Weltbevölkerung bis 2021 Zugang zu Impfstoffen haben werden, die restlichen 80% werden bis 2022, 2023 warten müssen;
- wir sind **weit entfernt von den zugesagten Mitteln für den Kampf gegen den Hunger, für das universelle Recht auf Wasser, für Flüchtlinge und Vertriebene, für die Bildung von Kindern, für Wohnraum für alle, also in den Bereichen, von denen die Gesundheit eines Landes abhängt. Der Kampf gegen die Verarmung bleibt eine Politik der Hilfe, der Wohltätigkeit, nicht ein Kampf zur Beseitigung der strukturellen Faktoren, die die Verarmung verursachen;**
- die Länder, die das **Pariser Abkommen** unterzeichnet haben, haben sich verpflichtet, ab 2020 jährlich 100 Milliarden für den Kampf gegen die Klimakatastrophe bereitzustellen. Keiner der Mächtigen wagt zu sagen, wo die 100 Milliarden sind;
- wir wissen jedoch, von wem und wo die Billionen und **800 Milliarden im Jahr 2019 für Rüstung** ausgegeben wurden, von denen 25 % ausreichen würden, um alle oben genannten finanziellen Bedürfnisse zu decken. Schließlich wissen wir, dass die Militärausgaben im Jahr 2020 nicht sinken werden.
Die führenden Politiker der Welt, allen voran die High-Tech-Unternehmen (Big Pharma, die GAFAM), treffen Entscheidungen, die in Wirklichkeit Verbrechen gegen die Menschheit und gegen die globale Lebensgemeinschaft der Erde sind.
Sagen wir es, wie es ist: **Das universelle Recht auf Leben hat auf der nationalen, kontinentalen und weltpolitischen Agenda der Mächtigen keine Priorität mehr.** Die Rechte haben aufgehört, eine politische und soziale Priorität zu sein, geschweige denn eine anthropologische Priorität. (…)

Die Weltlage ist dramatisch. Das bedeutet nicht, dass es unmöglich ist, die Trends umzukehren.(…)
Wir müssen die Prioritäten der globalen Finanzwirtschaft ändern, indem wir **in die Wirtschaft globaler öffentlicher Güter investieren**. Dies erfordert die Schaffung eines **genossenschaftlichen Gesundheitsfonds** als Teil eines globalen Einlagen- und Kreditfonds für globale öffentliche Güter.
Es ist auch notwendig, einen globalen **Plan für die sofortige Reduzierung der Militärausgaben** und die Umstellung ihrer Zuweisung auf die Entwicklung, Produktion und Verteilung von öffentlichen Gütern und Dienstleistungen im **Gesundheitssektor und den damit verbundenen Sektoren Wasser und Agrarnahrung** zu starten.
Das universelle Recht auf Leben impliziert, dass lebensnotwendige Güter und Dienstleistungen nicht privatisiert und von den universellen Rechten abgekoppelt werden können.
(…) Von der Befreiung der verschiedenen "Ichs" (Individuen, Gruppen) sind wir in die Befreiung des "Wir" (der globalen Gemeinschaft des Lebens auf der Erde) eingetaucht. Im Gegensatz zum Leben, das von Interessengruppen dominiert wird, haben wir begonnen, die Geschichte der gemeinsamen Universalität des Lebens zu schreiben.

Quelle: wsimag.com ; Übersetzung: SiG-Redaktion
S. auch: Ricardo Petrella: Artikel Global health - Will it become the first “res publica “of the humanity?
(1) Programm der UN-Generalversammlung; **Closing segment** - *u.a. Rede vom Südafrika-Vertreter (er weist auf die Resolution 2532 des Sicherheitsrats hin)* **(2)** Dazu: SiG 138, S. 28

Ver.di: Kritiken am neuen Infektionsschutzgesetz

Eine Neuauflage des **Infektionsschutzgesetzes** (IfSG) (*"Entwurf eines Dritten Gesetzes zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite")* wurde in Bundestag und im **Bundesrat** am 18.11.2020 verabschiedet und in Kraft gesetzt. Auszüge aus der **Stellungnahme von ver.di**

10.11.2020 (...) **Besonders kritisch sieht ver.di die Neuregelung im Infektionsschutzgesetz, an die weitreichende Grundrechtseingriffe geknüpft werden können.**
(...) dürfen die Bekämpfungsmaßnahmen nicht so weit gehen, dass einzelne Betriebe und ganze Branchen in wirtschaftliche Existenznot geraten. (...) Gleichwohl nehmen unter den Beschäftigten wirtschaftliche Existenzängste, psychische Belastungen und soziale Konflikte als mittelbare Folge der Einschränkungen des öffentlichen und privaten Lebens zu. **Die Herausforderung besteht darin, einerseits schweren Krankheitsverläufen in der Bevölkerung entgegenzuwirken und andererseits zu verhindern, dass die Eindämmungsmaßnahmen zu gesundheitlichen und sozialen Folgeschäden führen**.
(...) **Während die Krankenhäuser in technischer Hinsicht gut auf die zweite Welle vorbereitet sind, drohen Engpässe vor allem beim Pflegepersonal.** (...)
In der 12seitigen pdf-Datei heißt es:
Zu Nr. 17 (Einfügung eines § 28a IfSG): Besonders kritisch sieht ver.di die geplante Neuregelung in § 28a Abs. 2 IfSG, womit der **Schwellenwert von 50 bzw. 35 Neuinfektionen je 100.000 Einwohner** für das Ergreifen teils schwerwiegender Maßnahmen verstetigt werden soll. (…) Problematisch ist daran einerseits, dass der Schwellenwert viel zu unbestimmt und beliebig ist, um die sich daran anknüpfenden weitreichenden Grundrechtseingriffe zu rechtfertigen. Es besteht die **Gefahr, dass Testungen willkürlich ausgeweitet oder eingeschränkt werden**. So konnte in der Vergangenheit häufig eine behördliche Teststrategie beobachtet werden, wonach trotz niedriger Prävalenz (Krankheitshäufigkeit) in der Bevölkerung umfangreich auch asymptomatische Personen getestet wurden. Dies führt jedoch selbst bei angenommener hoher Sensitivität und Spezifität der PCR-Tests **regelmäßig dazu, dass die Befunde falsch positiv ausfallen können**. Dieses Ergebnis ist jedoch höchst unbefriedigend, bilden die molekularbiologischen Testergebnisse doch die Grundlage für die bisweilen sehr eingriffsintensiven Bekämpfungsmaßnahmen.
(…) **Der Gesetzesentwurf versäumt, zwingend notwendig zwischen ländlichen Regionen mit geringerer Ansteckungsgefahr und städtischen Ballungsräumen mit erhöhtem Infektionsrisiko zu differenzieren.**
(...) **Um das Personal in den Bereichen Krankenhäuser, Psychiatrien, Pflege-und Betreuungseinrichtungen vor Überlastung zu schützen, ist zunächst eine bedarfsgerechte Personalausstattung der effektivste Weg.** (...)

Zu Nr. 18: **Abzulehnen ist jedoch die Einführung eines Immunitätsnachweises durch die Hintertür in Form einer Impfdokumentation durch RechtsVO** mit§ 36 Abs. 10 Nr. 1 Buchst. b) IfSG-E, da es bislang keine fundierten wissenschaftlichen Erkenntnisse über die Dauer einer Immunität gegen das Virus SARS-CoV-2 bzw. deren Existenz überhaupt gibt. Eine derartige Dokumentation stellt einen gravierenden Eingriff in das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung aus Art. 2 Abs. 1 i.V.m. 1 Abs. 1 GG dar. Zudem besteht die Gefahr der Diskriminierung von Betroffenen, die eine Immunität nicht nachweisen können oder wollen.

zu Nr. 20a (Änderung des § 56 Abs. 1 IfSG) Mit der Neuregelung von § 56 Abs. 1 IfSG wird die häusliche Quarantäne für Reiserückkehrer aus sog. „Risikogebieten“ ausgeweitet. Jede **Quarantäneanordnung** aufgrund der Einreise aus einem Risikogebiete führt zu einer Beeinträchtigung des durch Art. 2 Abs. 2 S. 2 GG gewährleisteten Grundrechts auf die Freiheit der Person. Aber auch der Eingriff in die durch Art. 12 Abs. 1 geschützte Berufsfreiheit in Form der Berufsausübungsfreiheit ist problematisch. (…) in vielen Branchen (ist) das Arbeiten im „Home Office“ schlicht nicht möglich. Insoweit wird die Berufsausübung durch die häusliche Absonderung vollständig beeinträchtigt. **Durch den Wegfall des Entschädigungsanspruchs aus § 56 Abs. 1 S. 2 GG wird der Grundrechtseingriff auch gerade für systemrelevante Berufsgruppen, welche nicht zuhause arbeiten können, weiter vertieft.** Wird die Einhaltung der häuslichen Quarantäne zudem durch die Polizei, Ordnungsamt oder andere Behörden vor Ort kontrolliert, muss außerdem das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung aus Art. 13 Abs. 1 GG in den Blick genommen werden.

Nr. 20b (Änderung des § 56 Abs. 1a IfSG) Zu begrüßen ist die geplante Neu-Regelung, wonach für **Personen, die eine abgesonderte Person betreuen oder pflegen müssen,** weil in diesem Zeitraum keine anderweitige zumutbare Betreuungs- oder Pflegemöglichkeit sichergestellt werden kann, künftig eine Entschädigung gezahlt wird. … Notwendig ist weiterhin ein gesicherter, langfristiger Freistellungs- und Vergütungsanspruch für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die infolge pandemiebedingter Kita- und Schulschließungen minderjährige Kinder zu Hause betreuen müssen und gleichzeitig ihre Tätigkeit weiter ausüben sollen. Unverständlich ist aus Sicht von ver.di zudem die zeitliche Befristung des Entschädigungsanspruchs aus § 56 Abs. 1a IfSG bis zum 31. März 2021 gemäß Art. 2 Nr. 2 Buchst. a) i.V.m. Art. 8 Abs. 2 Drittes Bevölkerungsschutzgesetz-E.

Zu Art. 4 (Weitere Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch) : ver.di fordert den Gesetzgeber dazu auf, mit einer vollumfänglichen Erhöhung des Bundeszuschusses die **Finanzierung aller zusätzlichen Impfungen und Testungen vollständig abzusichern.** Der Bund trägt die Verantwortung für die Gewährleistung der öffentlichen Gesundheit im Sinne des Seuchenschutzes und der Pandemiebekämpfung und **hat diese nicht einseitig auf die gesetzlichen Krankenversicherungen abzuwälzen.** …

(…) Im „Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst“ sollen darüber hinaus definierte **Kriterien der Personalmindestausstattung für ein Mustergesundheitsamt erarbeitet werden**. ver.di fordert eine Beteiligung an der Erarbeitung der Kriterien.

Ver.di
Raubritter in der Pflege

(…) Auch das Gesundheits- und Sozialwesen wird zunehmend zum Spielball kurzfristiger Profitinteressen – besonders die Altenhilfe (…) Auf dem »Pflegemarkt« geht es um viel Geld: Jährlich werden rund 23 Milliarden Euro in der stationären und weitere elf Milliarden Euro in der ambulanten Pflege ausgegeben. Tendenz: immer weiter steigend.
Der Anteil privatwirtschaftlicher Betriebe stieg zwischen 1999 und 2015 von 43,7 auf 52,3 Prozent. In der ambulanten Pflege dominieren private Firmen mit 64 Prozent den Markt, bei Pflegeheimen liegt der Anteil mit 41 Prozent etwas niedriger.
Doch privat ist nicht gleich privat. Derzeit sind es vor allem ausländische Großkonzerne und Finanzinvestoren, die hierzulande expandieren. Global agierende Fonds, die stets weltweit auf der Suche nach hochprofitablen Anlagemöglichkeiten sind, haben deutsche Pflegeeinrichtungen für sich entdeckt. Bei der Wirtschaftsberatungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers liest sich das so: *»Die Transaktionsdynamik in der Pflege wird weiterhin insbesondere durch drei Käufergruppen getrieben: Ausländische Strategen, Finanzinvestoren und Immobilieninvestoren.«*
Ein Beispiel ist die Korian-Gruppe, die unter anderem von französischen Versicherungen und einem kanadischen Rentenfonds getragen wird. Durch diverse Übernahmen – zuletzt erwarb Korian 2016 den Pflegeheimbetreiber Casa Reha von der Beteiligungsgesellschaft Hg Capital – versechsfachte die Gruppe ihren Umsatz binnen zehn Jahren auf rund drei Milliarden Euro. 2021 sollen es schon 3,8 Milliarden sein. Im Interview mit der Branchenzeitschrift Care Invest betont Korian-Chef Ralf Stiller zwar, angesichts des Fachkräftebedarfs wolle man *»der attraktivste Arbeitgeber der Branche werden«*. Doch schon im nächsten Satz fordert er, die Fachkraftquote von 50 Prozent in Pflegeheimen aufzuweichen – also die Personalkosten durch den Einsatz schlechter qualifizierter Kräfte zu senken, was den Druck auf alle Beschäftigten erhöhen würde.
Hintergrund ist **der enorme Renditedruck, den die Investoren den Unternehmen auferlegen**. Mit 14,1 Prozent (2016) liegt die Umsatzrendite (EBITDA) von Korian deutlich über der Marge vieler Industriekonzerne. Vor allem aber geht es den Finanzjongleuren darum, den Wert der Firmen durch Übernahmen und Neubauten zu steigern (im Branchejargon »Buy-and-Build«) – um sie teurer weiter verkaufen zu können. Eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung zeigt, dass die sogenannten Private-Equity-Fonds Unternehmen schon nach durchschnittlich vier bis fünf Jahren wieder veräußern. Neben der Expansion setzen die Firmen in dieser Zeit oft Programme zur Kostensenkung um, zum Beispiel durch Outsourcing, Arbeitsverdichtung oder Tarifflucht. All das steigert den Verkaufspreis – auf Kosten von Beschäftigten und pflegebedürftigen Menschen.
Mehr: Verdi - Gesundheit und Pflege
Protestaktion von Vitanas-Beschäftigten:

Schutz der verletzlichen Bevölkerungsgruppen???

Die Stimmen häufen sich, die einen gezielten Schutz der verletzlichen Bevölkerungsgruppen vermissen. Solche dokumentieren wir hier. Auf die eindimensionale „Lösung“: Impfen!! sind wir schon in SiG 138 eingegangen , das setzen wir auf der Sonderseite „Leben in Zeiten des Corona-Virus“ fort.

In Görlitz hat sich die Corona-Situation so verschärft, dass positiv getestetes Pflegepersonal arbeiten muss.

TAZ, 4.12.2020

"Die Verteilung von **FFP-2-Masken** an Menschen, die diese besonders nötig haben, wird für sehr viele Pflege- und Altenheimbewohner viel zu spät kommen, obwohl die Bundesregierung sie seit Sommer millionenfach auf Lager hat. Tagesspiegel, 16.12.2020

"Notwendig ist endlich ein Schutzkonzept für die 900.000 Pflegeheimbewohner" *"Grundlegende Maßnahmen bleiben ein sicherer Infektionsgrundschutz, eine lückenlose Kontaktdokumentation und laborgestützte PCR-Tests zweimal in der Woche. Ebenso müssen zusätzlich tägliche Schnelltests bei allen Mitarbeitern und Besuchern erfolgen. Nur so kann es gelingen, das Virus möglichst schon vor der Einrichtung zu stoppen." Telepolis, 10.12.2020*

Kassenarzt-Chef: „Ein Lockdown ist keine langfristige Strategie“ Der Vorstandsvorsitzende der Kassenärztlichen Bundesvereinigung Gassen glaubt nicht, dass mit dem Lockdown die Infektionsrate und die Zahl der Corona-Toten deutlich gesenkt werden kann. Er fordert stattdessen mehr Anstrengungen, um die Risikogruppen zu schützen. (...) Das Ziel muss sein, die verletzlichen Bevölkerungsgruppen grundsätzlich deutlich besser als bisher zu schützen. Denn hier gibt es die meisten Todesopfer. Ein über 80-Jähriger hat ein 3000-fach höheres Risiko an Corona zu versterben, als ein unter 20-Jähriger. Wir müssen diese fürchterlichen Todeszahlen in den Alten- und Pflegeheimen senken. Wenn nun neben den Gaststätten für einige Wochen auch Möbelhäuser oder Baumärkte geschlossen werden, hat das auf das Infektionsrisiko von Pflegeheimbewohnern allerdings unmittelbar keinen Einfluss. Wir brauchen unverändert eine Langfriststrategie. Quelle: RND

Jens Berger *(Nachdenkseiten)*: **"Warum Sachsen?** (...) *Der kostenpflichtige Spiegel-Artikel erwähnt einen wichtigen Punkt, der im kostenlosen SPIEGEL-Artikel vollkommen vernachlässigt wird …:* "Von den 48 Alten- und Pflegeheimen im Landkreis, sagt Geisler, seien 31 *»in irgendeiner Weise vom Virus betroffen. Wir hatten sogar den Fall, da waren 90 Prozent aller Menschen, die in einem Heim lebten oder arbeiteten, infiziert. Da frage ich mich: Wie kann das sein?«* Gegen drei Pflegeheime hat Geisler Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet. Wegen eklatanter Verstöße gegen die Corona-Regeln. (…) "

Für die vielen Corona-Toten in Berlin gibt es Verantwortliche: Jeder zweite Corona-Tote in Berlin steckte sich in Pflegeheimen an. (…) Wenn einige Heimleitungen jetzt versagt haben, dann weil sie gefangen sind in einem Gesundheitssystem, das schon lange krank ist, in dem nicht Gesundheit und bestmögliche Pflege im Mittelpunkt stehen, sondern Personaloptimierungen und Gewinne. Quelle: Tagesspiegel

So kann das Immunsystem Corona den Giftzahn ziehen *"Für Viren aller Art ist die Immunabwehr zuständig. Im Kampf gegen Corona wurde dieses bisher vernachlässigt. Das ist ein Fehler."*- infosperber, 12.11.2020

Ver.di: Mehr Personal!

Ob in Krankenhäusern, der Psychiatrie oder in der Altenpflege - ver.di fordert mehr Personal. Und nicht nur das: Der Gesetzgeber soll den Arbeitgebern verbindlich vorschreiben, wie viel Personal eingesetzt werden muss. Ausführliche Infos und Ver.di-Aktivitäten hier

Corona-Gefährdung im Erleben von Pflegekräften –eine explorative Studie mit Hinweisen auf erweiterte Gesundheitsschutzkonzepte, September 2020 – von Wolfgang Hien und Hubertus von Schwarzkopf

Bündnis Klinikrettung

Wir wollen erreichen, dass bundesweit keine Krankenhäuser mehr geschlossen werden.
Gegenüber den 1970er Jahren haben wir in Deutschland 53 Prozent weniger Kliniken und vielerorts längere Wege. Dabei hat spätestens die Corona-Krise gezeigt, dass eine flächendeckende und gut ausgestattete Krankenhausinfrastruktur überlebenswichtig ist.
- Selbstverständnis

Klimaschutz ist Schutz vor weiteren Pandemien

Naturfreunde, 7.10.2020: Schlafende Pandemien im Permafrost - Neue Temperaturrekorde am Polarkreis beschleunigen das Auftauen der Erde – und damit die Freisetzung von Viren

Autoritäres Staatsverhalten in der Krise

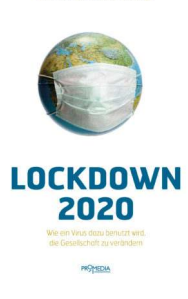
Norman Paech – Demokratie in der Krise *(2 Videos)* In Deutschland wurde im März 2020 eine „Epidemische Lage von nationaler Tragweite" ausgerufen. Die Grundrechte wurden eingeschränkt, Verordnungen anstatt Gesetze regeln einen Teil des öffentlichen Lebens, die Mitbestimmung des Bundestages ist nicht mehr gegeben. Sind die staatlichen Einschränkungen noch verhältnismäßig, wie lange verkraftet unsere Gesellschaft noch weitere Einschränkungen? (Teil 1 Teil 2)

Notstand wegen Corona-Virus verlangt nach Wachsamkeit gegenüber dem Staat - Labournet

Querdenker? Der soziale Friede sei durch die Corona-Proteste in Gefahr, heißt es. Doch die Probleme liegen tiefer, und das schon lange: Kathrin Gerlof

www.disinfobservatory.org: Das EU-Faktencheckerprogramm heißt SOMA, wie die Droge in "Schöne neue Welt"

Hofbauer, Hannes / Kraft, Stefan (Hg.): Lockdown 2020, Promedia 2020. 280 S.



Ohne offene Debatte setzte man Notverordnungen durch, wurden Grundrechte beiseite geschoben, geriet der Ausnahmezustand zur neuen Normalität. Gründe genug für die zwei Wiener Verleger Hannes Hofbauer und Stefan Kraft, kritische Stimmen in einem Buch zu versammeln, das sich mit den Hintergründen und Folgen der Virus-Maßnahmen auseinandersetzt.

BigBrotherAwards

Sie prämieren Datensünder in Wirtschaft und Politik und wurden deshalb von Le Monde „Oscars für Datenkraken" genannt.In bisher 19 Ländern wurden fragwürdige Praktiken mit diesen Preisen ausgezeichnet. In Deutschland werden sie organisiert und ausgerichtet von Digitalcourage, Mitveranstalter sind unter anderem die DVD, ILMR und der CCC. **https://bigbrotherawards.de/2020**

Ergebnis der Publikumsabstimmung
1. Geschichtsvergessenheit (Innenministerkonferenz)
2. Bildung (BrainCo und Leibniz-Wissenschaftscampus Tübingen) 3. Mobilität (Tesla)
4. Digitalisierung (Baden-Württembergs Kultusministerin Dr. Susanne Eisenmann) 5. Politik (Bundesregierung)
6. Arbeitswelt (H&M) 7 Behörden (Brandenburgs Innenminister Michael Stübgen und vorher Karl-Heinz Schröter)

Freilassung von Julian Assange!

https://assange-helfen.de/

Die gemeinsame Initiative *"von Abgeordneten aller demokratischen Fraktionen im Deutschen Bundestag"* zur Freilassung des Journalisten und Gründers der Enthüllungsplattform WikiLeaks, Julian Assange, wurde am Montag mit einer Erklärung vorgestellt, die Telepolis dokumentiert.
Die Autoren möchten der Erklärung zufolge *"ein klares Zeichen setzen für den Schutz der Meinungs- und Pressefreiheit, die durch die drohende Auslieferung von Julian Assange (aus Großbritannien in die USA) gefährdet ist"*.
Unterzeichnet ist das Dokument von Sevim Dagdelen (DIE LINKE), Bijan Djir- Sarai (FDP), Frank Heinrich (CDU), Frank Schwabe (SPD) und Margit Stumpp (Bündnis 90/Die Grünen). - Telepolis, 21.12.2020

Armut und Gesundheit

Tomasz Konicz: Pandemie des Hungers

(…) Die Zahl der weltweit hungernden Menschen steigt schon seit 2014 laut der FAO beständig an.
Im vergangenen Jahr litten rund 690 Millionen Menschen an Hunger und Unterernährung(…). Die Zahl der unterernährten Menschen könnte sich laut Schätzungen in diesem Jahr aufgrund der Pandemie sogar verdoppeln. (…)
Laut der FAZ ist der Absatz von Textilien in Europa und Nordamerika 2020 um rund 16 Milliarden Dollar eingebrochen, was sich in Einkommensminderungen von circa 21 Prozent in der südostasiatischen Textilindustrie niederschlug. Da die Löhne in der Branche am Existenzminimum liegen, müssen nun Millionen Arbeiterinnen schlicht hungern - oder sich verschulden. (…)
Laut der Welthungerhilfe werden alljährlich 1,3 Milliarden Tonnen an Nahrung vernichtet. (…) Die Nichtregierungsorganisation Feeding America gibt an, dass in einem der reichsten kapitalistischen Staaten der Welt 2018 rund 37 Millionen US-Bürger unter "Nahrungsmittelunsicherheit" litten - und somit Probleme hatten, eine adäquate Ernährung zu gewährleisten. Die Zahl der Menschen, die an Mangel- und Unterernährung in den USA litten, soll demnach 2020 auf rund 50 Millionen ansteigen, unter ihnen 17 Millionen Kinder. Telepolis, 25.12.2020

Deutschland: Verein Armut und Gesundheit
Arme Menschen sind kränker!

„Arm im Beutel, krank am Herzen“, das hat schon Goethe gewusst. Unser Verein wendet sich gezielt an arme und notleidende Menschen, die krank sind.

Zahlreiche Studien und Expertisen belegen, dass nach Einführung der Zuzahlungen und Eigenleistungen im Gesundheitssystem von Einkommensarmut betroffene Menschen nicht, bzw. deutlich seltener den Arzt aufsuchen, insbesondere auch bei dringend behandlungsbedürftigen Erkrankungen. Zudem können sie sich - aufgrund ihrer finanziellen Situation - notwendige Medikamente nicht besorgen. Interessant ist in diesem Zusammenhang eine Studie des Hamburger Instituts für Finanzdienstleistungen aus dem Jahre 2011 zu den Überschuldungsrisiken in Deutschland: **Krankheiten führen verstärkt zu Verschuldungen.** So sind Krankheiten bei jeder zehnten Überschuldung der Hauptauslöser. Der Anteil stieg von 5% aus dem Jahre 2005 auf 10,5% im Jahre 2011. Bei der Gruppe der 40 - 50 Jährigen sind 19,4%, also fast jeder Fünfte, davon betroffen. Dieser signifikante Anstieg fand demnach parallel zur Einführung der Hartz IV-Gesetzgebung und den Eigenbeteiligungen sowie Zuzahlungsregelungen im Gesundheitssektor statt.

Arme Menschen sterben früher! Die Sterberate von Armut betroffener Menschen in unserer Gesellschaft ist deutlich erhöht. Es besteht ein Lebenserwartungsunterschied von 11 Jahren bei Männern und von 8 Jahren bei Frauen zwischen dem reichsten und dem ärmsten Viertel der deutschen Bevölkerung. **31% der von Armut betroffenen Männer erreicht nicht das 65. Lebensjahr.** Armut bedeutet demnach nicht „nur“ geringere gesellschaftliche Partizipationsmöglichkeiten, Armut bedeutet in einem der reichsten Länder der Erde früher sterben zu müssen. In diesem Kontext spielen strukturelle Gesundheitsversorgungsausschlüsse, -hindernisse und -defizite eine entscheidende Rolle, die von Entscheidungsträgern in unserer Gesellschaft leider viel zu häufig negiert oder bewusst ignoriert wird.
Unser Verein: (…) Angefangen hat es zu nächst mit dem „Mainzer Modell“ für wohnungslose Menschen auf der Straße. Gerhard Trabert suchte nicht nur Anlauf- und Beratungsstellen der Wohnungslosenhilfe auf, sondern inkludierte ein Arztmobil, eine rollende Ambulanz, mit der er die Menschen an den bekannten Verweilplätzen in Form von „medical streetwork“ aufsucht.
Der Bedarf an medizinischer Hilfe war und ist groß. Inzwischen gibt es ca. 2500 – 3000 Behandlungen bei ca. 600 PatientInnen im Jahr. (…) https://www.armut-gesundheit.de/

erwerbslos.de: *„Der **Dachverband der Tafeln** fordert jetzt einen Corona-Rettungsschirm für die Armen: 100 Euro im Monat extra, für die Dauer der Pandemie. Es ist eh eine moderate Forderung im Vergleich zur Notlage, in der sich die Leute befinden."* Diese 100 Euro-Forderung wurde ebenfalls von einem **Bündnis** erhoben, verbunden mit einer Erhöhung des HartzIV-Grundbetrags auf 600 Euro - Mehr

Der **Paritätische Verband** fordert einen Regelsatz für HartzIV von 644 Euro - Bericht

Der Bundestag lehnte eine Corona-Sonderzahlung für ALG-II BezieherInnen („Hartz IV“) ab

Weihnachten steht vor der Tür. In einem Jahr, das wesentlich durch die globale Corona-Pandemie geprägt wurde. Für viele bedeutet diese anhaltende Krise wirtschaftliche Probleme. Und dennoch werden die Ärmsten der Gesellschaft bisher bei der wirtschaftlichen Förderung durch den Bund konsequent ausgespart. Einzig der Zugang zu und die Weiterbewilligung der Hartz IV-Grundsicherung wurden erleichtert und Prüfungen ausgesetzt. Laufen diese Sonderregelungen nach der Krise aus, können dadurch unter Umständen hohe Rückzahlungsforderungen entstehen.
Die Linke hat daher einen Antrag im Bundestag gestellt, der am 17.12.2020 verhandelt wurde. Darin forderte die Partei einen **Corona-Zuschlag von mindestens 100 Euro**, die **Erhöhung des Kurzarbeitergeldes** auf 90 Prozent des Nettogehalts, bzw. auf 100 Prozent bei Mindestlohnniveau, eine Förderung der Kinder- und Jugendarbeit und ein **Verbot von Mietvertragskündigungen und Zulieferungssperren** der Energie- und Wasserversorger gegenüber Menschen sowie Mietsenkungen um 30 Prozent für jene, die von erheblichen Einkommenseinbußen durch Corona betroffen sind.
Bei der Abstimmung im Bundestag stimmten lediglich die Mitglieder der Linken und Grünen für den Antrag, die Regierungsparteien CDU/CSU und SPD sowie die AfD stimmten gegen den Antrag.
Dafür wurde ein zweiter Antrag der Linken an den zuständigen Ausschuss Arbeit und Soziales überwiesen. Darum ging es um die Verlängerung des vereinfachten Zugangs zu Hartz IV sowie eine generelle Verbesserung durch Abschaffung von Sanktionen, die Einführung eines ALG Plus, eine Anhebung des Regelsatzes auf 658 Euro und mehr.

gegen-hartz.de

Butterwegge: „Die Armen werden bewusst nicht bedacht“

Andreas von Westphalen

Die Krisengewinnler zur Gemeinschaftskasse, bitte!

Dieser Artikel ist in Telepolis am 9. Dezember 2020 erschienen

09. Dezember 2020 - (…) Es reicht ein flüchtiger Blick auf die nackten Zahlen, um zu erkennen, in welchem Ausmaß sich Armut in Deutschland ausbreitet. Der aktuelle Paritätische Armutsbericht stellt fest: "*Mit 15,9 Prozent hat die Armutsquote in Deutschland einen historischen Wert erreicht. Es ist die größte gemessene Armut seit der Wiedervereinigung."*
Ebenfalls sehr besorgniserregend sind die Ergebnisse des neuen Verteilungsberichts des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (**WSI**) der Hans-Böckler-Stiftung: Je niedriger das Einkommen der Menschen schon vor der Krise war, desto häufiger haben Befragte im Zuge der letzten Monate an Einkommen verloren. Darüber hinaus steigt mit abnehmendem Einkommen der Anteil, um den sich das Einkommen reduziert hat: Wer weniger hatte, hat also relativ auch noch besonders viel verloren.
Konkret haben im Durchschnitt aller Befragten bis Juni knapp 32 Prozent Einkommenseinbußen hinnehmen müssen. In den beiden Gruppen mit niedrigen Haushaltseinkommen unter 1500 Euro netto monatlich lag der Anteil aber deutlich über 40 Prozent. In der "untersten" der mittleren Einkommensgruppen, die zuvor 1500 bis 2000 Euro netto hatte, waren knapp 37 Prozent betroffen. In den Gruppen zwischen 2000 und 4500 Euro monatlichem Haushaltsnetto lag der Anteil mit Verlusten bei gut 31 Prozent. Von den Befragten mit hohen Haushaltsnettoeinkommen über 4500 Euro berichteten dagegen lediglich rund 26 Prozent über Einbußen. Schaut man auf das Beschäftigungs- und Sozialprofil der Befragten mit Verlusten, waren neben Selbständigen vor allem prekär Beschäftigte wie Leiharbeiter und Leiharbeiterinnen und Minijobber und Minijobberinnen besonders oft betroffen. Stärker verbreitet waren Einkommensverluste auch bei Menschen mit Migrationshintergrund und mit Kindern. Verteilungsbericht
Ergänzend kann man noch eine repräsentative Umfrage der Deutschen Bank anführen, die zu dem Schluss kommt, dass das ärmste Viertel der Deutschen nun 400 Euro weniger verdient und sicher mehr als die Hälfte der Geringverdiener *"am finanziellen Existenzminium"* sei.

Bei all den aufgeführten Untersuchungen muss man berücksichtigen, dass sie nicht die aktuellen Entwicklungen insbesondere des Novembers berücksichtigen können. Daher ist es augenscheinlich, dass das aktuelle Ausmaß der Armut in Deutschland noch höher einzustufen ist.

Wer soll die Schulden zahlen? Wie kann die wachsende Ungleichheit verringert werden?

Aktuell löst der Staat viele wirtschaftliche Probleme der Krise durch eine massive Schuldenaufnahme. Die Frage stellt sich aber natürlich, wie die Kosten hierfür langfristig zu tragen und die zukünftigen Lasten zu verteilen sind. Ein Vorschlag zum Abbau der Schulden und zur Hilfe für die Armen von Deutsche Bank Research lautet: Menschen, die freiwillig im Home-Office arbeiten, sollten sie hierfür 5% Steuern zahlen: *"Wir plädieren dafür, dass Heimarbeiter für dieses Privileg eine Steuer zahlen sollten."* Inwiefern dies jedoch sozialverträglich ist, darüber darf man durchaus geteilter Meinung sein.
Die SPD brachte den Vorschlag eines Corona-Solis auf den Tisch, stieß aber bei CDU/CSU auf äußerst geringe Gegenliebe. CSU-Generalsekretär Markus Blume machte sich vielmehr für Steuersenkungen stark, ganz in der Denktradition von Reagan und Thatcher, dass Steuersenkungen die Wirtschaft und das Wachstum ankurbeln würden. *(...)*

Vorschläge
Im **"Verteilungsbericht 2020"** macht die **WSI** Vorschläge, um **kurzfristig** die Folgen der Krise auf die Einkommensarmut abzufangen:
- Anhebung des Kurzarbeitsgeldes
- Gewährleistung institutioneller Kinderbetreuung
- Qualifizierungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten
- Erhöhung des Hartz IV-Regelsatzes
- Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I.

Langfristige Schritte, um die Kluft zwischen arm und reich zu reduzieren, die der Bericht im Fazit nennt:
- Verringerung des Niedriglohnsektors durch Anhebung des Mindestlohns
- Stärkung der Tarifbindung
- Besteuerung von Kapitalerträgen und Reformierung der Erbschaftssteuer
- Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen von Migrant*innen
- Bedarfsorientierte Beratung für Bedürftige.

Man darf gespannt sein, ob der ein oder andere Vorschläge tatsächlich realisiert wird.

Die Krisengewinnler

Es haben jedoch nicht alle Deutschen Einbußen erlitten. Der Global Wealth Report 2020 der Credit Suisse untersucht die Auswirkungen der aktuellen Krise. Im ersten Halbjahr des Jahres durfte sich Deutschland über 58.000 neue Millionäre freuen. Auch der erlauchte Club der deutschen Milliardäre hat Zuwachs bekommen: Deren Zahl stieg laut "Billionairs Insights 2020" der Beratungsgesellschaft PwC und der Schweizer Großbank UBS von 114 auf 119. Ihr Vermögen stieg zudem nach einem Einbruch zu Beginn der Corona-Pandemie bis Ende Juli auf 594,9 Milliarden Dollar (505 Mrd. Euro). Ein Jahr zuvor waren es noch 447 Milliarden US-Dollar. Deutsche Milliardäre steigerten ihr Vermögen seit 2009 um sage und schreibe 175%. Diese Gruppe der Krisengewinnler taucht bisher in der politischen Diskussion so gut wie überhaupt nicht auf.
Betrachtet man die Gewinne der Milliardäre weltweit, ist das Ausmaß so gravierend, dass die New York Times und The Guardian dem Thema ihre Aufmerksamkeit gewidmet haben. Beispielsweise konnten die US-Milliardäre ihr Vermögen in nur einem halben Jahr der Krise, die unzähligen

Menschen Arbeit und finanzielle Sicherheit gekostet hat, um ein gutes Drittel vermehren: von 2,95 Billionen US-Dollar auf rund 4 Billionen US-Dollar. Als Erinnerung: Nach der Finanzkrise 2008 benötigten die US-Milliardäre drei Jahre, um sich von den Verlusten zu erholen. Jetzt hingegen herrscht in der schlimmsten Wirtschaftskrise seit 1930er Jahre Goldgräberstimmung.

Wachsende Ungleichheit tötet. Armut tötet

In einer Zeit, in der der Gesundheitsschutz im offiziellen politischen Diskurs eine derartige Präsenz hat, muss betont werden, dass Ungleichheit die menschliche Gesundheit nachweislich massiv beschädigt. Wenn also der Gesundheitsdiskurs kohärent sein soll, muss sich jede Partei der Frage der Ungleichheit beherzt annehmen.
Eine Studie in "The American Journal of Public Health" stellte einen klaren Zusammenhang von Einkommensungleichheit und Lebenserwartung her. (…)
Der Unterschied der Lebenserwartung eines Menschen, der in einem reichen oder in einem armen Viertel Londons geboren wird, beträgt fast 25 Jahre. In den letzten 20 Jahren hat der Unterschied der Lebenswartung in Großbritannien bei Männern um 41 Prozent und bei Frauen gar um 73 Prozent zugenommen. Last but not least hat eine Meta-Studie den direkten Zusammenhang zwischen Umverteilung innerhalb eines Landes (ohne Berücksichtigung der Erbschaft) und der Lebenserwartung belegt.
Falls es noch eines wirtschaftlichen Arguments bedarf, dass ein vornehmliche Ziel der Politik die Reduzierung der Ungleichheit sein muss, dann hilft vielleicht ein Bericht der OECD, der zu dem Ergebnis kommt, dass eine gerechtere Sozialpolitik in Deutschland, die die Ungleichheit reduziert hätte, ein bis zu 6% höheres Wachstum ermöglicht hätte. Eine IWF-Studie belegt zudem einen Zusammenhang zwischen ungleichem Einkommen und schlechterem Wachstum.

Tod aus Verzweiflung

Eine besondere Form des Zusammenhangs zwischen Ungleichheit, Armut und Sterblichkeit stellen leider die sogenannten "deaths of despair" dar (Tod aus Verzweiflung). Florian Rötzer hat an dieser Stelle kürzlich noch von einer Studie aus den USA berichtet, nach der sich die Zahl der Diagnosen der mit Alkohol, Substanzen und Suizid verbundenen "diseases of despair" zwischen 2009 und 2018 in allen Altersgruppen deutlich erhöht hat (Starker Anstieg der Todesfälle und der Krankheiten aus Verzweiflung).
Den Begriff "death of despair" erfanden der Wirtschaftsnobelpreisträger **Angus Deaton** gemeinsam mit der Wirtschaftswissenschaftlerin **Anne Case**. Vor wenigen Monaten haben sie ein gleichnamiges Buch über das Thema veröffentlicht (*„Death of Despair"*), das das ganze Ausmaß dieser tragischen Entwicklung mit einem sehr menschlichen Blick für die Opfer vor Augen führt.
Aktuell gehen Wissenschaftler davon aus, dass mit der gegenwärtigen Krise auch die Anzahl der "Tode aus Verzweiflung" deutlich steigen wird. Ein massiver Anstieg generell von Selbstmorden in der Krise kann bereits in Südkorea festgestellt werden (teilweise bis zu 40%). In Indien häufen sich die Nachrichten über Selbstmorde in besorgniserregendem Ausmaße.

Der erste Akt der Solidarität

Betrachtet man die gesundheitsschädlichen Auswirkungen massiver Ungleichheit und Armut in der aktuellen Krise, kann gar nicht oft genug wiederholt werden, dass die schwerste Last der Krise die ärmeren und benachteiligten Menschen in der Gesellschaft zu stemmen hatten und haben. Der Frühling sowie die gegenwärtige Situation sind zweifelsohne in einer komfortablen und geräumigen Wohnung mit Garten und Balkon, mit eigenem Arbeitszimmer und keinen finanziellen Sorgen deutlich leichter zu ertragen als für eine Familie mit drei Kindern in einer Sozialwohnung, die sich einen alten Computer teilen muss.
Mit einigem Recht darf man daher sagen, dass **die von der Regierung eingeforderte Solidarität beim Schutz des Gesundheitssystems insbesondere ein Akt der Solidarität der sozial besonders hart betroffenen Gruppen ist.**
Genau diese Gruppe hat jedoch bisher kaum Hilfsangebote des Staates erhalten. Der Armutsforscher **Christoph Butterwegge** gibt im "freitag" zu bedenken:
Obwohl auch Kinderlose pandemiebedingt erhöhte Ausgaben hatten, weil viele Tafeln geschlossen, preiswerte Lebensmittel wegen Hamsterkäufen eher Mangelware und Desinfektionsmittel teuer waren, stellte sich die Bundesregierung bei der Forderung nach einer vorübergehenden Erhöhung des Hartz-IV-Regelsatzes taub. Jobcenter weigerten sich, die Anschaffung digitaler Endgeräte für Kinder von Hartz-IV-Berechtigten im Homeschooling als Sonderbedarf anzuerkennen, für den sie aufzukommen hatten. Ebenfalls abgelehnt wurde die Übernahme der Kosten für einen Corona-Test.
Erst im Herbst bekamen Eltern einen "Corona-Kinderbonus" von 300 Euro pro Kind. Kinderlose, Flüchtlingsfamilien und Geduldete gingen leer aus. Zwar half der in zwei Raten ausgezahlte Geldbetrag den Familien im Hartz-IV-Bezug etwas, weil er nicht auf das Arbeitslosengeld II bzw. das Sozialgeld angerechnet wurde. Allerdings wurden Familien mit dieser Einmalzahlung abgefunden, während man kriselnden Unternehmen teilweise eine kontinuierliche Förderung gewährte…

Es ist Zeit für eine Sondersteuer

Wer also Gesundheit wirklich ernst nimmt (und nebenbei keine unüberbrückbare Ausweitung der Kluft zwischen Arm und Reich, aber auch ganz besonders zwischen einer deutlich polarisierten Gesellschaft akzeptieren möchte), muss dringend erkennen, dass eine wirklich sozialverträgliche und gemeinwohlfördernde Lösung gefunden werden muss.
In meinem Artikel "Der zweite Akt der Solidarität" hatte ich die historischen Hintergründe erläutert, die deutlich machen, warum eine Sondersteuer keine verquere Idee von ewigen Altlinken ist, sondern ein durchdachter und effektiver Weg, um Schulden auf eine gerechte Art und Weise abzubauen.
Eine **einmalige Steuerlast für Gewinnler einer Krise**, um eine außergewöhnliche Notlage eines Landes zu meistern, steht zwar niemals auf der neoliberalen Agenda, hat aber durchaus eine Reihe erwähnenswerter Vorläufer. **Thomas Piketty** stellt diese Beispiele in "Kapital und Ideologie" dar:
„Um nach den Weltkriegen die öffentlichen Schulden zu tilgen, wurden insbesondere in Japan, Deutschland, Italien, Frankreich und vielen europäischen Ländern mehrere Son-

dersteuern auf Immobilien, Geschäfts- und Finanzimmobilien mit Erfolg eingeführt. Sie wurden einmalig erhoben, und die Steuersätze für niedrige und mittlere Vermögen waren null oder niedrig, während die Steuersätze für die höchsten Privatvermögen oft 40% - 50% oder sogar mehr erreichten.“

Eine einmalige Sondersteuer, um einen zweiten Akt der Solidarität zu meistern, ist keineswegs undenkbar. Die beiden Wirtschaftswissenschaftler **Emmanuel Saez und Gabriel Zucman (*„Der Triumph der Ungerechtigkeit“*)** betonen den besonderen Sinn der Sondersteuer:
„Im Ersten Weltkrieg gab es den Wunsch, dem Kriegsgewinnlertum vorzubeugen - jener Art von Profitmacherei, die während des (US-amerikanischen) Bürgerkrieges so vielen so großen Reichtum beschert hatte. Um zu verhindern, dass sich erneut ein solcher "Lumpenadel" herausbildete, wurde während dieses Konflikts eine Übergewinnsteuer erhoben. Zunächst betraf sie nur die Munitionsindustrie, nachdem die USA im April 1917 in den Krieg eingetreten waren, wurde sie auf alle Unternehmen ausgeweitet. Alle Gewinne, die diese über eine Rendite von 8 Prozent auf ihre Sachanlagen - Gebäude, Fabriken, Maschinen und so weiter - hinaus verzeichneten, wurden als abnormal betrachtet und im Jahr 1918 progressiven Steuersätzen von bis zu 80 Prozent unterworfen.“
Diese Haltung gegenüber "abnormalen" Gewinnen war keineswegs auf die USA beschränkt. Saez und Zucman berichten weiter: *"Keines des am Krieg beteiligten Länder war darauf erpicht, das Kriegsgewinnlertum zu fördern, so dass jedes von ihnen seinen einheimischen Unternehmen eine Übergewinnsteuer auferlegte."*

Spitzensteuersatz

Neben der Einführung der Sondersteuer sollte auch die mögliche Erhöhung des Spitzensteuersatzes nicht reflexartig verdrängt werden. Auch hier gibt es eine Reihe wichtiger historischer Vorläufer, um außergewöhnliche Belastungen für eine Gesellschaft sozial verträglich zu gestalten.
Die USA führten 1942 mit dem Victory Tax Act einen Spitzensteuersatz von 91% ein. Der Alliierte Kontrollrat in deutschen Besatzungszonen legte zwischen 1946-48 einen Spitzensteuersatz von 90% fest.
Generell wird heute auch folgende historische Tatsache gerne ignoriert: Zwischen 1932 und 1980 war der Spitzensteuersatz in den USA im Durchschnitt 81%. In Großbritannien im selben Zeitraum sogar 89%.
Selbstverständlich gehört auf diesem Weg dringend das **Austrocknen von Steueroasen** auf die Tagesordnung, um eine gerechte Beteiligung an den Lasten zu gewährleisten.
Emmanuel Saez und Gabriel Zucman führen darüber hinaus in ihrem sehr lesenswerten Buch *"Der Triumph der Ungerechtigkeit"* eine Reihe sehr bedenkenswerter Vorschläge aus, um eine wirkliche Steuergerechtigkeit zu erreichen, die den Namen verdient, und Maßnahmen, die die Möglichkeit der Steuerflucht deutlich reduzieren.

There is no alternative

*„Wie werden die Staaten mit der durch die Covid-Krise entstandenen Anhäufung von Staatsschulden umgehen? Für viele ist die Antwort klar: Die Zentralbanken werden einen wachsenden Anteil der Schulden in ihre Bilanzen aufnehmen, und alles wird geregelt. In Wirklichkeit sind die Dinge komplexer. Geld ist Teil der Lösung, aber es wird nicht ausreichen. Früher oder später wird man sich an die Reichsten wenden müssen.“ (*Thomas Piketty)
So die einleitenden Gedanken von Thomas Piketty zu der Frage, wie ein **Ausweg aus der drohenden Schuldenfalle und der Explosion der Ungleichheiten** gefunden werden kann. Gemäß des gerne zitierten TINA-Mantras führt an einer Sondersteuer und möglicherweise auch der Erhöhung des Spitzensteuersatzes kein Weg vorbei, wenn man nicht sehenden Auges eine weitere zunehmende Verarmung der Gesellschaft, eine deutliche Vergrößerung der Ungleichheit und eine Flut an Todesfällen aus Verzweiflung auslösen möchte.
In einem Interview mit dem Autor erklärte Thomas Piketty seinen Vorschlag für eine gerechte Lösung der Corona-Krise: *„Ich denke, wir brauchen in Zukunft in Deutschland, Frankreich, Europa und der Welt die Einführung von Sondersteuern auf die höchsten Vermögen. Und ich denke, dass wir uns darauf vorbereiten müssen, und wir müssen hierfür auch über die Weise nachdenken, wie wir zu einer Mehrheitsentscheidung in Steuerfragen in Europa kommen werden.“*
Kurz: Es ist Zeit für einen zweiten Akt der Solidarität, über dessen konkrete Umsetzung ohne Scheuklappen und Tabu gesamtgesellschaftlich diskutiert werden muss.

Andreas von Westphalen: "Die Wiederentdeckung des Menschen. Warum Egoismus, Gier und Konkurrenz nicht unserer Natur entsprechen". (Westend Verlag, 2019)

Argentinien will die CoV-Hilfen für kleine Unternehmen und sozial Schwache mit einer Sondersteuer für Reiche finanzieren.
Die von der Abgeordnetenkammer des südamerikanischen Landes verabschiedete Gesetz wurde vom Senat mit 42 gegen 26 Stimmen am 4. Dezember 2020 bestätigt. Die in Argentinien als „Millionärssteuer“ bezeichnete einmalige Abgabe betrifft **die rund 12.000 reichsten Menschen des Landes mit einem Vermögen von mehr als 200 Millionen Pesos (rund zwei Mio. Euro)**. Diese müssen eine Steuer von bis zu 3,5 Prozent auf ihr Vermögen im Inland und bis zu 5,25 Prozent auf ihr Vermögen im Ausland zahlen. Die Regierung von Präsident Alberto Fernandez hofft 300 Milliarden Pesos (rund drei Mrd. Euro) einnehmen zu können. Die Regierung will nach eigenen Angaben 20 Prozent der Einnahmen für die medizinische Versorgung im Land bereitstellen. Der Rest soll an Unternehmen, Stipendien für Studierende sowie in soziale Entwicklungsmaßnahmen fließen.
https://orf.at/stories/3192537/

Attac Österreich: *"Mit dem* **Corona-Lastenausgleich** *sollen Vermögen ab 5 Millionen Euro mit 10 Prozent, Vermögen ab 100 Millionen Euro mit 30 Prozent und Vermögen ab einer Milliarde Euro mit 60 Prozent je einmalig einen Beitrag leisten."* Bericht - Umfangreiches Informationspapier
Attac Deutschland: *Die Kosten der „Rettungen“ müssen diejenigen tragen, die mit Vermögen, hohen Einkommen, gestiegenen Börsenkursen und niedrigen Steuern profitiert haben.*

Frankreich: Grundfreiheiten verteidigen! Rücknahme des ‚Gesetzes zur Globalen Sicherheit'!

https://twitter.com/UnionSolidaires/status/1332674870711349248

Die **Koordination #StopLoiSecuriteGlobale** wurde am 8. November 2020 auf Initiative der vier Gewerkschaftsorganisationen, die Journalisten vertreten (SNJ - SNJ-CGT - CFDT-Journalisten - SGJ-FO) und der Menschenrechtsliga ins Leben gerufen. Anlass war der Entwurf eines „Gesetzes zur Globalen Sicherheit" im Parlament, das im Schnellverfahren verabschiedet werden sollte. Die Koordination forderte vergeblich die Aufnahme von Gesprächen mit dem Innenministerium und der Fraktion La République en Marche. Vereinigungen von Filmemachern, Menschenrechtsorganisationen, Gewerkschaftsbünde, Komitees von Familien der Opfer von Polizeigewalt, Kollektive von Arbeitervierteln, von Geflüchteten, von Verwundeten und Gelbwesten usw. schlossen sich nach und nach der Koordination von #StopLoiSecuriteGlobale an, die heute aus etwa sechzig Organisationen besteht.

Die Koordination hat ein klares Mandat: die Rücknahme der Artikel 21, 22, die die Massenüberwachung organisieren, und des Artikels 24 des Gesetzentwurfs sowie die Rücknahme des neuen „nationalen Konzepts für die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung".
Dieser Gesetzentwurf zielt darauf ab, die Pressefreiheit, die Freiheit zu informieren und informiert zu werden, die Freiheit der Meinungsäußerung, kurz gesagt, die öffentlichen Grundfreiheiten unserer Republik zu untergraben.
"Der soziale Dialog, die Demokratie, ist alles, was wir, Journalisten, Regisseure, Bürger, anstreben."

SiG-Red.: Die erste Lesung in der Nationalversammlung fand am 24. November statt (der Text wurde bei 388 Stimmen gegen 104 angenommen).Der Entwurf soll im Januar im Senat behandelt werden.

Labournet: Berichte über die Demonstrationen: 21.11., 28.11., 5.12., 12.12.
(weitere sind für den 3., 16. und 30. Januar geplant, Aufruf des nationalen Bündnisses, hier bei Attac FR)

Polizeiwillkür gegen eine Demonstration in Paris am 5. Dezember 2020

Diese Demonstration, von einem breiten Bündnis organisiert (Aufruf) richtete sich gegen die Arbeitslosengeldreform und sollte mit der Demonstration gegen das „Gesetz zur globalen Sicherheit" zusammenkommen

M.M. (Name der Redaktion bekannt) :
Ich war Samstag den 5. Dezember auf der Demo in Paris. Die Demo war gegen 14 Uhr bei der U-Bahnstation Porte des Lilas gestartet. Gegen 15 Uhr 30 war ich auf der Avenue Gambetta zwischen den Stationen Saint-Fargeau und Pelleport gelangt (also zirka auf halbem Weg; alle Stationen bis Place de la République waren auf Befehl des Präfekten Lallement geschlossen - wie üblich.) Da ist die Polizei auf uns losgerannt, keine/r wusste aus welchem Anlass. Wir wurden nach hinten gedrängt und mit Tränengas buchstäblich übergossen; auch wurden Granaten geschossen (ein junger Mann wurde am Fuß verletzt), obwohl wir allmählich dichter zusammengepfercht wurden als in den öffentlichen Verkehrsmitteln bei Hauptverkehrszeit. Denn jedes Mal, wo wir wieder nach vorne wollten, rannte die Polizei wieder los, und hinten wartete der Rest der Demonstrant_innen; Freunde und Bekannte von mir, die ganz hinten standen, haben bis 16 Uhr 30 die Porte des Lilas nicht verlassen können und mussten kehrtmachen.
Ich möchte zwei aufschlussreiche Details hinzufügen: ein junges Paar, das mich „in Schutz genommen" hatte – ich bin bald 75 und sie konnten nicht wissen, dass ich „knallhart" bin – bat die Polizisten, uns nach hinten zu lassen, da ich „eine betagte Dame" war. Das wurde schroff abgelehnt. Etwas weiter haben (sehr) junge - nicht maskierte - Männer angefangen, die Scheiben einer Bank einzuschlagen. Da war komischerweise kein Polizist in Sicht, in einer Seitenstraße aber hinderten welche die Menschen, die Demo zu verlassen. Dafür kam ein Journalist von France 2 und rief einen Videofilmer herbei, mit den Worten: „Komm, hier kannst du filmen."
Es wurde in vielen „Mainstream-Medien" gemeldet, dass ein Polizist „von einem Molotowcocktail in Brand gesteckt worden war", das herangezogene Bild war aber verfälscht. Jetzt wird zwar nur über „verletzte Polizisten" berichtet, über verletzte Demonstranten wird aber weiter geschwiegen.
Weiterer Bericht: Mediapart

Attac Frankreich und andere
Wir gleiten langsam aber sicher in ein autoritäres Regime, einen illiberalen Staat, einen Polizeistaat

13.Dezember 2020 - Seit dem 28. November haben an mindestens 150 Orten eine oder mehrere Demonstrationen insbesondere gegen das "Gesetz zur globalen Sicherheit" stattgefunden - Behinderungen und willkürlichen Verhaftungen durch die Polizei waren in Paris und anderen Orten festzustellen.

Wie wir befürchtet haben, hat sich die Pariser Demonstration, obwohl von einer Gruppe von Organisationen ordnungsgemäß angemeldet und von der Polizeipräfektur genehmigt, in eine Mausefalle verwandelt.

Eine Reihe von Beobachtern stellte an diesem Samstag, den 12. Dezember in der Hauptstadt inakzeptable Exzesse fest, die mit einem brutalisierenden Polizei- und Militäreinsatz verbunden waren, der das Demonstrationsrecht verletzte: Massenverhaftungen, unbegründete Polizeieinsätze, die die Demonstration sprengten, Polizeigewahrsam ohne legitimen Grund über die gesetzliche Frist hinaus, massenhaft Festnahmen, Verweigerung der Kontaktaufnahme mit dem von den Festgenommenen bestellten Anwalt... Wieder einmal wurden Journalisten als Demonstranten ins Visier genommen. Die Exekutive zeigte ihre Entschlossenheit, jeden Protest zu unterdrücken.

In Lyon und Caen wurden ähnliche Praktiken festgestellt.

Damit kein Missverständnis aufkommt: Die Darstellung der Regierung basiert auf künstlich aufgeblähten Zahlen. Diese Manipulation wurde bereits am 1. Mai 2018 oder während der Bewegung der "Gelbwesten" eingesetzt.

Die Regierung versucht, uns zu entmutigen, aber es wird ihr nicht gelingen!

Unsere Organisationen sehen, dass die Offensive gegen unsere Grundfreiheiten weitergeht. Die drei Dekrete vom 2. Dezember 2020, die einer Registrierung von Aktivisten und ihres Umfelds bis hin zu minderjährigen Kindern sowie ihrer Gesundheit oder ihrer Aktivitäten in sozialen Netzwerken erlauben, werden vor Gericht angefochten. Das sogenannte "Separatismus"-Gesetz stellt einen weiteren Angriff gegen die Freiheitsrechte.

Das hatten wir in Frankreich noch nicht erlebt. Wir gleiten langsam aber sicher in ein autoritäres Regime, einen illiberalen Staat, einen Polizeistaat. Je weniger legitim die Politik dieser Regierung zu sein scheint, desto mehr bedient sie sich der Repression und der Beschneidung von Freiheiten, um sie durchzusetzen. *Attac FR / Übersetzung: SiG-Red.*

Stellungnahmen, Reportagen von Attac Frankreich
Bündnis-Aufruf zur Demonstration am 28.November

- EU Kommission ermahnt Frankreich zur Achtung der Pressefreiheit – ntv

- Ein Mitglied der Organisation „Désarmons-les“ („Entwaffnet sie“, https://desarmons.net/ = Dokumentation über die Polizeigewalt,) wird zu **8 Monaten Gefängnis verurteilt, ….** weil er sich eben gegen die Polizeigewalt bei einer Demonstration der Gelbwesten wandte. Bastamag; reporterre

- *la bas : Interview eines Polizisten, Mitglied der Gewerkschaft https://vigimi.fr/ („**Ich verlasse die Polizei** aus den selben Gründen, die mich damals bewegt haben, Polizist zu werden: Die Verteidigung der Grundrechte und das Allgemeinwohl“)*

Willi Hajek
Das Filmen von Polizeieinsätzen soll verboten werden
Brief aus Südfrankreich

hej, ihr alle

jetzt endlich komme ich dazu, euch zu schreiben. In der Woche seit dem 23. November ist soviel passiert, das viele von uns emotional sehr ergriffen hat. Jeden Tag Bilder und Kommentare, viele Gespräche und viel Zorn über das brutale, unwürdige Vorgehen der Macronie und seiner Polizeibrigaden auf dem Platz der Republik in Paris gegen die Migranten und ihre Unterstützerinnen. Hin und hergerissen beim Betrachten der Bilder und des Geschehens. Einerseits die Bilder von Polizisten, die Migrantinnen die Zelte wegreißen und sie der Nacht überlassen (1), andrerseits der Mut und die Entschlossenheit der Unterstützerinnen, den stattlichen Gewaltakten standzuhalten. Beim Betrachten des Geschehens hast du nur einen Wunsch, dort dabei zu sein und zu helfen gegen diese Macht der Würdelosen. Unsichtbar bei dieser ganzen Aktion bleiben natürlich die Befehlsgeber

und Hintermänner. Die Minister und Präfekten , die diese Befehle ausgeben und gleichzeitig mit ihren Worten den ausführenden Agenten die Straffreiheit garantieren. Aber heureusement – zum Glück – gibt es Handys und unabhängige Medien und viele nicht-französische integre JournalistInnen, die auch vor Ort sind und das Geschehen dokumentieren und international bekanntmachen.
Zusammengefasst ist diese Macht-Mentalität in den Worten des verantwortlichen Innenministers: ***„Wenn ich das Reden von Polizeigewalt höre, dann ersticke ich – j'étouffe.“,*** also genau diese Worte, die George Floyd röchelte, als ihm seine Polizei – Folterer den Atem nahmen.
Die Spitze des Zynismus und der Inhumanität .
Raoul Peck, ein Filmemacher aus Haiti, der seit einiger Zeit in Frankreich lebt – ‚Der junge Marx' war sein letzter Film – hat einen kurzen Essay geschrieben – j'étouffe , in dem er seinen Abschied aus Frankreich ankündigt, ***„einem Land, in dem die Macronie verkündet, dass es in Frankreich, dem Land der Menschenrechte, keine Polizeigewalt geben kann." (2)***
Sicherlich wären Macron und sein Clan sichere Spitzen-Kandidaten beim globalen Zynismus-Wettbewerb.

Gleichzeitig läuft in dieser Kalenderwoche 48 die Parlamentsdebatte über ein neues Sicherheitsgesetz, das das Filmen und das Verbreiten von Bildern und Berichten prügelnder PolizistInnen verbieten und unter Strafe stellen soll. Die Debatte hat am 17. November, dem zweiten Jahrestag des Aufstands der Gelbwesten begonnen.
Drei Tage nach dem brutalen Niederprügeln auf dem Platz der Republik ereignet sich die nächste Tat, die klarmacht, warum die Herrschenden keine Bilder von ihren Aktionen mehr wollen. Eine Polizeieinheit dringt in das Studio eines Musikproduzenten ein, schlägt ihn brutal zusammen und beleidigt ihn mit rassistischen Sprüchen "*schmutziger Neger"*. Michel Zecler macht Musik und seine Kollegen waren gerade im Studio. Das Besondere aber dieses Aktes: **die Studio-Kameras waren alle eingeschaltet und konnten das ganze Geschehen aufnehmen.** (2) Millionenfach ging diese Szene durchs Internet, in Frankreich und weltweit, und schuf die Grundlage für die folgenden Demonstrationen in mehr als 50 Städten Frankreichs. Viele waren berührt, und dieses Mal wurde das andere Frankreich sichtbar – sozial, heterogen, vielfarbig mit sehr unterschiedlichen Lebensgeschichten: die Gelbwesten neben den Komitees aus den Vorstädten, die Komitees für Adama, die GewerkschafterInnen der CGT und von Solidaires, und ganz viele Menschen, die nirgendwo fest organisiert sind, aber dennoch empört sind und dagegen kämpfen wollen. Auch kommen alle die, die es einfach von ihrem Alter und ihrer Befindlichkeit nicht mehr wagen, an diesen Demonstrationen teilzunehmen. Denn die abschreckende Brutalität der Polizeitruppen ruft – bewusst geplant – Angst hervor.

Aber trotz Pandemie waren die Demonstrationen am 5. Dezember 2020 **der erste kollektive große Ausbruch aus dieser Corona Zwangsanstalt** seit dem März dieses Jahres 2020. Und das wird weitergehen. Am Samstag steht der nächste Akt an, dieses Mal auch wieder in den kleineren Städten wie in La Ciotat. Es gibt ein breites Bündnis, die gegenseitigen Abgrenzungen sind weniger geworden (siehe das Einladungsflugblatt). Marseille und Toulon bleiben hier unsere regionalen Sammelpunkte für die Region. Es gäbe noch ganz viel zu berichten aus dem Innern der Gelbwesten, die auch von dieser neuen Phase erfasst sind. 2021 wird ein spannendes Jahr und wir werden sicherlich weitere auch mutmachende Überraschungen erleben.
Ein gesundes und conviviales neues Jahr und der nächste Brief wird kommen!

(1) Räumung von 2000 MigrantInnen in Saint-Denis am 17.11.20, ausführliche Dokumentation auf franceinter
Polizeigewalt gegen Pariser Migrantencamp ruft massive Empörung im ganzen Land hervor – und macht einmal mehr deutlich, warum die Regierung Macron künftig solche Bilder verbieten will – Berichte von Labournet; franceinfo
(2) Rassismus in der Polizei; Polizeigewalt gegen Bewohner von ärmeren Vierteln
(3) Seine Geschichte in einer Zeichnungsfolge

Versammlung in La Ciotat am 12. Dezember 2020
„Bürgerinnen und Bürger haben das Wort. Lasst uns konkrete Vorschläge besprechen, für die wir dann gemeinsam eintreten! Dieser Aufruf richtet sich an alle diejenigen, die
- die Demokratie verteidigen wollen
- für die öffentlichen Dienste eintreten
- andere Gesundheitsschutzmaßnahmen vorschlagen
- gemeinsames Handeln einer angstmachenden Propaganda vorziehen
- eine solidarische Welt wollen und keine Spaltungen
- eine lebendige Kultur wollen
- andere Lösungen vorschlagen wollen

Dominique Vidal
Gegen die extreme Rechte und ihre nützlichen Idioten. No pasarán! Sie werden nicht durchkommen!

Anmerkung der SiG-Redaktion: „Der grausame Mord an Samuel Paty am 16. Oktober 2020 hätte zu einem echten nationalen Zusammenschluss führen müssen, zur notwendigen gemeinsamen Trauer und zur Unterstützung der Familie des Opfers, der Lehrerschaft und Schülerschaft der Schule und der ganzen Stadt (…). Stattdessen erleben wir in den letzten Tagen eine globale antimuslimische Welle unter der Führung der französischen Regierung“
hieß es in einer gemeinsamen Erklärung von Schwarzen, Muslimen, Juden und Roma (SiG 138 S. 32).

Daniel Mermet: Vorwort – Djihad gegen die Djihadisten
„Wir sind im Krieg, wir müssen zuschlagen“, schreit Manuel Valls. „Wir brauchen ein Guantanamo auf französische Art“, fordert Herr Ciotti [1]. Die Verbrechen von Conflans-Sainte-Honorine und Nizza haben seitens der extremen Rechten, der Rechten und auf allen Seiten einen andauernden, Wettstreit um hasserfüllte Rache vom Zaun gebrochen. Alleswissende Experten und die reaktionärsten und revanchistischsten Polemiker haben sich gegenseitig unter Einschluss mehrerer Minister im Kampfmontur überholt. Alles gleichsetzen, stigmatisieren, Zeigen auf Personen, die niederzuschlagen wären, Provokationen, die Verbrechen anstiften. Worte fallen, die zur Gewalt anstacheln, zum Hass und zum Rassenhass, und die im Namen der Meinungsfreiheit ungestraft bleiben. Insgesamt ein wahrer Djihad gegen die Djihadisten. Salafismus gegen Salafismus und das Ergebnis der Welle identitärer Problemstellungen, die zur größten Erleichterung der Herrschenden seit ein paar Jahren an die Stelle der sozialen Fragen getreten sind. Sie wissen genau, dass man der sozialen Frage die Schärfe nimmt, wenn sie in ethnisch-kulturellen Begriffen formuliert wird. Das Gesetz über „die“ Separatismen ist dazu vorgesehen, den sozialen Kampf umzulenken. Ungleichheiten, Arbeitslosigkeit, prekäre Lebensverhältnisse und die aus vierzig Jahren Neoliberalismus herrührende große soziale Wut finden keinen politischen Ausweg bei einer allzu verbürgerlichten und zersplitterten Linken. Diejenigen, die diese Wut teilen, die verachtet und unterdrückt wurden, als sie Gelbwesten trugen, könnten in den Djihad gegen den Djihad abgleiten und die Reihen einer xenophoben Rechten, die allerorts Punkte macht, anwachsen lassen. Daher diese Eile bei der Ausnutzung des emotionalen Schocks eines ganzen Landes, mit dem Schakal als Vorbild.
---

1. November 2020
Wenn ich den unvergesslichen Ruf der spanischen Republikaner wieder aufgreife, dann liegt das daran, dass das gegenwärtige unerträgliche Klima mich an die Jahre erinnert, die dem Zweiten Weltkrieg vorangingen.
Das Frankreich von 2020 ist sicherlich nicht das Deutschland von 1933. Aber die gleichen Kräfte, die sich dort um den Sieg des Nationalsozialismus und hierzulande an der Kollaboration mit ihm bemühten, schreien ihren Hass in einem sehr beunruhigenden weltweiten nationalistischen Kontext hinaus. **Der *„Islamo-Linksextremismus“* hat in ihrem Mund den *„Judeo-Bolschewismus“* ersetzt.** Im Namen der Verteidigung der Meinungsfreiheit wollen sie in Wirklichkeit unsere Meinungsfreiheit ersticken.
Ich bin kein Fan von Erich Dupond-Moretti, aber er hat Léa Salamé (in Wahrheit, denke ich, Gérald Darmanin) auf Anhieb geantwortet: *„Die Ausschlachtung dieser Emotion für politische Zwecke widert mich an.“* [2]. Genau darum geht es in diesem Aufschrei des Herzens.
Ja, wir müssen die islamistischen Mörder bekämpfen.
Ja, wir müssen das Gesetz von 1905 verteidigen – das ganze Gesetz aber nichts als das Gesetz. Und ja, die Trennung von Staat und Kirche ist das einzige System, das unser Zusammenleben in sozialer, politischer, ideologischer und religiöser Verschiedenheit erlauben kann.
Aber müssen wir noch die Nützlichkeit einer Neufassung der Heiligen Bücher diskutieren (ich schreibe im Plural, denn das Alte Testament enthält mindestens ebenso viele Aufrufe zum Völkermord wie die kriegerischen Suren des Koran)? Es ist offensichtlich, dass diese Perspektive auf Jahrzehnte, wenn nicht Jahrhunderte, kaum Aussicht auf Verwirklichung hat. Wie lange hat es gedauert, bis die Katholische Kirche mit ihren Päpsten und Konzilen auf die Anschuldigungen gegen die Juden, Christus getötet zu haben, verzichtete (ohne jedoch die Bibel umzuschreiben)? Kann man sich vorstellen, dass das Islam morgen den Coran neuschreibt?
Was die Blasphemie betrifft, weiß jede informierte Person, dass sie weder empfohlen noch untersagt wird, da es ein religiöser Begriff ist, der selbstverständlich in keinem einzigen Gesetz eines laizistischen Staates wie dem Unsrigen steht.
Ehrlich gesagt, liegt da nicht die Priorität. **Als Aasfresserin, die sie ist, bemächtigt sich die extreme Rechte des Leichnams des ermordeten Lehrers, um von der anderen Seite her zu einer Säuberungsaktion aufzurufen.** Unverantwortliche Minister folgen ihr unmittelbar. [3] Die nützlichen Idioten des Republikanischen Winters von Gilles Clavreul folgen der Bewegung: Um den frustrierten Ambitionen des ehemaligen Kandidaten zu den Bürgermeisterwahlen von Barcelona besser dienlich zu sein? Und leider übernehmen eine Anzahl von unbestritten aufrechten *„Ich bin Charlie“*-Leuten wohl oder übel die **Vermischung von Islamismus und Islam**, auf die Gefahr hin, dass sie die schon oft erniedrigten und diskriminierten, verwundbarsten Muslime in die Arme der Fundamentalisten zurückstoßen. Und doch müssen wir gegen die Letzteren ganz eindeutig zusammenhalten, statt zu spalten.
Der Ex-Präsident von France-Israel, Gilles-William Goldnadel, hat jüngst dazu aufgerufen, *„Samuel Paty zu rächen“* [4]**.** Ich wage zu hoffen, dass er sich nur im Wort vergriffen hat. Denn die aufgrund dieser Propaganda erhitzten Gemüter könnten von Worten zu Taten übergehen und sich an Muslimen vergreifen, die wegen ihres Glaubens mit den Mördern, die sich ebenfalls auf ihn berufen, gleichgesetzt werden; sogar an ihren „Komplizen“ könnten sie sich vergreifen. Am 24. Oktober sprühte eine unbekannte ach so mutige Hand auf dem Platz Colonel-Fabien „Kollabo“ an

den Sitz der französischen Kommunistischen Partei (PCF) – welches Paradoxon: ein geistiger Abkömmling der wahren Kollaborateure beschuldigt mit dieser Infamie die Erben der Hauptpartei der französischen Résistance!
Vorsicht vor symbolischen Gesten: Sie kündigen oft den Übergang vom Wort zur Tat an. **Schon verüben die Islamistenjäger und Verfolger des *„Islamo-Linksextremismus“* Anschläge – aber dazu herrscht eine allgemeine Gleichgültigkeit.** Am 20. Oktober wurden Scheiben einer Moschee in Bordeaux zerbrochen und deren Mauern mit *„Mohammed = Feigling“* und *„Nimm deinen Schleier ab“* (sic) dekoriert. Am nächsten Tag in Béziers wurde auf Facebook aufgerufen, die *„Moschee abzufackeln“* – dies vergeblich nach PHAROS *(a)* gemeldet. Zwei Tage später wurden zwei Jordanier, ein Bruder und eine Schwester, angegriffen, weil sie sich … auf arabisch unterhielten. Am 25. wurde eine verschleierte Frau unter dem Eiffelturm erstochen; ein Akt, der von der Staatsanwaltschaft als *„rassistisch“* eingestuft wird, während die Medien *von einem „Zwischenfall“ berichteten* – stellen wir uns nur mal deren Reaktion vor, wenn das Opfer jüdisch oder christlich gewesen wäre.
Muss erst daran erinnert werden, dass das ganze Jahr über Polizeibeamte traurige Beispiele oftmals rassistischer Brutalitäten abgegeben haben, von denen der hervorragende **Film *„Ein Land, das sich anständig benimmt“* von David Dufresne** eine ergreifende Vision gibt, die ohne Kommentare auskommt?
Und hier komme ich gar nicht mal auf **die Diskriminierung der Kinder von Einwanderern** vor allem in Frankreich zurück, die der Beauftragte für Bürgerrechte, also der mutige Jacques Toubon, im letzten Juni als *„systemische Dimension“* anprangerte. Diese bedrohe, so fügte er hinzu, die *„grundlegenden Rechte“* von *„Millionen“* Personen sowie den *„sozialen Zusammenhalt“*. (5)

Sind sie sich der Gefahr bewusst? **Gewisse Leute zögern nicht, Politiker der Komplizenschaft mit dem Terrorismus namentlich zu beschuldigen:**
Gérald Darmanin scheint bei dieser Übung der Champion aller Kategorien zu sein. Dieser Staatsminister, der in den Ermittlungen gegen ihn wegen Vergewaltigung auf Unschuldsvermutung abhebt, sie jedoch dem Kollektiv gegen Islamophobie in Frankreich (CCIF) abspricht, antwortete Alexis Corbière (von La France Insoumise) in der Nationalversammlung: *„Ich kann mir nicht erklären, wie eine Partei wie die Ihre, die über lange Zeit das ‚Opium des Volkes‘ angeprangert hat, von nun an mit einem ‚Islamo-Linksextremismus‘ verbunden ist, der die Republik zerstört (?) hat.“ [6]*
Der Bildungsminister Jean-Michel Blanquer bezeichnet ebenfalls im *Journal du dimanche* Jean-Luc Mélenchon als öffentlichen Schandfleck – Marine Le Pen hatte es schon zuvor getan – und auch … Edwy Plenel *(b)*. Seine Verurteilung umfasst die Universitäten und im allgemeineren Sinn die *„Sozialwissenschaften“*, die durch eine *„mit den islamistischen Interessen übereinstimmende Weltsicht vergiftet“* seien.*[7]*
Was für eine Überraschung! Der unsägliche Manuel Valls macht auch mit bei der Jagd auf den Anführer der ‚Insoumis‘: *„Ihm kam eine sehr große Mittäterschaft zu, er hat bei allem, was sich ereignet hat, auch im Verhältnis der Linken zum Kampf gegen den Islamismus eine sehr große Verantwortung.“* Schlussfolgerung: Mélenchon befindet sich nicht mehr *„im Lager der Republikaner.“* [8]
Selbst der frühere sozialistische Premierminister, Bernard Cazeneuve, geißelt (ohne es näher zu erklären, das ist richtig) *„einen Islamo-Linksextremismus, der manche kommunitaristischen Organisationen, die einen inneren Argwohn, um nicht zu sagen eine Form von Hass gegen die Republik hegen, mit den Augen eines Verliebten betrachtet.“ [9]*
Vor einem Jahr präsentierte die Zeitschrift ‚Valeurs actuelles‘ auf seiner Titelseite eine größere „Personengruppe“ von *„Islamo-Kollaborateuren“*. [10]
Im ‚Express‘ versichert Elisabeth Badinter: *„Das kann nicht mehr friedlich geregelt werden, denn es ging zu weit. Das ist ein Krieg, den wir führen müssen.“* Und sie fährt damit fort: *„Wieder einmal wird sich vielleicht ein Teil der Bevölkerung sagen, dass wir die Bedrohung übertreiben. Darauf setzen unsere Gegner in Übereinstimmung mit ihren Verbündeten bei den Linken, sei es ein bedeutender Teil der ‚Insoumis“ wie auch an den Universitäten, wo Gruppen diese opferhafte Argumentation entwickeln.“ [11]*
(…) Nicht abseits stehen konnte der ‚repräsentative Rat der Jüdischen Institutionen Frankreichs‘ (CRIF): Der Filmemacher Yves Azéroual (sein anklagender Film wurde abgesetzt … in Neuilly-sur-Seine) ist sich dessen ganz sicher: *„Der Islamo-Linksextremismus ist vor allem eine Ideologie, die über eine objektive Allianz zwischen der radikalen Linken und dem politischen Islam läuft.“* Und er fragt sich: *„Warum hat diese vorgeblich antiklerika*le Linke diese Allianz mit dem Islamismus geschlossen?“ *[13]* (…)
Und *last, but not least*, breitet sich vor kurzem Pascal Bruckner in der Sendung „28 Minuten“ auf Arte in antifeministischen Beschimpfungen aus, damit er rückwirkend Rokhaya Diallo *(c)* die Verantwortung für das blutige Attentat auf *Charlie* zuschieben kann. (16)
Was schließlich *Charlie* betrifft, bezeichnet mich ein *„Freund“* auf Facebook als *„Mörder“*, weil … ich Titelseiten kritisiere, die Riss unterzeichnet hat – dem wie jedem Karikaturisten schon Entgleisungen unterlaufen sind, wahrscheinlich öfter als gewöhnlich …

Ich wiederhole: **Das Frankreich von 2020 ist nicht das Deutschland von 1932, erst recht nicht von 1942. Nichtsdestoweniger müssen wir Lehren aus der Vergangenheit ziehen.** Die Vorfahren der hysterischsten Islamophoben von heute waren damals nicht weniger hysterische Antisemiten. Machen Sie das von Esther Benbassa vor langer Zeit umgesetzte Experiment: Ersetzen Sie in den am schlimmsten zum Hass gegen den Islam aufrufenden Texten das Wort *„Muslim“* durch das Wort *„Jude“* … Waren sich all jene, die die *„Saujuden“* der Zwischenkriegszeit angriffen, im Klaren darüber, dass ihre Zielscheiben in Auschwitz enden würden? Und dass ihre gemeine Propaganda folglich zur Auslöschung von sechs Millionen unter ihnen beitragen würde, mit so vielen Sinti und Roma, Slawen, Behinderten und Homosexuellen?
Jedem seine Empfindlichkeiten, jedem seine Geschichte. Von den Deportierten meiner väterlichen Familie sind alle bis auf meinen Großvater Nissim, der nach der Befreiung des Lagers durch die amerikanische Armee im Mai 1945 in Dachau starb, wiedergekommen. Mein Vater Haim kam aus Birkenau und von den Todesmärschen zurück. Meine Großmutter Esther und ihre Töchter Adele und Germaine kamen

aus Ravensbrück zurück. Mein Onkel Jacques überlebte Buchenwald und Dachau. Von den Protestanten aus Chambon-sur-Lignon gerettet, wo ihre der Résistance beigetretenen Eltern sie versteckt hatten, wurde meine Mutter Jacqueline wie so viele versteckte Kinder für ihr Leben gezeichnet – weswegen sie übrigens auch „Kofferträgerin“ während des Algerienkrieges wurde. In Erinnerung an meine Familie schreibe ich, wie ich darüber denke: Ein Eric Zemmour, ein mehrfach verurteilter Wiederholungstäter, der in den Sendungen von CNews nicht aufhört, gegen die Muslime zu pöbeln, ist nicht mehr wert als ein Philippe Henriot, der die Juden in Radio Paris mit Schande überhäufte – wenn ich ihm auch nicht das Ende des Goebbels von Vichy wünsche.
Wenn ich schon mal bei vertraulichen Mitteilungen bin, möchte ich noch eine wichtige hinzufügen, denn sie erklärt meine besondere Sensibilität nach außen für jede Form des anti-arabischen Rassismus, sei er auch verdeckt von Islamophobie. Ich sagte schon, dass meine Mama ihr Leben den großartigen Protestanten der Auvergne verdankt, die sie wie tausende jüdische Kinder versteckt haben – und niemals, niemals hat sie irgendjemand an die Gestapo verraten.
Die Schuld beglich sie, indem sie „Kofferträgerin“ in den Netzwerken Jeanson-Curiel für die nationale Befreiungsfront (FLN) während des Algerienkriegs wurde. In unserer winzigen Wohnung stapelten sich verbotene Zeitungen – Vérité-Liberté (*Wahrheit-Freiheit*) – und verbotene Bücher, von La question (*Die Frage*) bis La Torture dans la République (*Die Folter in der Republik)*. Dort wurden auch Versammlungen mit führenden Leuten der Unabhängigkeitsbewegung und ihren „Komplizen“ wie Pierre Vidal-Naquet oder Laurent Schwartz abgehalten – zwei dieser *„Verräter“*, die die Ehre Frankreichs retteten.
All das konnte das Kind, dann der Heranwachsende, der ich war, nicht richtig begreifen. Sonntags aber ging ich oft zu meiner Tante, die Mieterin einer ganz neuen Sozialwohnung gegenüber dem Elendsviertel von Nanterre war: Dort spielte ich mit arabischen Gören, die mich ihre „Bruchbude“ besichtigen ließen. Wenn die Bullen in der Metro die „Dunkelhäutigen“ kontrollierten, wurde ich nicht ausgespart.
In der Nacht des 17. Oktober 1961 *(d)* wartete ich stundenlang zitternd auf die Rückkehr meiner politisch aktiven Mutter: Sie kam mit einem blutenden Kopf zurück. Vier Monate später wurde meine erste Demo die Beerdigung der neun Toten der Metro Charonne *(e)*. Am Tag danach hielt ich in der achten Klasse des Michelet-Gymnasiums eine lange Rede, mit dem Einverständnis der Französischlehrerin und ungeachtet der Störungen von Seiten der „Miezen“ von der OAS.
Ihr „Facebook-Freunde“, die ihr mir einen „unwürdigen“ Vergleich zweier Epochen vorwerft, ihr vergesst, dass **die in der Kolonisierung verankerte, lange arabophobe Tradition** nicht bloß eine verbale war: Franzosen haben erniedrigt und gefoltert, Millionen Muslime ermordet, angefangen mit den Algeriern. Kriegt euch wieder ein! Glaubt ihr ernsthaft, dass zum Andenken an Samuel Paty die Schmähungen gegen Frankreichs Muslime, die arabischen Kinder eingeschlossen, die er wie alle anderen so sehr gemocht hat, passen? Habt ihr vergessen, dass er seine Schulklassen ins Institut der arabischen Welt mitnahm?
Samuel Paty zu „rächen“, heißt, an erster Stelle die Djihadisten und ihre Komplizen zu bekämpfen. Ich weise darauf hin, dass die Palästina-Solidaritätsvereine seit Jahren öffentlich das Scheich-Yassine-Kollektiv und seinen Chef Abdelhakim Sefrioui angeprangert haben, der übrigens, wie Fotos belegen, mit der extremen Rechten verbunden ist, ohne dass die „Dienste“ durchgreifen [17]. Es bedurfte erst seiner Verwicklung in das Drama von Conflans, damit der Ministerrat sein Grüppchen auflöste. Samuel Paty „rächen“ heißt auch, gleichermaßen die islamistischen und islamophoben Hassprediger zu bekämpfen. Und schließlich alle demokratischen und republikanischen Kräfte gegen die extreme Rechte und ihre Bündnispartner/Konkurrenten in der Regierung zu sammeln. 2022 müssen wir uns daran erinnern!
Sie werden nicht durchkommen!

[1] Éric Ciotti, Cnews, 29.Oktober 2020.
[2] Éric Dupond-Moretti auf France inter, 20.Oktober 2020.
[3] Unverantwortlich oder berechnend? Unabhängig von Gérald Darmanins kaum verheimlichten Ambitionen kann man sich berechtigterweise fragen, ob seine wiederholten Provokationen nicht auch darauf abzielen, das Scheitern seiner Dienste vergessen zu machen: Mediapart hat gezeigt, dass sich der Mörder von Samuel Paty mehrfach im Internet geäußert hatte, Äußerungen, die Pharos und der Polizei gemeldet wurden. Hätte die Polizei schnell reagiert, wäre Conflans' Lehrer vielleicht noch am Leben. Es ist auch eine Möglichkeit, die Aufmerksamkeit vom Scheitern der Gesundheitspolitik von Olivier Véran und Jérôme Salomon abzulenken…
[4] CNews, 21 Oktober 2020.
[5] Défenseur des droits, « Discriminations et origines : l’urgence d’agir », 22. Juni 2020. [6] LCP, 6. Oktober 2020.
[7] Marianne Enault, Sarah Paillou und David Revault d’Allonnes, « Hommage à Samuel Paty, lutte contre l’islamisme : Blanquer précise au JDD ses mesures pour la rentrée scolaire », *Le Journal du dimanche*, 24. Oktober 2020.
[8] Paul Guyonnet, « Manuel Valls s’en prend à Mélenchon sur la lutte contre l’islamisme », HuffPost, 18. Oktober 2020.
[9] Alexandre Sulzer, « Attaque de Conflans : pour Cazeneuve, "on a voulu abattre un symbole de la République" », *Le Parisien*, 17. Oktober 2020. [10] *Valeurs actuelles*, 13. November 2019.
[11] Thomas Mahler und Anne Rosencher, « Élisabeth Badinter: "Cela ne peut plus se régler dans le pacifisme" », *L’Express*, 20.11.2020.
[13] Conseil représentatif des institutions juives de France, « Interview Crif – documentaire d’Yves Azéroual: "Islamogauchisme, la trahison du rêve européen ?" », 22. Oktober 2020.
[16] Hat die Moderatorin, die sonst ausgezeichnete Elizabeth Quin, dem widersprochen? Unmöglich zu wissen: Die Wiederholung der Sendung vom 21. Oktober funktioniert nicht. Während der Morgensendung von France Inter am nächsten Tag erklärte Bruckner mit erschütterndem Zynismus: *"Meine zweite Sorge ist die Aktion eines Verstörten, eines Extremisten, der loslegen wird (wir haben das Beispiel vielleicht schon beim Champ-de-Mars gesehen), der auf eine Moschee schießen wird, der verschleierte Frauen wird schlagen wollen, und wenn ein solches Ereignis eintreten oder sich mehrmals wiederholen würde, würden wir den moralischen Vorteil verlieren, den wir als Nation, die Opfer des islamistischen Terrorismus ist, gewonnen haben. »*
[17] La Horde hat ein Dossier über das collectif Cheikh Yassine veröffentlicht, u.a. über die Teilnahme von Frédéric Chatillon et Alex Loustau an einer Demonstration dieser Gruppe 2009.
Quelle: La Bas-magazine; *leicht gekürzte Übersetzung: Hans-Jürgen Kleine /SiG-Redaktion.*

Erläuterungen der SiG-Redaktion:
(a) **PHAROS** ist eine staatliche Internetplattform, an die Hinweise auf Hassbeiträge verschickt werden können - Bericht in Midi Libre
(b) **Plenel** ist Direktor von Mediapart (c) Rokhaya **Diallo**: S. gwi-Böll
(d) Wikipedia: Massaker von Paris (e) Metro Charonne

D. Vidal, 16.12.2020: „Die Dinge beim Namen nennen – Gérard Darmanin (Innenminister) ist ein faschistischer Lehrling“, labas
Ausführliche Berichte über die Hetze und den Hass in ***Labournet***

Dominique Vidal *war zwischen 1995 und 2017 Mitglied der französischen Redaktion von Le Monde Diplomatique.*

Gisèle Halimi (1927-2020) lebt nicht mehr. Attac Frankreich trauert

Foto: Gisèle Halimi 1972, während des Bobigny-Prozesses, (1) der einen großen Schritt hin zur Entkriminalisierung der Abtreibung in Frankreich markierte.

Mit großer Trauer haben wir vom Tod Gisèle Halimis erfahren, die als Anwältin, Abgeordnete und Schriftstellerin mutig und mit Hartnäckigkeit für die Sachen gestritten hat, die uns teuer sind. Gisèle Halimi war eine großartige Kämpferin. Eine Kämpferin für die Befreiung der Frauen, eine Kämpferin für die Befreiung der Völker. Ihre ganze Energie und all ihr Können stellte sie in den Dienst des Kampfes gegen Ungerechtigkeiten, ihre beißende Ironie in den Dienst ihrer flammenden Verteidigungsreden. Gisèle Halimi war unnachgiebig in ihren Kämpfen. Aufmerksam war sie ebenfalls und von großer Freundlichkeit.
Ganz besonders würdigen wir Gisèle Halimi für ihren unermüdlichen Einsatz für die Sache der Frauen und die Legalisierung der Abtreibung 1975 (1), aber auch für ihren Kampf für die Entkolonialisierung an der Seite der FLN. (2)
Neben ihren zahlreichen sonstigen Engagements war sie 1998 Mitbegründerin von Attac, das sie in seinen Kämpfen für die Emanzipation der Völker und Bürger*innen unterstützte. Sie war sich bewusst, dass die Kämpfe für die Emanzipation den Kampf gegen die kapitalistische Globalisierung erforderten. Sie nahm es mit Humor, ihren Teil dazu beizutragen, dass Attac die anstehenden Schwierigkeiten überwinden konnte.
Attac kann stolz darauf sein, dass Gisèle Halimi zu seinen Gründer*innen und Aktivist*innen gezählt hat.

Susan George, Attac-Ehrenvorsitzende:

Bekannt ist Gisèle vor allem für ihre bewundernswerte Arbeit zu den Frauenrechten, vielleicht weniger bekannt ist, dass sie auch Internationalistin und besonders aufgeschlossen für die Armut und die Ungerechtigkeiten war, unter denen die Völker der „Dritten Welt“, wie es damals hieß, leiden. Sie selbst ist in Tunesien aufgewachsen.
Sie verteidigte die in einem Leitartikel von Ignacio Ramonet, dem Chefredakteur von Le Monde Diplomatique, lancierte Idee der Erhebung einer Finanztransaktionssteuer, die an die Gemeinschaften des Südens transferiert werden sollte. Die „Diplo“ erhielt eine Rekordzahl an Briefen von Leser*innen, die sich damit befassen wollten und im Grunde sagten: „Worauf warten wir noch?“ Der engste Mitarbeiter von Ignacio Ramonet, Bernard Cassen, nahm das Heft in die Hand und machte sich daran, Vertreter*innen zahlreicher progressiver Organisationen zu kontaktieren, mit denen er sich bestens auskannte.
Zu jeder neuen gemeinnützigen Organisation gehört jedoch eine Struktur, die man mit Sorgfalt aufbauen und dabei alle Probleme bedenken muss, die später auftreten können. Es war Gisèle, die diese Bürde auf sich nahm und zusammen mit Bernards Hilfe unsere Statuten entworfen hat. Und es war Gisèle, die wir immer zuerst um Rat fragten, wenn eine Auffassung über eine Rechtsfrage vonnöten war. Sie war unsere Kollegin, unsere Beraterin, unsere Genossin.
Eine Frau, die für die Frauen gekämpft hat, ja, aber auch für eine gerechtere Welt für alle. (3)

france.attac.org , 31. Juli 2020
Übersetzung: Hans-Jürgen Kleine, SiG-Redaktion

Anmerkungen der SiG-Redaktion:

(1) Gisèle Halimi gründete 1971 zusammen mit Simone de Beauvoir, Jean Rostand, Christiane Rochefort und Jacques Monod die feministische Gruppe ‚Choisir la cause des femmes‘, um Frauen zu verteidigen, die das „Manifest der 343“ unterzeichnet hatten, in dem sie zugaben, illegal abgetrieben zu haben.
https://www.choisirlacausedesfemmes.org/
1972 verteidigte sie in Bobigny erfolgreich eine Minderjährige, die nach einer Vergewaltigung abgetrieben hatte, deren Mutter und weitere mitangeklagte Frauen.
Theaterstück über den Prozess: ‚Hors la loi‘ von Pauline Bureau - Präsentation
Gisèle Halimi antwortet einer Gegnerin der Abtreibung – Video

(2) Interview (Video): Gisèle Halimi spricht über Rassismus, ihre tunesische Herkunft, ihr Engagement für die Unabhängigkeit Algeriens und gegen Folter.

(3) **Mehrere Videos (auf französisch, manche aber mit Untertiteln) über Gisèle Halimi, ina.fr**
Biographie in Wikipedia, Artikel im Spiegel.

Als Gisèle Halimi der Kolonialjustiz trotzte
Übersetzung aus einem Artikel der französischen Ausgabe von Le Monde Diplomatique
(auf der Werkstatt-Seite von SiG 139, LINK)